

RotFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Leitartikel von Klaus Steiniger

2013–2016



Inhalt

Plädoyer gegen „Beinfreiheit“	1	Damals am Maidan	21
Für verordneten Antifaschismus	2	Vom Mauerfall zum Kriegsfall	22
Herzbube oder rotes Tuch	3	Unwiderruflicher Bruch mit dem Marxismus als System?	23
Mit Täve in einem Boot	4	Keinen Fußbreit den Faschisten!	24
Dank den Befreiern!	5	Olymp der Heuchler	25
Der Wert des 17. Juni 1953	6	Merkels Abwahl in Athen	26
Das Heulen der Wölfe	7	Dank für die Befreiung!	27
Drohnen und Dröhnen	8	Der gemeinsame Nenner	28
Erinnern an Auschwitz	8	Zur Mär vom „russischen Imperialismus“	29
Der springende Punkt	9	Über kleine und große Bäume	30
Der Galgen von Nürnberg	10	Faschisten im Europaparlament	31
Über Junge und Alte	11	Kein Anschluß unter dieser Nummer	32
Ein Steinwurf der Geschichte?	12	Ist Kuba in Gefahr?	33
Viel Feind, viel Ehr?	13	Schulterschuß heißt das Gebot	34
Über „die Russen“ und über uns	14	Es kracht im Gebälk der EU	35
Grândola, vila morena ...	15	Das Herz darf nicht fehlen	36
Die Europäer gibt es nicht!	16	Wiederholt sich die Geschichte?	37
Ein Toast mit Krimsekt	17	Der historische Händedruck	38
Plädoyer für einen antifaschistischen Schutzwall	18	Anleihen bei Goethe	39
Der Bär und die Taube	20	Adieu, Genossen!	40
Zweihundert Monate	21		



Plädoyer gegen „Beinfreiheit“

Im Verlauf dieses Jahres fällt die Entscheidung darüber, wer fortan die Geschicke des deutschen Imperialismus verwalten darf. Peer Steinbrück, das für die SPD ins Rennen geschickte Aufsichtsratsmitglied der Konzerngruppe Thyssen-Krupp, brachte die Dinge auf den Punkt: Noch am Tag seiner Nominierung forderte er von der eigenen Partei „etwas Beinfreiheit“. Mit anderen Worten: Er verlangte von redlichen Mitgliedern und Wählern der SPD ein Höchstmaß an Selbstverleugnung.

Was manche nur für einen rüden Ausrutscher hielten, sollte man indes als Kampfansage betrachten: Mehr „Beinfreiheit“ in der Politik ist die Freiheit, auf anderen herumzutrapeln, sie gegen das Schienbein zu treten, ihnen Beine zu stellen oder die Füße wegzuziehen. Wer Steinbrück diese „Beinfreiheit“ verschafft, wird ersichtlich, wenn man weiß, daß der SPD-Bundestagsabgeordnete zwischen 2009 und Herbst 2012 zwar keine einzige Parlamentsrede, dafür aber rund 90 hochdotierte Vorträge bei Unternehmen, Banken und Stiftungen für ein Gesamthonorar von 1,25 Millionen Euro gehalten hat. Zugunsten Steinbrücks haben zwei andere Granden des rechten SPD-Flügels das Handtuch geworfen: der einst durch Gerhard Schröder vom russischen Energiegiganten Gazprom protegierte heutige Parteivorsitzende Sigmar Gabriel und Fraktionschef Walter Steinmeier – vor seiner Ernennung zum Außenminister der großen Koalition in Schröders Bundeskanzleramt für die Geheimdienste zuständig.

Während sich Kaffeesatzleser der bürgerlichen Medien die Zeit damit vertreiben, Steinbrücks und Merkels Chancen gegeneinander abzuwägen, verzichten wir auf jegliches Spekulieren und stellen sachlich fest:

Bei den Bundestagswahlen 2013 kommt es darauf an, die Kriegs- und Sozialkriegsregierung Merkel samt ihres FDP-Wurmfortsatzes zum Teufel zu jagen. Es handelt sich nämlich um ein Kabinett, dessen außenpolitischer Kurs unter Nutzung der bundesdeutschen Vorherrschaft in der EU auf ein nachträgliches Erreichen der Nazi-Kriegsziele, wenn möglich mit nichtmilitärischen Mitteln, gerichtet ist, während seine vor allem von der CSU geprägte Innenpolitik immer repressivere Züge trägt. Bei den Verfassungsschützern auf Länder- und Bundesebene sichtbar gewordene Tendenzen einer systematischen Beschirmung und Vertuschung faschistoider wie offen faschistischer Aktivitäten sind Teil dieses Szenariums. Die zwingende Notwendigkeit, CDU/CSU und FDP an den Wahlurnen eine Niederlage zu bescheren, sollte niemanden zu der Annahme verleiten, in der BRD bestünden derzeit Bedingungen für einen tatsächlichen Machtwechsel. Es handelt sich, falls es dazu kommt, natürlich allein um die Ablösung einer kompromittierten Koalition im Dienste des Kapitals durch „frische Kräfte“ aus ein und derselben Klasse. Der Unterschied zwischen Angela Steinbrück und Peer Merkel ist bestenfalls gradueller, aber keineswegs prinzipieller Natur. Da nichts auf eine in kurzer Frist entstehende revolutionäre Situation schließen läßt, dürfte auch diesmal nur eine Regierung im Dienste der Monopole durch eine andere ähnlicher Beschaffenheit ersetzt werden.

Ungeachtet des Bestehens verschiedener Parlamentsparteien gab es in der BRD eigentlich immer schon die Tendenz zu einem Zweiparteiensystem wie in den USA und Großbritannien. Der

Unterschied bestand bisher allerdings darin, daß die einander in der Machtverwaltung ablösenden großen Parteien meist noch der Koalition mit jeweils kleineren Partnern bedurften. Diesmal ist – wie in den Tagen der Merkel-Müntefering-Regierung – der vorprogrammierte Verrat an den Wählern, die Flucht beider Hauptkontrahenten in eine große Koalition keineswegs auszuschließen. Kann diese – wie von beiden Seiten gewünscht – allerdings vermieden werden, dann fällt die Entscheidung zwischen Merkels CDU und Steinbrücks SPD, also nicht zwischen rechts und links. Denn wer irgendwelche Illusionen über den Mann der Monopole in der Pose eines Sozialdemokraten hegt, möge sich an Finanzminister Steinbrücks Zeiten als Bankenretter Nr. 1 der durch Angela Merkel geführten Regierung der großen Koalition erinnern. Bei diesem Stand der Dinge stellt sich zwangsläufig die Frage nach einer Alternative zur hier angedeuteten Zweiparteiendiktatur. Gibt es eine parlamentarische Gegenkraft, auf die sich das Votum aller Linken in Deutschland konzentrieren könnte? Da eine konsequent marxistische Partei unserer Präferenz derzeit keinerlei Chancen auf Einzug in den Bundestag besitzt, sollte alles getan werden, um möglichst das gesamte linke Wählerpotential für die PDL zu mobilisieren. Es geht darum, die parlamentarische Präsenz dieser wichtigen Partei des Friedens, des Antifaschismus und der Vertretung der Interessen sozial Schwächerer auch künftig in Fraktionsstärke zu gewährleisten.

In den Jahren seit der Konterrevolution konnte man Mandatsträger von PDS und PDL – und nur sie dürfen mit Fug und Recht den Platz der Opposition im Bundestag beanspruchen – auf sehr unterschiedliche Weise wahrnehmen. Unvergesslich bleiben uns das Transparent einer kleinen Gruppe mutiger PDS-Abgeordneter, das dem US-Kriegsverbrecher George W. Bush bei dessen Auftritt im Plenum entgegengehalten wurde, und der Schilderwald von den Bänken der PDL, der die Namen in Kundus von NATO-Hand ermordeter Afghanen ins Gedächtnis hob. Sevim Dagdelen, Ulla Jelpke, Christine Buchholz und andere haben sich uns ebenso durch ihren Mut eingepreßt wie die nach Gaza aufgebrochenen Überbringer von Solidaritätsgütern für durch Israel ghettoisierte Palästinenser. Nicht zuletzt Bernd Riexingers Bekenntnis zu den ans Kreuz der EU geschlagenen Griechen ließ uns Respekt vor dem Handeln nicht weniger PDL-Politiker empfinden. So sollte es linken Wählerinnen und Wählern kaum schwerfallen, zwar nicht immer mit der Erststimme, aber stets mit ihrer Zweitstimme jene Liste zu unterstützen, die den Verfechtern von „Beinfreiheit“ als einzige Paroli bietet.

Nr. 180, Januar 2013

Unsere Feinde sagen: Die Wahrheit ist vernichtet.
Aber wir sagen: Wir wissen sie noch.
Unsere Feinde sagen: Auch wenn die Wahrheit
noch gewußt wird,
kann sie nicht mehr verbreitet werden.
Aber wir verbreiten sie.

Bertolt Brecht (1932)

Für verordneten Antifaschismus

Als wäre es gestern gewesen, steht mir eine Szene vor Augen, die sich Anfang Mai 1945 im Riesengebirge zutrug. Teils beritten, teils mit Panjewagen zog eine Kavalleriedivision der Roten Armee durch Krummhübel, das heutige Karpacz, um Restverbände der SS und der faschistischen Wehrmacht jenseits der Grenze zur Tschechoslowakei zu attackieren. In den malerisch gelegenen Ort hatten uns die Kriegsumstände verschlagen. Auch mein damals in der Illegalität lebender Vater – wenige Tage später wurde er erster kommunistischer Bürgermeister des Städtchens – hatte sich dort zuletzt bei Freunden versteckt gehalten.

Viele Stunden harrten wir an jenem Frühlingstag mit Eimern am Straßenrand aus, um den vom Eilmarsch erschöpften Rotarmisten das einzige anzubieten, was uns damals zur Verfügung stand: ein Glas Wasser.

Das Eintreffen der Männer und Frauen mit dem roten Stern an der Mütze empfanden wir als Stunde der Befreiung. Diese Haltung teilten meine Eltern zwar mit allen aufrechten Antifaschisten, doch sie war zweifellos unter den Deutschen minoritär. Die meisten zeigten sich durchaus erleichtert, daß der auf das eigene Land zurückgeschlagene Krieg ein Ende gefunden hatte, fühlten sich deshalb aber keineswegs befreit, sondern eher als Verlierer. Die Naziideologie saß noch tief. Immerhin hatten sich mindestens vier Fünftel der Deutschen Hitlers Herrenmenschenwahn zu eigen gemacht. Während im Westen nahtlos und mehrheitlich mit demselben Personal vom gescheiterten Faschismus zur schrittweisen Wiederherstellung des deutschen Imperialismus übergegangen wurde, mußten im Osten von Menschen, die gleichermaßen dem braunen Ungeist verfallen gewesen waren, auf einmal ganz neue Wege beschritten werden. Nicht wenige jener, welche nun einbezogen wurden, hatten auch bei den Vorgängern mitgemacht. Doch es gab einen fundamentalen Unterschied zum Westen: Beim Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, um die es ja zunächst ging, standen durch die Hölle der Zuchthäuser und Konzentrationslager gegangene oder aus der Emigration zurückgekehrte Widerstandskämpfer – bewährte Kommunisten, die Aktionseinheit suchende Sozialdemokraten und andere Humanisten – an den wichtigsten Schalthebeln. Das war zweifellos ein Glücksumstand.

Auch im Osten vermochten sich die meisten Deutschen nicht aus eigener Kraft vom Ungeist der Vergangenheit freizumachen. Dazu bedurfte es anfangs fester Haltelinien. Diese setzte das im August 1945 unterzeichnete Potsdamer Abkommen. Dabei handelte es sich um eine Vereinbarung der Sowjetunion, Großbritanniens und der USA, der sich Frankreich unverzüglich anschloß. Es trug die Handschrift von Nazigegnern aller beteiligten Mächte, wobei der Einfluß der UdSSR, welche die Hauptlast des Krieges getragen hatte, unverkennbar war. Das Dokument der Sieger über Hitler war als ein Wegweiser für das ganze deutsche Volk in eine friedliche und demokratische Zukunft gedacht. Der ihm in Potsdam zu Recht verordnete Antifaschismus sollte die Richtschnur der Entwicklung in allen Teilen Deutschlands sein, wurde aber nur dort verwirklicht, wo nicht de facto erhalten gebliebene alte Nazistrukturen, sondern Männer und Frauen des Widerstandes die Entwicklung bestimmten. Sie sorgten in

der sowjetischen Besatzungszone dafür, daß das Potsdamer Abkommen während einer mehrjährigen Übergangsperiode konsequent umgesetzt wurde. Dieser Prozeß gipfelte im Entstehen des ersten wirklich antifaschistischen Staates auf deutschem Boden – der DDR.

Auch wenn nicht alle Bürger deren Politik zu verinnerlichen bereit waren, gab es in den 40 Jahren ihrer Existenz weder NPD noch NSU, keinen staatlich geduldeten Rassen- und Völkerhaß. Solche Insignien sind allein der BRD – dem Staat des wiedererstandenen und mit alter Aggressivität nach der europäischen Krone greifenden deutschen Imperialismus – zuzuordnen. In Merkels und Schäubles, Friedrichs und de Maizières Reich propagiert man plötzlich den taktisch motivierten Gang selbst rechtsgerichteter Kräfte zum Bundesverfassungsgericht, um die faschistische NPD pro forma verbieten zu lassen, als demokratische Großtat. Dabei handelt es sich auch um einen Reflex auf die vorangegangene Anrufung Karlsruhes durch die Nazis selbst. Sie konnten es in der BRD wagen, sich an das Bundesverfassungsgericht in der Absicht zu wenden, dort einen „Persilschein“ für ihre „Grundgesetztreue“ zu erwirken. Welch ein Hohn auf das Potsdamer Abkommen!

Die BRD will sich durch Ablenkungsmanöver wie das ständige Vorzeigen der Konterfeis dreier vom thüringischen Verfassungsschutz jahrelang beschirmter NSU-Terroristen – zweier zu Tode Gekommener und einer offenbar Inhaftierten – vor der Weltöffentlichkeit in die Toga eines antifaschistischen Staates werfen. Dabei hat sie nicht ein Jota des in Potsdam mit Fug und Recht dem deutschen Volk verordneten Antifaschismus jemals verwirklicht. Im Bonner Herrschaftsbereich wurden nicht Nazis entmachtet, sondern Polizisten und Juristen der Nazis jagten nach dem 1956 verhängten KPD-Verbot Antifaschisten kommunistischer Gesinnung. Damals trug die Staatsmacht der BRD zweifellos nach seinerzeitigem spanisch-griechisch-portugiesischem Vorbild faschistoide Züge, was auch die Berufsverbote offenbarten. Erinnert sei an zwei Bilder, die Bände sprechen: Das eine zeigt den späteren DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht gemeinsam mit dem Dichter Erich Weinert im Schützenloch der Roten Armee an der Stalingrader Front. Das andere präsentiert den Kommentator der Nürnberger antisemitischen Rassegesetze Dr. Hans Globke als Graue Eminenz an der Seite des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer. Beide deutsche Staaten unterschieden sich in ihrer Haltung zu Faschismus und Antifaschismus von Beginn an wie Feuer und Wasser. Prüfstein war dabei die Haltung zum Potsdamer Abkommen. Die geschmähte DDR verwirklichte es Wort für Wort, die BRD aber negierte es völlig. Sie machte – wie wiederholt in Dresden – den Nazis allenthalben die Straße frei und räumte der NPD beim Gang nach Karlsruhe den Vorrang ein.

In dieser bedrohlichen Situation muß mehr denn je die Forderung erhoben werden, endlich den von Potsdam verordneten Antifaschismus in die Tat umzusetzen!

Nr. 181, Februar 2013

Herzbube oder rotes Tuch

Wer sich zum „RotFuchs“ rechnet, bekennt damit Farbe. Deutschlands inzwischen meistverbreitete marxistische Monatsschrift, die keineswegs nur von Marxisten gelesen und für sie geschrieben wird, setzt nicht auf die Beliebtheit der Liebichs, die um den Preis totalen Gesichtsverlusts und politischer Selbstverstümmelung unbedingt zum Regierungslager gehören wollen. Wir setzen auf eine nicht konjunkturabhängige, jedem Wetter trotzbare Legierung aus revolutionärer Prinzipienfestigkeit und humanistischer Toleranz, wobei es sich um zwei Seiten einer Sache handelt. Natürlich beflügelt uns das hohe Maß an Zustimmung aus den Reihen von Sozialisten, Kommunisten und anderen konsequenten Linken. Doch wir akzeptieren auch gerne den sachlich-argumentativen Dialog mit fair gesonnenen Andersdenkenden aus den Reihen der Antifaschisten. Sie honorieren augenscheinlich unser kleines und zugleich großes Blatt, weil es nicht im „Niemandland“ zwischen den Fronten angesiedelt ist, konstruktive Inhalte bietet und vermeintliche Lösungen ablehnt, bei denen der Wolf satt und das Schaf nicht gefressen wird.

Im realen Leben vollzieht sich unabhängig von unserem subjektiven Willen ein erbitterter Konflikt zwischen Klassen, bei dem es nur ein Ja oder Nein, aber niemals ein Jein gibt. Da die Barrikaden zwei Seiten haben, sind wir für jene, die Marx und Engels Proletariat nannten, im übertragenen Sinne Herzbube, während uns die anderen – die Ausbeuter – nicht grundlos als rotes Tuch empfinden. Unwillkürlich kommt einem da die alte Volksweisheit in den Sinn: Was dem einen ein Uhl, ist dem andern ein Nachtigall.

Der „RotFuchs“ kann und will es nicht allen recht machen. Während manche davon träumen, zur Dekoration eines Regierungsbettes zu gehören, verfolgen wir seit nunmehr 15 Jahren ein entgegengesetztes Ziel. Nicht huckepack im Rucksack der SPD, sondern mit dem Bild des historischen Händedrucks des Kommunisten Wilhelm Pieck und des Sozialdemokraten Otto Grotewohl vor Augen, stehen wir für ein Zusammengehen all jener, welche sich der sozialistischen Befreiungsidee und der revolutionären Überwindung des kapitalistischen Systems verpflichtet fühlen.

Zu unseren publizistischen „Highlights“ gehört seit eh und je die RF-Postmappe. Wohl keine andere politisch orientierte Zeitschrift hierzulande veröffentlicht so viele Zuschriften wie unser Blatt, das seine in das Redaktionsgeschehen aktiv eingreifenden Leser stets als Autoren eigenständiger kleiner Beiträge betrachtet hat. Seit März 1998 erhielt der „RotFuchs“ etwa 20 000 Briefe, von denen er mehr als fünftausend veröffentlichte.

Wenn es des Beweises bedürfte, daß der RF tatsächlich zu einer Tribüne für Kommunisten und Sozialisten geworden ist, dann wird dieser von unseren schreibenden Lesern angetreten. Sieht man von äußerst seltenen Diffamierungen oder gar Drohungen ab, dann zieht sich durch unsere Post als roter Faden ein hohes Maß an Zustimmung. Bejaht werden jene Grundpositionen, an denen sich unsere Zeitschrift und der sie tragende Förderverein von Beginn an festgemacht haben. Die keineswegs auf nostalgische Überhöhung und pauschale Vergoldung oder das Wegretuschieren unangenehmer Details abzielende Feststellung, daß die DDR trotz ihrer

Defizite die bisher größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung war, weil sie dem Kapital für vier Jahrzehnte in einem Drittel Deutschlands Macht und Eigentum entzog, wird inzwischen ganz überwiegend geteilt. Auch die erstmals vom RF vorgenommene Richtigeinstellung, daß es sich beim rückwärtsgewandten Systemwechsel 1989/90 nicht um eine „Wende“ (gar zum „Guten“), sondern um eine klassische Konterrevolution gehandelt hat, machen sich immer mehr Leser zu eigen.

Während Prinzipienlosigkeit wie Prinzipienreiterei, Gedächtnisschwund, Opportunismus und Dogmatismus sowie gewisse Bestrebungen, das Kind mit dem Bade auszuschütten, aber auch der durch Lenin zu Recht gezeigte „kommunistische Hochmut“ auf Widerstand stoßen, kristallisiert sich in unserer Post tausendfach ein und derselbe Gedanke heraus: Der „RotFuchs“ ist politische Heimat geworden.

Als wir vor neun Jahren im RF einen Leitartikel hierzu veröffentlichten, stand die Realisierung eines solchen Wunsches noch in den Sternen. Inzwischen ist aus dem Traum Wirklichkeit geworden. Dieses Fazit ziehen nicht nur frühere SED-Mitglieder, die sich nach dem schmachvollen Absturz ihrer einst himmelstürmenden, dann aber von Karrieristen überschwemmten und durch äußere wie innere Faktoren in die Tiefe gerissenen Partei als politisch entwurzelt empfanden. Ähnlich erging es auch vielen Aktivisten aller anderen DDR-Blockparteien. Zu den Suchenden gehören seit dem Dezember 1989 nicht wenige Genossen von PDS und PDL. Beide aufeinander folgenden Parteien stehen für Antifaschismus, Frieden und Demokratie, lehnen aber den Marxismus-Leninismus mehrheitlich ab. So ist es nur allzu verständlich, daß auch viele dort Engagierte nach einer politischen Kraft mit an den Klassikern orientierter Programmatik Ausschau gehalten haben.

Längst stellt der „RotFuchs“ nicht nur für Kommunisten aus DKP, KPD und KPF sowie für Marxisten ohne Parteibuch eine ständige Lektüre dar. Auch bei Bebel gebliebene Sozialdemokraten und aufrechte Menschen mit konfessionellen Bindungen zählen zu seinen Lesern. Vor allem über das Internet finden Schüler, Studenten und andere junge Leute Zugang zu ihm. Antifaschisten inner- wie außerhalb der BRD gibt unsere Zeitschrift in der Kälte des Kapitalismus ein Gefühl menschlicher Wärme und Geborgenheit.

Denen, die weiterhin – wie schon 1990 in einer Publikation dieses Titels – einen „dritten Weg“ zwischen den Systemen preisen, mag jene zum Schmunzeln verleitende Marx-Karikatur wegweisend sein, die den alten „Mohr“ sagen läßt: „War ja nur so 'ne Idee von mir.“ Wir halten uns da lieber an seine These: „Die Theorie wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift.“ Lenin ist ihr mit seiner „Iskra“ gefolgt – jenem „Funken“, aus dem im Oktober 1917 die Flamme schlug. In diesem Geiste will der „RotFuchs“ für Klassengenossen, Kampfgefährten und Verbündete Herzbube, für deren Gegner aber ein rotes Tuch sein.

Nr. 182, März 2013

Mit Täve in einem Boot

Eine Episode hat sich mir besonders eingeprägt, obwohl sie fast sechs Jahrzehnte zurückliegt. Damals elektrisierte die Friedensfahrt – das durch Polen, die DDR und die Tschechoslowakei führende größte Amateurradrennen aller Zeiten – selbst jene, welche sonst durch nichts aus dem Bau zu locken waren. Während zweier Wochen im Jahr gab es keine vertrautere Stimme als die Heinz-Florian Oertels. Millionen DDR-Bürger fieberten mit ihrer Mannschaft, ganz besonders aber mit Gustav-Adolf Schur, der bald nur noch Täve genannt wurde. Er war nicht nur ein herausragender Sportsmann, sondern in seiner schlichten und bescheidenen Art auch eine Ikone der Herzen.

1955 stand ich in der dichten Menschenkette, welche die Ritter der Pedale bei ihrer Einfahrt in das Berliner Stadtgebiet erwartete. Einer unter den vielen am Straßenrand, war ich überglücklich, Täve aus einer günstigen Position erspäht und fotografiert zu haben. (Gespenstischerweise steht dort, wo sich das Stadion der Weltjugend – damals Etappenziel der Friedensfahrt – befand, heute das protzige Hauptquartier des Kriege begleitenden BRD-Auslandsgeheimdienstes BND.) Fast ein Menschenalter nach jenem Frühlingstag schrillte in der „RotFuchs“-Redaktion das Telefon. Die Stimme des Anrufers kam mir vertraut vor: „Klaus, bist Du es – hier ist Täve Schur ...“ Was folgte, war eine Gratulation. Als ich meinem telefonischen Überraschungspartner – wie schon bei früherer Gelegenheit – sagen wollte, wie sehr ich sein Fan gewesen sei, schnitt er mir das Wort ab. „Heute bin nicht ich dran, sondern Du“, beendete er meine Eloge.

So bleibt mir nichts weiter übrig, als zur schärfsten Waffe des Journalisten – der Feder – zu greifen und mich in die Spalten unserer Zeitschrift zu flüchten, um den Lesern das anzuvertrauen, was ich an jenem Morgen Täve hatte sagen wollen: Daß er, der als großer Radsportler seinem nach grandiosem Start in ein sozialistisches Morgen wieder in das kapitalistische Gestern zurückgefallenen Vaterland DDR zu Ruhm und Ehre verholfen hat, niemals ein „Radfahrer“ gewesen sei. Mit anderen Worten: einer von jenen, welche nach oben buckeln und nach unten treten.

Täve erntete Triumph auf Triumph und zählte in den Sonnenzeiten einer für unbesiegt gehaltenen neuen Welt zu den Abgeordneten der DDR-Volkskammer. Er blieb aber auch angesichts des die sozialistischen Staaten Europas hinwegfegenden konterrevolutionären Hurrikans – nun als Bundestagsabgeordneter der PDS – tapfer an Deck. Wie sein unvergessener, durch die höhnenenden antikommunistischen Hetzer in den Freitod getriebener Fraktionskollege Gerhard Riege stand er in guten und schlechten Tagen für die Sache ein. Deshalb schenken nicht nur seine Genossen der heutigen Partei Die Linke im heimatischen Umfeld von Heyrothsberge Täve ihr Vertrauen. Auch im „RotFuchs“-Kessel von Prödel, wo der erfahrene Agrarexperte Fritz Pommer den Bau verwaltet, und in anderen RF-Gruppen ist er ein gern gesehener Gesprächspartner.

Täves hier nur angedeutete „Haltelinien“ sollten auch für jeden von uns Maßstab sein. Das anerkannte Bemühen, solchen Normen der Moral gerecht zu werden, erklärt die außergewöhnliche Resonanz des RF bei Freund und Feind.

Manche Gegner setzen sich allerdings dem Spott aus, wenn sie zum Beispiel massiven Druck auf örtliche Gewerkschaftsfunktionäre

ausüben, die – das im Grundgesetz verankerte Recht auf freie Meinungsäußerung für bare Münze nehmend – uns wie anderen Zusammenschlüssen ver.di-eigene Räume vermieten. Die jüngste Erfurter MDR-Posse veranlaßte sogar eine vom NSU-Skandal arg gebeutelte Thüringer Behörde zu der Erklärung, sie halte den „RotFuchs“ nicht für verfassungswidrig, so daß sein Wirken „nur anhand öffentlich zugänglicher Materialien“ durch sie beobachtet werde.

Während es uns motiviert, politisch und ideologisch Gleichgesinnten oder Nahestehenden seriöse Informationen und verlässliche Orientierungshilfe geben zu können, begrüßen wir zugleich das kritisch-argumentative Wort fair gesonnener Andersdenkender, das uns immer wieder aus dem In- und Ausland erreicht.

In der Politik wie im täglichen Leben kommt man nicht ohne Kompromisse aus. Sie beruhen auf Zugeständnissen aller Beteiligten, müssen aber in jedem Falle auch der eigenen Seite nützen. Faule Kompromisse hingegen, bei denen das Ziel aus dem Auge verloren oder gänzlich preisgegeben wird, lehnen wir ab. Allwissende, die schon vor Bekanntgabe eines Rätsels dessen Lösung parat haben, oder auch durchaus redliche Genossen, die das eigene Potential unter dem Vergrößerungsglas betrachten, ihre Widersacher aber mikroskopisch verkleinert sehen möchten, so daß sie den Sieg hinter der nächsten Straßenecke vermuten, bringen die Ausbeutermacht nicht wirklich in Bedrängnis.

Auch im Klassenkampf gibt es Ebbe und Flut. Quantitative Prozesse können in neue Qualitäten umschlagen. Ein Beispiel aus der Geschichte: 1925 herrschte in Deutschland nach einer Serie gescheiterter Arbeitererhebungen – von Berlin über Hamburg bis Mitteldeutschland – revolutionäre Ebbe. Die Anhängerschaft der KPD hielt sich in Grenzen. Doch nur wenige Jahre später stieg die Flut erneut an. Thälmanns KPD wurde zur stärksten kommunistischen Partei aller kapitalistischen Länder. Die hart bedrängte Ausbeuterklasse warf sich aus Angst vor der proletarischen Revolution in die Arme der faschistischen Diktatur.

So ist auch für die nach ihrem Sieg über die sozialistischen Staaten Europas frohlockende und sich fest im Sattel wählende Monopolbourgeoisie aus BRD und EU noch nicht aller Tage Abend.

Um auf den eingangs erwähnten Anruf aus Heyrothsberge zurückzukommen: Es ist ein gutes Gefühl, mit Genossen wie Täve – dem Radsport-As, aus dem niemals ein „Radfahrer“ wurde – nach wie vor in einem Boot zu sitzen, auch wenn es jetzt gegen den Strom zu rudern gilt. *Nr. 183, April 2013*

Wenn das Flämmchen der Aufklärung nur ganz wenig glimmt, muß man den Docht am Leuchten erhalten: Wenn die Flamme erst einmal ausgepustet ist, dann ist es sehr schwer, sie neu wieder zu entzünden.

Walter Jens (1994),
nach Gotthold Ephraim Lessing

Dank den Befreiern!

Wenn ich an die Befreiung eines Teils der Deutschen durch die Rote Armee zurückdenke, kommt mir eine Begebenheit in den Sinn, die zu den Schlüsselerlebnissen meiner ausklingenden Kindheit zählt. Noch keine 14, war ich im Juli 1946 wohl der jüngste Mitreisende in einem durch Marschall Shukow bereitgestellten Sonderzug, der den Leichnam Gerhart Hauptmanns aus dem polnisch gewordenen Riesengebirge in die sowjetische Besatzungszone überführte.

Die Umsiedlung war mit dem Dichter der „Weber“ zu dessen Lebzeiten in seinem „Haus Wiesenstein“ durch den sowjetischen Kulturoffizier Grigori Weiß und Johannes R. Becher im Beisein des Schriftstellers Gerhart Pohl und meines Vaters Peter Alfons Steinger vereinbart worden. Das Vorhaben schien zu scheitern, da Hauptmann am 6. Juni 1946 starb. Marschall Shukow blieb jedoch im Wort. Nicht nur die Witwe Margarete und persönliche Mitarbeiter Hauptmanns, sondern auch einige Familien von Künstlern und Geistesschaffenden durften den Sarg und Hauptmanns Habe begleiten. Zu dieser Eskorte gehörten Gerhart Pohl, der durch die Rote Armee eingeladene Theologe Prof. Günther Schulemann, die später sehr bekannte DDR-Malerin Charlotte Pauly und auch wir. Obwohl sich der Dramatiker nach 1933 als einziger namhafter deutscher Literat nicht ins Exil, sondern lediglich in die – wie er meinte – „innere Emigration“ begeben hatte, also kein Widerstandskämpfer gewesen war, ließ Shukow Großmut walten. Als der Sonderzug in den Grenzbahnhof Forst einlief, hatte eine Ehrenkompanie der Sowjetarmee Aufstellung genommen – eine Geste, die den Befreiungsgedanken symbolisierte.

Doch nicht jeder in Deutschland betrachtete die Sieger auch als Befreier. In der BRD führte das zum Eklat. Unter den Bundespräsidenten befanden sich Belastete wie Heinrich Lübke, Denkwürdige wie Gustav Heinemann, Blasse aller Schattierungen, Geplatze und Gaukler. Doch es gab auch einen Richard von Weizsäcker. Dessen Rede am 8. Mai 1985 war ein Zeugnis menschlicher und politischer Souveränität. Ohne Einschränkungen erwies er denen, die Deutschland vom Faschismus befreit hatten, seine Reverenz. Gemessen an Vorgängern wie Nachfolgern zeigte dieser bedeutende großbürgerliche Politiker damit echtes Format.

Mit Fug und Recht hat die DDR – ganz im Unterschied zur BRD – der historischen Wahrheit entsprochen, als sie – weit über Weizsäcker hinausgehend – den 8. Mai zum staatlichen Feiertag erklärte. Diese Entscheidung trug genauso Klassencharakter wie deren Annullierung nach der Annexion der DDR durch die BRD am 3. Oktober 1990. Während der Einmarsch der Roten Armee eine doppelte Befreiung von amoklaufenden Nazis und deren großkapitalistischen Steigbügelhaltern bedeutete, führte der Sieg der Truppen westlicher Staaten der Antihitlerkoalition zu ganz anderen Ergebnissen. Ohne Zweifel vergossen auch deren Soldaten ihr Blut für die Zerschlagung der Nazityrannei, so daß sie aus der Perspektive des Jahres 1945 ebenfalls als Befreier zu betrachten sind. Da sie aber bei allem Heldenmut nur das Regime, nicht aber das System aus den Angeln gehoben haben, kam es im Westen Deutschlands nach nur kurzer Zurückdrängung oder zögerlicher Ausschaltung kleinerer Teile der faschistischen „Eliten“ schon bald zur Rückkehr maßgeblicher Exponenten der alten Ordnung. Kurze Zeit nach dem Nürnberger Prozeß gegen die faschistischen Hauptkriegsverbrecher stießen deren weniger bekannte, gleichfalls aber schwer belastete Mittäter erneut in entscheidende Positionen des Staates und der Gesellschaft vor. Die prononcierte

Nazi-Vergangenheit engster Vertrauter und Mitarbeiter Konrad Adenauers schockierte die Welt.

Während die Befreiten im Osten den Grundstein für ein neues Deutschland legten, blieben in der BRD die Strukturen des dann wie Phönix aus der Asche steigenden deutschen Imperialismus unangetastet. Auch der faschistische Machtapparat – vor allem große Teile von Justiz, Polizei und Verwaltung sowie der „neue“ Geheimdienst des Nazigenerals Gehlen – stand weiterhin zur Verfügung. Da jene wirtschaftlichen Interessengruppen, die Hitler auf den Schild gehoben hatten, in der BRD bestimmend blieben, konnte sie sich – im Unterschied zur nur wenige Monate nach ihr gegründeten DDR – nicht als Staat der Befreiten betrachten. In sie strömten vielmehr die erst gestern Besiegten aus ganz Deutschland. In Windeseile wurden die einstigen Gegner auch der Westalliierten mit Marshallplan-Spritzen aus den USA wieder fit gemacht. Der deutsche Imperialismus betrat aufs neue die Bühne der Geschichte. Deshalb sieht die Mehrheit heutiger BRD-Politiker keinen Grund, es Weizsäcker gleichzutun und von einer Befreiung des deutschen Volkes zu sprechen. Wer bejubelt schon eigene Niederlagen!

Fast viereinhalb Jahrzehnte sah es für die Menschen im Osten, von denen sich viele nicht ohne Stolz DDR-Bürger nannten, so aus, als sei das Blut von Millionen und aber Millionen Sowjetsoldaten wie aller anderen Kämpfer gegen die faschistische Gewaltherrschaft nicht umsonst geflossen.

Doch Sozialismus und Antifaschismus haben eine schwere, wenn auch nicht endgültige Niederlage erlitten. Man sollte das Geschehen vom Standpunkt der Dialektik und des historischen Materialismus aus betrachten. Unumstößlich bleibt die Tatsache, daß die Streitkräfte aller Staaten der Antihitlerkoalition bei einem sowjetischen Löwenanteil Europas blutigstes Mordregime zerschlagen haben. Rotarmisten brachten die faschistische Bestie in ihrer eigenen Höhle zur Strecke.

Wenn wir uns in dieser Runde der Geschichte als Verlierer und um die Früchte der Befreiung Betrogene betrachten müssen, gilt es eine Komplexität von Ursachen zu ergründen: Die ökonomische Überlegenheit des Westens, die jahrzehntelange ideologische Diversion des Gegners, eigene Fehler und Versäumnisse, vor allem aber der abgrundtiefe Verrat einer Clique sich als Kommunisten ausgebender, doch längst zum Antisowjetismus konvertierter Mantelwender an der Spitze der UdSSR bewirkten letztlich den Untergang aller sozialistischen Staaten Europas. Angesichts des verheerenden Rückschlags gibt es jedoch für Kommunisten, Sozialisten und andere zu wirklicher Gesellschaftsveränderung Entschlossene keinen Grund, die Fahne sinken zu lassen.

Übrigens bin ich dem großen sowjetischen Heerführer Georgi Shukow – wieder indirekt und erst Jahrzehnte nach seinem Tode – noch ein zweites Mal „begegnet“:

Die „RotFuchs“-Redaktion befindet sich in Berlin-Karlshorst nur wenige hundert Meter von jenem Gebäude entfernt, in dessen Räumen Hitlers durch das Nürnberger Tribunal gerichteter Generalfeldmarschall Keitel vor Shukow und den Vertretern der Westalliierten am 8. Mai 1945 bedingungslos kapitulierte. Eine solche Nähe betrachten wir als Omen und Ansporn, nicht nur von einer sozialistischen Menschheitszukunft zu träumen, sondern auch – wie bereits in anderen Teilen der Welt – neue Schritte auf dem langen, gefährvollen und konfliktreichen Weg zu endgültiger Befreiung zu unternehmen.

Nr. 184, Mai 2013

Der Wert des 17. Juni 1953

Rufmörder und Leichenfledderer sind bekanntlich keine Waisen-Knaben. Besonders jene unter ihnen, welche sich als Historiker ausgeben, obwohl sie ja eigentlich Hysteriker sind.

Der 17. Juni 2013 ist ein Tag der Hochkonjunktur für alle, die der vor fast 23 Jahren offiziell verblichenen, aber – im geschichtlichen Sinne – noch immer quicklebendigen DDR ihre Flüche hinterherschleudern. Die Lügenköche der Medien des Kapitals bereiten für diesen Tag ein vergiftetes Menü der Extraklasse vor.

Während es einige Zeitzeugen auf der anderen Seite der Barrikade eigentlich besser wissen müßten, aber – klassenbedingt – unter fortschreitender Amnesie leiden, saßen die meisten der sich heute als Experten Ausgebenden damals noch in der Babywanne oder in Gottes Froschteich. Um so unbelasteter können sie das seinerzeitige Geschehen im kalten Krieg auf deutschem Boden „beurteilen“.

Als Zeitzeuge und Beteiligter will ich im Folgenden berichten, wie ich den 17. Juni 1953 in der DDR-Großstadt Rostock wahrgenommen habe. Ich erlebte dort weder eine Volks-erhebung noch einen Arbeiteraufstand, aber auch keinen faschistischen Putsch. Als 20jähriger Leiter einer dem Rat des Kreises Rostock-Land zugeteilten Praktikumsgruppe der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität erfuhr ich aus dem Rundfunk, daß in Berlin „etwas los“ sei. Denn der Norden der DDR bot ein völlig anderes Bild. Die Lage war fast überall ruhig und überschaubar. Nur hier und dort sah man auf Straßen und Plätzen der Hansestadt kleine Gruppen lebhaft diskutierender. Fast immer waren Genossen der SED dabei, die man an ihrem Parteiabzeichen erkennen konnte, wobei es auch vom RIAS „auf dem laufenden Gehaltene“ gab, die es vorsorglich abgemacht hatten.

Auf der in Warnemünde gelegenen Warnow-Werft hatte sich die Lage allerdings zugespitzt. Dort kam es zu einer heftigen Konfrontation zwischen DDR-treuen und anderen Arbeitern, unter denen sich in jener Zeit sehr viele 1945 in die Produktion geschickte Ex-Mitglieder der NSDAP befanden. Nach einer stürmischen Betriebsversammlung mit aus Berlin eingetroffenen Vertretern der Zentrale, bei der es vor allem um die auf administrativem Wege angeordnete allgemeine Normerhöhung gegangen war, hatten antikommunistische Provokateure die DDR-Fahne und den roten Stern vom Wertgebäude heruntergerissen. Mit umgehängten Maschinenpistolen, doch ohne Schußwaffeneinsatz, stellte ein Bataillon sowjetischer Marineinfanteristen die Ordnung auf dem Betriebsgelände wieder her. Menschenleben waren nicht zu beklagen. In der Nacht vom 17. zum 18. Juni wurden die SED-Mitglieder und aktiven FDJler unter uns ins Rostocker Rathaus gerufen. Ich gehörte zu einer Gruppe junger Genossen, die mit der Begleitung des Amtierenden Oberbürgermeisters Kaleck beauftragt wurden, um den Kommunalpolitiker im Falle von Zuspitzungen der Lage vor Übergriffen zu schützen. Keiner von uns war bewaffnet. In Anbetracht der nächtlichen Ausgangssperre erhielten wir aber zweisprachige Sonderausweise, mit denen wir uns bei Streifenfahrten im Stadtgebiet gegenüber sowjetischen Patrouillen legitimieren konnten. Nacheinander suchten wir eine Reihe kleiner und mittlerer Betriebe auf, um uns an Ort und Stelle über die Sicherheitslage zu vergewissern.

Überall herrschte Ruhe. Bisweilen mußten wir die Wächter erst herausklingeln.

Am Vormittag des 18. Juni wurde ich als Stadtfunksprecher eingesetzt. Von Zeit zu Zeit hatte ich die Rostocker über von der Regierung der DDR und sowjetischen Organen ergriffene Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Ausschreitungen zu unterrichten, die es in Berlin und einigen Städten der DDR gegeben hatte. Ich erinnere mich noch daran, daß ich die Festnahme der ehemaligen Ravensbrücker KZ-Aufseherin Erna Dorn vermeldete, die in Halle einem „Bürgerkomitee“ entsprechender Couleur angehört hatte.

In jenen Tagen wurde ein Name landesweit bekannt: Bar jeder Vernunft warf sich der damalige RIAS-Chefredakteur Egon Bahr nach Leibeskräften ins Geschirr, um über die Mikrophone seines Frontstadtseiners die Bestrebungen rechtsgerichteter und aufrührerischer Kräfte innerhalb der DDR zu koordinieren, den berechtigten Unmut größerer Sektoren der Bevölkerung über fehlerhafte Schritte der Führung von Partei und Staat für einen konterrevolutionären Putschversuch auszunutzen. Dabei spielte nicht nur Bahr, sondern auch Bares eine Rolle, wobei man keinen Bruchteil des damals Behaupteten für bare Münze nehmen durfte. Später hat sich der RIAS-Spitzenmann als geistiger Vater der dann von Brandts SPD kreierten Konzeption eines „Wandels durch Annäherung“ profiliert. Dieser Plan zielte wie die vom US-Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski entworfene „Strategie des Brückenschlags nach Osteuropa“ auf ein „Zurückrollen“ des Sozialismus ab. Manche Zeitgenossen, die Bahrs damaligen Part nicht erlebt haben, schwärmen heute für den politischen Weit- und Durchblick des älter und reifer gewordenen SPD-Ideologen, dem die Steinbrücks, Steinmeiers und Gabriels natürlich nicht das Wasser reichen können. Seine offenkundige Wandlung vom antikommunistischen Schlachtroß zum Trojanischen Pferd hält man auch in gewissen Quartieren der Linkspartei für einen Positionswechsel. Am 17. Juni 2013 sollte man sich dessen bewußt sein, daß die westlichen Regisseure der in einigen Fällen recht blutigen Inszenierung vor 60 Jahren eine Schlappe erlitten haben. Ihr Versuch, den gerade erst Staat gewordenen Sozialismus auf deutschem Boden – wie es einst Winston Churchill unter Bezug auf Sowjetrußland formulierte – „in der Wiege zu erdrosseln“, zerschellte an den Realitäten. In jenen Tagen wurde das Weiterbestehen der DDR für immerhin 36 Jahre gesichert. Das imperialistische Debakel ermöglichte – auch wenn das gemessen an der Geschichte der Menschheit nur ein Wimpernschlag ist –, daß der bisher einzige Zeitabschnitt in der Chronik des deutschen Volkes ohne ausbeuterisches Eigentum an Produktionsmitteln und politische Macht von Ausbeuterklassen seinen Fortgang nehmen konnte. So ist der 17. Juni 1953 aus der Sicht von Kommunisten, Sozialisten und anderen dem gesellschaftlichen Fortschritt Zugewandten ein Datum von großem historischem Wert.

Nr. 185, Juni 2013

Das Heulen der Wölfe

In den letzten Jahren der DDR sind viele Wahlberechtigte nicht mehr gerne ins Stimmlokal gegangen. Das En-bloc-Votum für die überwiegend durchaus verdienstvollen Kandidaten der Nationalen Front war mehr und mehr zur Routine erstarrt, ja fast zur Farce geworden. Doch gemacht: So öde und farblos der Wahlakt nun von vielen auch wahrgenommen wurde – es handelte sich selbst in dieser Etappe der DDR-Geschichte um ein Votum für verlässlichen Antifaschismus, eine auf dem Gemeineigentum an Produktionsmitteln beruhende, also ausbeutungsfreie Gesellschaftsordnung und einen den Frieden verteidigenden sozialistischen Staat. Obwohl etliche DDR-Bürger das sicher nicht mehr so wie früher empfanden, stand es doch außer Frage.

Heute wird dem Wähler mit BRD-Paß ein knallbunter Parteienfächer angeboten. Mich erinnert diese Vielfalt an eine Episode, deren Zeuge ich vor über vier Jahrzehnten in Kalifornien wurde: „We are coming in all colours – uns gibt es in allen Farben“, bemerkte Leo Branton – einer der Verteidiger im Prozeß gegen Angela Davis –, den eine Geschworenenkandidatin für einen Weißen gehalten hatte, unter Hinweis auf seine afroamerikanische Abstammung. Derzeit kommen Politiker scheinbar aller Schattierungen daher, obwohl der Grundton kaum differiert. Denn außer dem Rot der Linkspartei herrscht schwarz-gelb-rosa-grüne Eintönigkeit vor, in die sich überdies das Braun der NPD mischt. Am farblosesten und unpolitischsten wirkt dabei die CDU-Chefin Angela Merkel. Ihre Ideologie ist die eines Chamäleons, vermag sich doch die in der „atheistischen“ DDR zur promovierten Mitarbeiterin der Akademie der Wissenschaften aufgestiegene Pastorentochter so übergangslos wie sonst niemand an ihre jeweilige Umwelt anzupassen. Darin unterscheidet sich die Thatcher-Imitatorin vom Original. Die „Eiserne Lady“, deren Verschnitt als „mächtigste Frau Europas“ die Kanzlerin jetzt auf der kontinentalen Bühne gibt, war nämlich eine durchgestylte Konservative.

Gegen Angela Merkel läuft übrigens ein Demontage-Versuch, der vom rechtskonservativ-chauvinistischen Flügel der eigenen Partei ausgeht. Dieser verbirgt sich hinter der Alternative für Deutschland (AfD). Die Tatsache, daß der frühere BDI-Chef Hans-Olaf Henkel bei der Gründungsversammlung des überwiegend aus bisherigen CDU- und FDP-Mitgliedern bestehenden Zusammenschlusses zugegen war, zeigt dessen Rückhalt bei Teilen des BRD-Monopolkapitals, die mit Merkels Kurs unzufrieden sind. Das Auftauchen der AfD könnte die CDU Prozentpunkte kosten. CSU-Fürst Horst Seehofer – der Herr über das Paradies der Steuerflüchtlinge aus allen bundesdeutschen Landen – wirft sich spaßeshalber in die Toga eines Mannes, der solche Leute für die Wahlkampfdauer nur noch durch die bayerische Hintertür einlassen möchte. SPD-Oberhaupt Sigmar Gabriel täuscht momentan Volksnähe vor. Er blinkt links und fährt rechts, wobei er sich auch manche Pfeile aus dem programmatischen Köcher der Linkspartei verbal entleiht. Im Hinblick auf finstere Seiten der eigenen Parteigeschichte nach Bebels Tagen scheint er allerdings unter hochgradiger Amnesie zu leiden. Die „Dicken“ sind unterdessen die dicksten Freunde. Claudia Roth wird nicht einmal mehr rot, wenn man sie daran erinnert, wie sie gemeinsam mit Gabriel den einstigen Großinquisitor an die Staatsspitze hievte. Und ihre Grünen sind ja unterdessen in fast jeder Farbe zu haben.

Während wir von den durch einen hohen Beamten des Bundesverteidigungsministeriums befehligten und dadurch unter die Seeräuber gefallenen Piraten einmal absehen, wollen wir die geschrumpften

Gelben der FDP wenigstens am Rande erwähnen. Es handelt sich um einen in die zweite Reihe der Parteien des Kapitals zurückgefallenen Verein, bei dem der von Ökonomie unbeleckte Wirtschaftsminister Rösler amtiert und Rainer Brüderle seinen kargen Geist versprüht, während man auf jeder Westerwelle gegen den Strom schwimmt, ohne dabei zum Wellenreiter zu werden.

Es ist Wahlkampf. Da entdecken die Reichen plötzlich ihr Herz für die Armen, ihre Politiker schwindeln das Blaue vom Himmel herunter, versprechen bis zum 22. September jedermann Gott und die Welt. Bei diesem farblos-bunten Treiben halten sich die Regisseure diskret im Hintergrund. Während die großen Wölfe, mit denen natürlich nicht die edlen Tiere gemeint sind, aufs Heulen verzichten, tun das die kleineren um so mehr. Natürlich fehlt es auch nicht an Leuten, die laut im Walde singen, um imaginäre Wölfe zu verscheuchen. Ihre von Haß auf die DDR befeuerte anti-kommunistische Kakophonie hat nichts Neues zu bieten.

Gibt es in diesem Parteienschlingel tatsächlich nur Schatten und keinerlei Licht?

Um die Frage zu beantworten, bedarf es weder taktischen Hakenschlagens noch raffinierter Winkelzüge. Schon im Januar-RF führten wir unseren Lesern vor Augen, wie der Bundestag aussähe, wenn die Fraktion der Linkspartei verschwände oder in die Bedeutungslosigkeit früherer Jahre zurückgeworfen würde, als ihr für eine Wahlperiode nur noch zwei Direktmandate verblieben.

In einem solchen Falle wären die Wölfe – sieht man von einzelnen Abgeordneten, die nicht in diese Kategorie fallen, einmal ab – wieder ganz unter sich. Der Antifaschismus, die Sache des Friedens und die Interessen sozial Benachteiligter besäßen dort so gut wie keine Lobby mehr.

Dabei sind wir uns durchaus darüber im klaren, daß die Partei Die Linke weder den Kapitalismus als Gesellschaftsformation hinterfragt noch eine systemverändernde politische Formation sein will. Überdies dürfte ihre Anziehungskraft durch den Verzicht Oskar Lafontaines – eines linkssozialdemokratischen Politikers der Extraklasse – zumindest im Westen nicht gestärkt worden sein. Wenn Marxisten für die Linkspartei stimmen, was aus unserer Sicht unerlässlich ist, müssen sie einen Kompromiß nach der Devise eingehen: Wer das eine will, muß das andere in Kauf nehmen. Denn linke Wähler entscheiden sich nicht nur für von ihnen gewünschte Kandidaten, sondern haben bei der Abgabe ihrer Zweitstimme auch in Betracht zu ziehen, daß die Mandate nach der Reihenfolge auf den jeweiligen Landeslisten besetzt werden. So ist Krötenschlucken unvermeidlich.

Bei der Wahl zum Europaparlament kreuzte ich vor Jahren in Hellersdorf die PDS an. „Ohne André Briel“, fügte ich hinzu, wodurch das Votum ungültig wurde. Damals war das mein Protest gegen einen der Sache abtrünnig gewordenen Politiker des rechten PDS-Flügels. Was die anstehenden Bundestagswahlen betrifft, muß man auf „Doppelpack“-Varianten eingestellt sein, will man profilierte Mandatsträger der Linkspartei wie Gesine Löttsch, Sevim Dagdelen, Christine Buchholz, Ulla Jelpke, Sahra Wagenknecht oder Wolfgang Gehrke, um nur einige zu nennen, wieder im Bundestag sehen. Da dort – realistisch betrachtet – keine an Marx, Engels und Lenin orientierte Partei unserer Präferenz vertreten sein wird, sollten konsequent linke Wähler statt des Optimalen das Mögliche anstreben. Bei Aufrechterhaltung unverzichtbarer Fernziele kann es vorerst nur darum gehen, derzeit Erreichbares ins Kalkül zu ziehen.

Nr. 186, Juli 2013

Drohnen und Dröhnen

In einem Land, in dem Drohnen, nicht aber Arbeitsbienen den Ton angeben und die Gesellschaft beherrschen, liegt es auf der Hand, daß auch noch ganz andere „Drohnen“ die in den Staatshaushalt geflossenen Steuergelder verzehren: Es gibt sogar einen eigens dafür zuständigen Minister, in dessen Haus der zu einer internationalen „Berühmtheit“ in Sachen geordneter Zivilistenabschlachtung gewordene Kundus-Oberst Georg Klein ohne Bedenken seiner Vorgesetzten zum General aufsteigen konnte. Während das in Stuttgart angesiedelte Afrika-Kommando der US-Streitkräfte – kurz Africom – koordinierend dafür Sorge trägt, daß auf dem Schwarzen Kontinent nicht gegen den imperialistischen Stachel gelockt wird und „bei Bedarf“ Kampfdrohnen zur Vollstreckung von Mordbefehlen in Marsch gesetzt werden können, treibt Merckels zackiges Kabinettsmitglied Thomas de Maizière nichts anderes um, als endlich auch auf eigenen – wenn auch vorerst nicht „scharfgemachten“ – Drohnen zu thronen. Nach zunächst bescheideneren Wünschen platzte allerdings sein auf 650 Millionen Euro ausgelegtes Lieblingsprojekt „Euro Hawk“, was soviel wie „Europa-Falke“ heißt. Eine äußerst treffende Bezeichnung, die Rückschlüsse auf seinen Besteller gestattet, der alle Warnungen vor einem möglichen Debakel in den Wind geschlagen hatte. Der oberste Kriegsherr der Bundeswehr gilt nämlich als einer der rabiatesten „Falken“ in der BRD – als extremer Scharfmacher, der nach afghanischem Muster auf militärische Konfliktlösungen im weltweiten NATO-Aggressionsverbund drängt.

Während sich das durch de Maizières an den Baum gefahrenes Riesen-Rüstungsgeschäft dem Spott ausgelieferte Merkel-Kabinettsmitglied breitbeinig vor das solchermaßen entblößte Regierungsglied stellte, könnte man die Sache auch unter strafrechtlichem Aspekt betrachten.

Als Absolvent der Juristischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität vom Jahrgang 1956 und einstiger Staatsanwalt der DDR weiß ich noch um den Tatbestand der Veruntreuung einzelnen Personen oder Gremien anvertrauter oder durch sie verwalteter Gelder. Dabei bin ich mir durchaus darüber im klaren, daß die Wertung solcher Sachverhalte durch Gerichte beider deutscher Staaten stets extrem unterschiedlich, ja absolut konträr gehandhabt wurde.

Marx und Engels haben im Kommunistischen Manifest die Dinge auf den Punkt gebracht, indem sie sich mit den Worten an die Bourgeoisie wandten: „Euer Recht ist doch nur der zum Gesetz

erhobene Wille eurer Klasse!“ Und deren Wille ist es, daß gegen Schwarzfahrer und Ladendiebe gnadenlos vorgegangen wird, während die Veruntreuung nahezu astronomischer Summen nicht selten zum guten Ton gehört oder als reines Kavaliersdelikt betrachtet wird. Angesichts solcher Realitäten ist mein DDR-Rechtswissen im Alltag der BRD leider nicht mehr als Schnee von gestern, mein Rechtsempfinden mit dem der heute Herrschenden nicht identisch.

Doch das Ungeheuerliche an dem Vorgang ist ja weniger sein juristischer als vielmehr sein sittlicher Aspekt. Ein Mann, der sich auf Kirchentagen als christlicher Moralist an die Brust schlägt, engagiert sich ohne Skrupel für die infamsten aller derzeit „im Angebot befindlichen“ Mordinstrumente – die Killer-Drohnen. Der in Oslo geehrte Friedensheuchler Barack Obama, dem Kriege nicht fremd sind, hat Drohnen als treffsicherste und verlustärmste Waffe aller Zeiten in NATO-Kreisen populär gemacht. Sie jederzeit per Knopfdruck selbst aus größter Distanz bedienen zu können, schone die eigenen Leute und vernichte unterschiedslos jedes anvisierte Ziel. Die U.S. Air Force, die mit der Bundesluftwaffe im Verbund den Himmel pflügt, wie schon 1999 bei der gemeinsamen Bombardierung Serbiens unter Beweis gestellt wurde, hat die „Effektivität“ dieser anonymen Hinrichtungsinstrumente wieder und wieder auf dem Boden des UN-Mitgliedsstaates Pakistan und auch anderswo nachgewiesen. Die Bundesrepublik Deutschland ist derzeit personell „etwas unglücklich aufgestellt“. Ohne Zweifel kann niemand für das Handeln seiner Eltern verantwortlich gemacht werden, obwohl man sich unter bestimmten Umständen gebührend von ihnen distanzieren sollte. Während ein Sohn des noch im Februar 1945 von Hitler in den Führerbunker gerufenen Nazi-Generals und späteren Heeresinspektors der Bundeswehr Ulrich de Maizière den Drohnen nachjagt, sorgt der Abkömmling zweier Alt-Mitglieder der NSDAP an oberster Stelle des Staates fürs Dröhnen. Wir beim „RotFuchs“ versammelten Kommunisten und Sozialisten mit oder ohne Parteibuch werden den Kampf gegen militärische wie zivile Drohnen mit aller Entschiedenheit fortsetzen. Am 22. September besteht die nicht zu über-, aber auch keineswegs zu unterschätzende Gelegenheit, den Parteigängern der Drohnen wie des Dröhnens Salz in die Suppe zu streuen, indem man jene Kandidaten unterstützt, die gegen Mordwerkzeuge wie gesellschaftliche Blutsauger als einzige im Bundestag ihre Stimme zu erheben bereit sind. *Nr. 187, August 2013*

Erinnern an Auschwitz

Zwei schlimme Kindheitserlebnisse haben sich mir für immer eingepägt. Das erste trug sich 1943 in der Riesengebirgsstadt Hirschberg – heute Jelenia Góra – zu. Ich hatte erst wenige Monate das Gymnasium besucht, als man mir eine von Erziehungsberechtigten zu unterschreibende „rassische Unbedenklichkeitsbescheinigung“ vorlegte. Dort wurde bereits nach „Mischlingen 2. Grades“ gefragt. Dieser faschistischen Kategorisierung zufolge galt ich als „Vierteljude“, da mein Großvater

väterlicherseits einer jüdischen Familie in Böhmen entstammte. So mußte ich sofort die Schule verlassen.

Das zweite Erlebnis war damit nicht zu vergleichen. Im Sommer 1945 erkundigte sich mein Vater bei einer Institution mit der Bezeichnung JOINT, die über sämtliche von der SS geführten Sterbelisten aus den Konzentrationslagern verfügte, nach dem Schicksal von 15 Verwandten. Diese hatten in Eger (Cheb) gelebt und waren zunächst nach Theresienstadt deportiert worden.

Sie seien ohne Ausnahme in Auschwitz ums Leben gekommen, wurde unter Angabe der jeweiligen Todesdaten mitgeteilt. Die Opferlisten in Israels Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem und in der Prager Synagoge vermerken ihre Namen.

Leider ist all das nicht nur Geschichte: Die faschistische Wahnsinnsideologie, welche zur Ausrottung von Millionen Menschen aus politischen oder ethnischen Gründen geführt hat, ist nicht mit den Nazis untergegangen. Unter Bedingungen einer sich weiter zuspitzenden sozialen Konfrontation verzichten die Exekuteure der Macht des Kapitals, die sonst eine gefälligere Kosmetik bevorzugen, auf die demokratische Maske. Sie greifen immer öfter zu Instrumentarien der Faschisierung. Gebietet man dieser Entwicklung nicht Einhalt, dann mündet sie im offenen Faschismus. Jene, welche unablässig den Popanz einer imaginären „roten Gefahr“ bemühen, wollen nur von einer sehr realen Bedrohung ablenken: In Deutschland nennt man sie die braune Gefahr.

Dabei fehlt es nicht an Versuchen, die Öffentlichkeit durch makabre Inszenierungen irrezuführen. So soll die sich qualvoll hinschleppende Münchener Justiz-Farce die Illusion angeblich entschlossener bundesdeutscher Verfolgungswut gegenüber Naziumtrieben nähren. Zugleich wird die Legalität der in mehreren Landtagen etablierten faschistischen NPD nicht angetastet. Und diese Formation stellt ja auch nur die Spitze des Eisbergs dar. Faschisten und Faschierer besitzen längst in bürgerlichen Parteien und staatlichen Institutionen eine Heimstatt. Wie weit die rechtsradikale Unterwanderung geht, zeigt die jüngste Verquickung von BRD-Geheimdienstlern mit der bundesdeutschen Naziszene. Als Gipfel der Heuchelei erweist sich der empörte Aufschrei von Merkel & Co über die „Ausspähung selbst intimster Sphären dieses Landes“ durch Dienste der USA. Haltet den Dieb! heißt die Parole. Wer im Glashaus sitzt, sollte aber nicht mit Steinen werfen. Wiegt sich denn irgend jemand in der naiven Vorstellung, das aus Pullach in den gigantischen Berliner BND-Komplex übersiedelnde Personal sei nicht mit genau dem befaßt, was den Verbündeten aus Washington und London zum Vorwurf gemacht wird? Die unkontrollierbare Allmacht der Recht und Gesetz mit

Füßen tretenden NATO-Geheimdienste ist ein wesentlicher Faktor der fortschreitenden innenpolitischen Faschisierung. Europas Rechtsradikale reizen die ihnen gewährte Legalität im Übermaß aus. Unmaskierte Faschisten machen sich längst in den Parlamenten Frankreichs und Italiens breit. Marine Le Pens Front National kann sich nach jüngsten Umfragen auf nahezu ein Fünftel der französischen Wähler stützen. Zur Regierungskoalition des als Krimineller verurteilten italienischen Ex-Premiers Berlusconi gehörte bekanntlich auch die Nachfolgepartei der Faschisten Mussolinis – Finis aus Getreuen des Duce rekrutierte MSI. Diese Tatsache hat im Brüsseler EU-Hauptquartier keinen Anstoß erregt. Die in der Horthy-Tradition stehenden ungarischen Faschierer Orbáns durften sogar ein halbes Jahr lang im Europa der Monopole den Taktstock schwingen. In Griechenland schreckte die Partei von Premier Samaras nicht einmal davor zurück, sämtliche hellenischen Staatssender auf einen Schlag mundtot zu machen. Man könnte den Blick auch auf Ankara richten, wo der islamistische Faschierer Erdogan den türkischen Unterdrückungsapparat mit äußerster Brutalität gegen die mutig aufbegehrenden Frauen und Männer vom Taksimplatz losschlagen ließ. Der regierungsoffizielle Terror zielt ganz besonders auch auf die Genossen der mutigen TKP. Schließlich sollte man Israel bei dieser Betrachtung nicht aus dem Auge verlieren. Dessen zum Teil faschistoide Machthaber bestücken nicht nur die aus BRD-Waffenschmieden gelieferten U-Boote mit Atomraketen, sondern folgen in ihrem rassistischen Vorgehen gegen die Palästinenser Gazas und des Westjordanlandes auch der Spur jener Ideologie, welche einst den Holocaust hervorbrachte.

Um den Kreis zu schließen: Was meiner väterlichen Verwandtschaft unter der Schreckensherrschaft der Nazis widerfuhr, wurzelt keineswegs im „deutschen Wesen“, sondern in dem mal mit, mal ohne Maske auftretenden kapitalistischen System. Der faschistischen Bedrohung überall den Kampf anzusagen und Barrikaden des Massenwiderstandes gegen sie zu errichten, ist das Gebot der Stunde.

Nr. 188, September 2013

Der springende Punkt

Als ich am 9. Mai 1974 auf Lissabons Flughafen Portela aus der Maschine stieg, um als Berichterstatter des ND über das aktuelle Geschehen in Portugal zu informieren, ahnte ich nicht, daß mir die fünf wichtigsten und bewegendsten Jahre meines Lebens bevorstehen sollten. Ich hatte das große Glück, Weggefährte eines der wenigen den Spuren der Pariser Commune folgenden antikapitalistischen Vorstöße in Westeuropa zu sein: der Nelkenrevolution. Sie begann mit dem Sturz der 48 Jahre währenden faschistischen Diktatur Salazars und Caetanos am 25. April 1974 und erreichte im Sommer 1975 ihren Kulminationspunkt. Unter maßgeblicher Mitwirkung der Portugiesischen Kommunistischen Partei des unvergeßlichen Álvaro Cunhal wurden 245 inländische Industrieunternehmen, Banken und Versicherungskonzerne nationalisiert, während das Agrarproletariat des Südens schlagartig 1,2 Millionen Hektar Latifundistenland in Besitz nahm. Daraus gingen 550 ausbeutungsfreie Kollektivgüter hervor, von denen viele auf Jahre bestanden.

Der revolutionäre Prozeß konnte bis an die Grenzen des Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen in eine sozialistische Revolution vorangetrieben werden. Wenn dennoch der gegenläufige konterrevolutionäre Prozeß – bei massiver Einmischung der NATO-Mächte, vor allem der USA und der BRD – am Ende die Oberhand gewann, dann hatte das *einen* entscheidenden Grund: Die unter Führung einer marxistisch-leninistischen Partei Großes erreichenden Volkskräfte vermochten die Frage der politischen Macht nicht zu ihren Gunsten zu entscheiden. Mit Franco-Spanien – geographisch betrachtet – „im Rücken“, der 6. US-Flotte vor den Küsten und einem Landesnorden, dessen Bevölkerungsmehrheit auch weiterhin faschistisch indoktriniert blieb, reichte die Kraft für den Sieg nicht aus.

Damit der Funke wirklich zündet und die soziale Transformation von Erfolg gekrönt ist, bedarf es eben nicht nur einer revolutionären Situation, sondern auch der Potenz, sie zu nutzen. Versuche ultralinken Revoluzzer, den „Knoten“ auf voluntaristische Art zu

durchschlagen, sind da zur Niederlage verurteilt. Eine revolutionäre Situation besteht aus Sicht unserer Klassiker immer dann, wenn die Herrschenden nicht mehr auf alte Art regieren können, während die Beherrschten ihr Los nicht länger ertragen wollen. Die höchste Steigerungsform einer solchen Situation – sollte es den Machthabern nicht gelingen, sie entlastende Ventile zu ziehen und etwas Dampf aus dem Kessel abzulassen –, bezeichnet man als revolutionäre Krise.

Doch selbst diese führt keineswegs automatisch zur Revolution. Um aus der Möglichkeit Wirklichkeit werden zu lassen, bedürfen die kampfbereiten Massen der Führung durch eine zielklare revolutionäre Avantgarde, die sich in entwickelten Ländern aus dem Proletariat und ihnen nahestehenden sozialen Kräften rekrutiert. Der springende Punkt ist also: Ohne Machteroberung gibt es keine wirkliche Revolution – ohne Führung durch eine von der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus ausgehende Partei keine Machteroberung! Da sind die Floskeln gewisser „linker“ Theoretiker von einer „Transformation im Rahmen des bestehenden Systems“ nichts als Schall und Rauch.

Zu bemerken wäre in diesem Zusammenhang, daß ähnliches – allerdings unter diametral entgegengesetzten Vorzeichen – auch auf konterrevolutionäre Prozesse zutrifft: Sie zielen nicht minder auf politische Machteroberung und bedürfen ebenfalls einer entsprechenden Führung, die allerdings im Auftrag historisch bereits überwunden gewesener Klassenkräfte operiert.

Den Spuren Hitlers, der die von den Faschisten vollzogene Macht-sicherung für das Kapital als „nationale Revolution“ ausgab, folgen jene, welche sich erdreisten, die konterrevolutionäre Liquidierung ausbeutungsfreier Gesellschaften als Revolutionen zu bezeichnen. Zur Irreführung der Öffentlichkeit wie auch nicht weniger an diesem fatalen Spiel selbst Beteiligter versahen sie klassische Konterrevolutionen mit dem Etikett „friedlicher Revolutionen“. Da ist von einer „samtenen Revolution“ die Rede, wenn die Zerschlagung des Sozialismus in der ČSSR gemeint ist. Oder man spricht von der „orangenen Revolution“ Julia Timoschenkos – der reichsten Frau der Ukraine, die ihre maßlose Gier sogar in den Knast von Leuten ähnlicher Couleur gebracht hat. Andererseits bewirken von den Massen getragene revolutionäre Situationen trotz ihres oftmals grandiosen Erscheinungsbildes noch

keine tiefgreifenden sozialen und politischen Umwandlungen. Die Medien der Bourgeoisie inflationieren den Begriff der Revolution ganz bewußt, um ihm Schärfe und Kontur zu nehmen.

Erinnert sei hier an die „tunesische Revolution“, die den Auftakt zu einer als „Arabischer Frühling“ bezeichneten Protestwelle gab, und an die beiden „ägyptischen Revolutionen“, die ein imponierendes Bild von der Kühnheit und Widerstandskraft bedeutender Sektoren zweier arabischer Völker vermittelten. Auch der eindrucksvolle Massenprotest in der Türkei gehört in diesen Zusammenhang.

Die erwähnten revolutionären Situationen konnten aus den anfangs genannten Gründen – vorerst – nicht in Revolutionen hinüberwachsen. In Tunesien kamen zu kosmetischen Operationen bereite und zu Zugeständnissen gezwungene, aber am System-erhalt interessierte gemäßigt islamistische Kräfte ans Ruder. In Ägypten trug das seit Jahrzehnten aus Kassen des Pentagons mit Milliardensummen „subventionierte“ Militär dem Verlangen von Millionen Landesbürgern nach Absetzung Mursis und seiner das geistige Mittelalter verkörpernden Moslebrüder Rechnung, installierte dann jedoch eine Regierung nach dem Geschmack der USA und der NATO. Da dessen Schreckensregiment die Welt schockierte und Kairo international in die Isolierung trieb, könnte sich Washington bei der Finanzierung der ägyptischen Armee interimistisch durch Saudi-Arabien vertreten lassen.

An die wirklich großen Umwälzungen in der Menschheitsgeschichte wie die Französische Revolution, die Oktoberrevolution in Rußland und die Chinesische Revolution sind natürlich völlig andere Maßstäbe anzulegen.

Als Lenin im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zeitweilig die Redaktion der damals bolschewistischen „Iskra“ leitete, an deren Beispiel sich auch der „RotFuchs“ orientiert, wagte wohl keiner seiner Mitstreiter die kühne Prognose, daß nur ein gutes Jahrzehnt später aus diesem winzigen Funken die Flamme des Roten Oktober schlagen würde. Der aber hat – trotz des späteren Untergangs der UdSSR und der sozialistischen Staaten Europas – die Welt dauerhaft verändert und bleibt einer der Maßstäbe für die Bestimmung der Kriterien zur Umwandlung einer revolutionären Situation in eine siegreiche Revolution.

Nr. 189, Oktober 2013

Der Galgen von Nürnberg

An den 1. Oktober 1946 erinnere ich mich noch sehr genau. An jenem Tag fällt das in Nürnberg zusammengetretene Tribunal der vier Alliierten der Antihitlerkoalition nach Prüfung von 3000 Originaldokumenten, der unmittelbaren Anhörung von 200 Zeugen und den Plädoyers am Ende des als Hauptkriegsverbrecherprozeß in die Geschichte eingegangenen Strafverfahrens gegen Anführer der Mordbande Hitlers sein Urteil. In aller Welt wurde die Abrechnung mit einigen der schlimmsten faschistischen Rädelführer begrüßt, auch wenn in manchen Fällen härtere Urteile erwartet worden waren. Ein Teil der am schwersten belasteten Nazi-Kriminellen wurde dem Henker überantwortet und später – von Göring, der wie zuvor schon Hitler, Goebbels und Himmler Selbstmord beging, abgesehen – zum Galgen geführt. Während der 1. Oktober 1946 bei mir – ich war damals knapp

14 – vor allem Genugtuung auslöste, vermochte ich erst später, während des Jurastudiums und danach mit Normen des Völkerrechts vertraut gemacht, tiefer in die Problematik von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen gegen den Frieden einzudringen.

Nürnberg besaß eine solide Legitimation: Der Prozeß fußte auf den Beschlüssen der Londoner Viermächtekonferenz vom 8. August 1945 und dem durch die Alliierten beschlossenen Statut eines Internationalen Militärgerichtshofes.

Bemerkenswerterweise wurde in der fränkischen Metropole auch der klassenmäßige Hintergrund der faschistischen Untaten sogar von amerikanischer Seite auf gewisse Weise zur Sprache gebracht. In einem der Anschlußverfahren – es ging um den Fall Flick – erklärte Brigadegeneral Telford Taylor, der für die

Vereinigten Staaten die Anklage vertrat: „Die Diktatur des Dritten Reiches stützte sich auf die unselige Dreieinigkeit aus Nationalsozialismus, Militarismus und Wirtschafts imperialismus.“ In Nürnberg war US-Hauptankläger Robert H. Jackson zu dem Ergebnis gelangt: „Für alle Menschen mit gutem Willen und gesundem Verstand ist das Verbrechen, das alle geringeren Verbrechen umfaßt, das Verbrechen der Entfesselung eines widerrechtlichen Krieges.“

Da war es dann nur logisch, daß der Delikt katalog des internationalen Rechts um diese alle Dimensionen sprengende Gewalttat – Verbrechen gegen den Frieden – ergänzt wurde. Aus gutem Grund laufen seitdem die juristischen Berater aller Kriege vorbereitenden oder anzettelnden Staatsmänner gegen die Fixierung dieses von ihnen wieder und wieder erfüllten Tatbestandes Sturm. Mit der erstmals 1967 bei Rütten & Loening herausgebrachten Dokumentation „Der Nürnberger Prozeß“, die dann etliche Nachauflagen erlebte und bis heute als Standardwerk gilt, steht uns ein auf Kernaussagen beschränktes Konzentrat des 42 Bände umfassenden Verhandlungsprotokolls zur Verfügung. Im Vorwort zur 5. Auflage schrieb der Herausgeber – mein Vater Peter Alfons Steiniger, der viele Jahre Direktor des Völkerrechtsinstituts der Berliner Humboldt-Universität war – zu Bestrebungen rabiater Rechtsrevisionisten: „Und natürlich richten sich deren Versuche, das Nürnberger Urteil als einen Bruch des Rechts, als einen Akt der Willkür und Rache hinzustellen, vor allem gegen die zum ersten Mal praktisch gewordene Aburteilung von Verbrechen gegen den Frieden. Die Bestrafung der während des Krieges begangenen Verbrechen und der im Zusammenhang mit ihm verübten Verbrechen gegen die Menschlichkeit stößt auf eine nicht entfernt so heftige prinzipielle Kritik wie die Bestrafung des Verbrechens der Anzettelung des Krieges selbst.“

Übrigens wurde in Nürnberg nur einer der Angeklagten ausschließlich wegen Verbrechens gegen den Frieden verurteilt: Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß, der sich am 10. Mai 1941 – kurz vor dem faschistischen Überfall auf die UdSSR – nach England

abgesetzt hatte, um, wie es hieß, London für eine Waffenruhe im Westen zu gewinnen. Aus dem Statut des Internationalen Militärtribunals ergibt sich eindeutig die *individuelle* strafrechtliche Verantwortlichkeit für Angriffe auf den Weltfrieden. Hierzu stellte der Nürnberger Gerichtshof ausdrücklich fest: „Verbrechen gegen das Völkerrecht werden von Menschen und nicht von abstrakten Wesen begangen, und nur durch Bestrafung jener Einzelpersonen, die solche Verbrechen begehen, kann den Bestimmungen des Völkerrechts Geltung verschafft werden.“

Nach den in Nürnberg und Tokio ergangenen Urteilen wegen Verbrechen gegen den Frieden vermag sich niemand mehr auf Unkenntnis der Rechtslage zu berufen.

Das galt für die US-Präsidenten Lyndon B. Johnson und Richard Nixon, deren Air Force Vietnam in die Steinzeit zurückbomben sollte und auf deren Befehl die angebliche Entlaubungschemikalie Agent Orange eingesetzt wurde, die nicht nur unzähligen Menschen den Tod brachte, sondern auch bei Hunderttausenden Nachgeborenen entsetzliche Verkrüppelungen zur Folge hatte. Das galt für US-Präsident George W. Bush, der aufgrund fingierter „Beweise“ für Bagdads angeblichen Besitz von Massenvernichtungswaffen das irakische Volk mit Krieg und Tod überziehen ließ. Und das gilt potentiell auch für US-Präsident Barack Obama, der Syriens rechtmäßigem Staatschef Assad den Einsatz von Chemiewaffen gegen die eigene Zivilbevölkerung unterstellte, den ohne Zweifel sogenannte Rebellen oder von der CIA gekaufte Provokateure in Uniform verübt haben – ein an „Gleiwitz“ und die Tongking-Golf-Affäre erinnernder Vorwand zur jederzeit möglichen Kriegsentfesselung. Nürnberg ist aktueller denn je. Möge sich niemand in der Illusion wiegen, von der sich die später Gehenkten zum Zeitpunkt der Begehung ihrer Verbrechen gegen den Frieden leiten ließen, daß es keine völkerrechtlich verbindlichen Instrumentarien zur Ahndung solcher Ungeheuerlichkeiten gibt! Zu den Unterzeichnern des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes zählen übrigens auch die Vereinigten Staaten von Amerika.

Nr. 190, November 2013

Über Junge und Alte

Wir Alten aus dem Osten, welche – die Zeit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung nach 1945 nicht mitgerechnet – vier Jahrzehnte lang durch die Wissen, Erfahrung und Klassenbewußtsein vermittelnde Schule der DDR gegangen sind, setzen bei anderen oftmals Dinge voraus, die sie gar nicht kennen können. Nicht nur bei den meisten älteren Landsleuten aus dem Westen, die während der gleichen 40 Jahre ohne Unterlaß im Schwarzen Kanal der kapitalistischen Medien gebadet wurden und dadurch zwangsläufig ein Zerrbild der DDR-Wirklichkeit verinnerlicht haben, sondern auch bei weitaus Jüngeren und ganz Jungen aus östlichen Breiten.

Wahrheiten, die in der DDR jeder Oberschüler erfuhr, kommen ihnen begreiflicherweise wie böhmische Dörfer vor. Solide politische Bildung ist längst auch zwischen Chemnitz und Rostock zur Mangelware oder gar zum Fremdwort geworden. Die Marxschen Erkenntnisse, daß alle menschliche Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, daß jeder Staat nur als Machtinstrument

der jeweils herrschenden Klasse und das Recht als deren zum Gesetz erhobener Wille zu betrachten sind, wurden in der guten alten DDR in jeder Volkshochschule vermittelt. Es handelte sich also keineswegs nur um theoretische Abstraktionen für eine „Parteilite“, sondern um gesellschaftliches Wissen, das sich Millionen Menschen erschloß.

Die inzwischen 20- bis 30jährigen, die heute im Osten lernen oder studieren, arbeiten oder ohne Job dastehen, haben von solchen Grundwahrheiten nie etwas gehört – es sei denn, sie kommen aus Elternhäusern, wo der wissenschaftliche Sozialismus noch eine Heimstatt besitzt.

In Gesprächen mit jungen Leuten auch aus dem eigenen Umfeld habe ich immer wieder feststellen müssen, daß die DDR – der trotz seiner Defizite und des Debakels am Ende beste Staat in der deutschen Geschichte – für sie so lange zurückliegt wie für uns der Große Deutsche Bauernkrieg. Begegnen sie aber aussagefähigen und an Bord gebliebenen Zeugen aus sozialistischen

Tagen, empfinden sie die Schilderung des Geschehens nicht selten als regelrechte Offenbarung.

Vom Jahrgang 1932, habe ich ähnliche Erfahrungen mit Ereignissen vor „meiner Zeit“ sammeln können. Obwohl kurz vor der Machtauslieferung an die Hitlerfaschisten – also noch in der Weimarer Republik – geboren, empfinde ich diese bis heute als eine „relativ weit zurückliegende Etappe“ der deutschen Geschichte, vom 1. Weltkrieg, der erst 14 Jahre zuvor sein Ende gefunden hatte, ganz abgesehen.

Solcherlei sollten wir uns stets vor Augen führen, wenn wir in die Gefahr geraten, der Unwissenheit nachfolgender Generationen mit dem Hochmut von Wissenden zu begegnen. Und noch etwas wäre da zu beachten: Weniger ist oft mehr. Es bringt keinen Nutzen, mit der Fülle eigener Kenntnisse und Erkenntnisse über Jüngere herzufallen. Einfühlsame Schilderungen von Wahrgenommenem, bei denen nicht nur an den Kopf appelliert werden sollte, wecken weit eher Interesse als belehrende Monologe. In einer glitzernden und gleißenden kapitalistischen Kulissenwelt, der gegenüber die schlichte Solidität der DDR scheinbar grau in grau war, ist das durchaus keine leichte Aufgabe. Hinzu kommt die Übermacht alter und neuer Medien, die zum Verzicht auf Tiefgründigkeit und inhaltliche Werte auffordern. Die „gebildete Nation“, wie man die DDR-Bürger – obwohl das keineswegs alle betraf – einst mit gutem Grund nannte, ist längst Vergangenheit. Dennoch sollte man nicht daran zweifeln, daß uns künftige Generationen darum beneiden werden, den einzigen ausbeutungsfreien, im Ansatz bereits sozialistischen Abschnitt der deutschen Geschichte selbst erlebt und mitgestaltet zu haben. Wenn ich in der Endphase meines Lebens dessen Glücksstrahlen – von ganz Persönlichem abgesehen – benennen sollte, fiele mir zweierlei ein: In diesem Monat sind es bereits 65 Jahre her, daß ich – gerade 16 – in Westberlin der Partei des solidarischen Händedrucks zwischen dem Kommunisten Wilhelm Pieck und dem Sozialdemokraten Otto Grotewohl beigetreten bin. In all dieser Zeit habe ich die Reihen organisierter Marxisten nie verlassen. Erwähnen möchte ich auch die Tatsache, daß ich mit der Übersiedlung nach Ostberlin 40 Jahre Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sein durfte. Bei deren Gründung im Stein-saal des späteren Hauses der Ministerien war ich unter jenen, welche das historische Ereignis von den Zuschauerplätzen aus verfolgen konnten, mit Sicherheit der Jüngste.

Niemals hätte ich mir in dieser Sternstunde der Geschichte unseres Volkes vorstellen können, daß unter BRD-Ägide ausgerechnet in Karlshorst, wo Hitlers später gehenkter Feldmarschall Keitel im Mai 1945 vor Stalins Heerführer Shukow kapitulieren mußte, einmal staatlich geschützte Plakate der legalen Faschistenpartei NPD zu deren Einzug ins Bundesparlament aufrufen würden. Während die DDR für Deutschland Ehre einlegte, schändet die BRD Tag für Tag dessen Namen. Auch deshalb war die Zerschlagung der DDR die größte Niederlage des Antifaschismus und der Arbeiterbewegung auf deutschem Boden.

Kehren wir zum Ausgangspunkt der Betrachtung zurück. Es gilt Verständnis dafür aufzubringen, daß Jüngere und Heranwachsende völlig anderen Einflüssen ausgesetzt sind und unter mit den unseren absolut unvergleichbaren gesellschaftlichen Bedingungen aufwachsen. Wir haben auf Redliche, denen der konterrevolutionäre Sieg und der Schmerz über eigenes Versagen in kritischer Stunde vorübergehend den klaren Blick nahmen, keine Steine geworfen. So müssen wir auch jenen, die von den uns „Heiligen Kühen“ gar nichts wissen können, mit Fairness und Geduld begegnen. Gut Ding will Weile haben, sagt der Volksmund, was keineswegs mit Tatenlosigkeit gleichzusetzen ist. Prinzipienfestigkeit und Toleranz gehören für uns zusammen. Als im Herbst 1989 Wankelmütige und Abdriftende das Schicksal von SED und DDR besiegeln halfen, versammelten sich Abend für Abend Tausende vor dem Berliner ZK-Gebäude der Partei. Sie forderten Auskunft und warteten auf ein Hoffnungssignal. Fahnen und Spruchbänder waren in der Menge zu sehen. Für einen Augenblick erfaßte die Fernsehkamera auch das von einem kleinen Jungen emporgehaltene Schild. Auf ihm stand von Kinderhand geschrieben: „Denkt auch an mich!“ Sein Träger war, wie ich erst am Bildschirm erfuhr, mein jüngster Sohn. Der ist inzwischen 33. Sein um 11 Jahre älterer Bruder, der ihn damals geschultert hatte, arbeitet seit etlichen Jahren als Internet-Redakteur bei der „jungen Welt“. Zwei ihrer Geschwister und deren Lebenspartner bekennen in der Linkspartei Farbe. Dieser Tage sagte der Jüngste fast beiläufig zu mir: „Es ist wohl an der Zeit, daß ich mich kommunistisch organisiere.“

So nimmt die Zahl der Nachwachsenden, die uns verstehen und zu uns stoßen, allmählich wieder zu. Tun wir etwas dafür!

Nr. 191, Dezember 2013

Ein Steinwurf der Geschichte?

In der Ära des „großen Besens“, als eine die DDR niedermähende Konterrevolution von manchen noch als „unsere friedliche Revolution“ empfunden oder dargestellt wurde, entstand eine künstlerisch sehr gelungene Marx-Karikatur. Um den Bahnbrecher der proletarischen Weltanschauung etwas kleiner und als Zweifler am eigenen Denken erscheinen zu lassen, legte man ihm die Worte in den Mund: „War doch nur so 'ne Idee von mir“. Dabei vergaß man allerdings die Erkenntnis des alten Mohr, daß die Idee zur materiellen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift. Ungeachtet der schwersten Niederlage, die der Sozialismus und die revolutionäre Arbeiterbewegung bisher in Europa erlitten haben, dürfte wohl kaum die Tatsache in Abrede zu stellen sein, daß keine andere Idee so die Köpfe ausgebeuteter und

unterdrückter, sich aber auch zu Kampf und Widerstand erhebender „Massen“ ergriffen und erhellt hat wie der Marxismus. Übertragen wir Großes auf Kleineres: Als wir einst in einer Hellersdorfer Wohnung auf den Gedanken kamen, uns dem Ansturm des in materieller Hinsicht tausendfach überlegenen Gegners – eines Siegers auf Zeit, der sich als ewiger Gewinner wähnt – mit ideologischen Waffen entgegenzustellen, war das am Anfang ja auch „nur so 'ne Idee“. Inzwischen ist aus dem kleinen papiernen Füchlein, dem wir nicht ohne Hintergedanken die Farbe Rot zuordneten, die auflagenstärkste marxistische Monatsschrift in deutscher Sprache geworden. Die an ihr Mitwirkenden heben keineswegs nur auf organisierte Kommunisten und Sozialisten ab, sondern pflügen und bestellen längst auch weitere Felder.

Allein die Printausgabe, die einst mit 200 Exemplaren an den Start ging, erreicht heute Zehntausende Leser im In- und Ausland. Noch weitaus größer ist der Kreis jener an unserer Zeitschrift Interessierten, welche über das Internet Zugang zu ihr finden. Der „RotFuchs“ bietet inzwischen eine breite Palette anspruchsvoller und unterhaltsamer Themen. In mancher Hinsicht hat er den Atem so beliebter DDR-Publikationen wie „horizont“ und „Weltbühne“ in sich aufgenommen, dazu einen gehörigen Schuß theoretischer Verdichtung und aktueller Information. Wir ziehen auch Texte aus „anderer Herren Länder“ zu Rate – genauer gesagt jene, welche den Herren dieser Länder einheizen. Gemeint sind Weggefährten wie die faszinierende Wochenzeitung „Solidaire“ der Partei der Arbeit Belgiens (PTB), die wie kaum eine andere marxistische Formation in Europa den Nerv der Zeit zu treffen vermag. Hier finden wir eine beeindruckende Kombination von Frische und Modernität, die keineswegs die Normen der Anpassung an einen ominösen „Zeitgeist“ erfüllt. Ist es da Zufall, daß die von Peter Mertens geführte PTB heute die am schnellsten wachsende kommunistische Partei Europas ist, die sich der gleichfalls standhaltenden und ihren Einfluß abermals erweiternden portugiesischen PCP besonders verbunden fühlt? Wie man sieht, ist unsere Bewegung – und damit meinen wir abermals mehr als ein Parteibuch besitzende Kommunisten und Sozialisten – durchaus nicht am Ende ihres Lateins. Im politischen Kampf entscheiden nicht zuletzt auch Ausdauer und langer Atem über Erfolg oder Mißerfolg. Als der legendäre Reporter Egon Erwin Kisch, der einst in Prag das nur durch ihn gestaltete Blatt „Die Zeitung“ herausbrachte, nach einem Jahr seine Bemühungen abbrach, war diese grandiose Investition in den Sand gesetzt.

Dabei kann auch in kurzen Zeitabschnitten, die manche als einen „Steinwurf der Geschichte“ betrachten, oft mehr geschehen als in Jahrhunderten. Ja, sogar Weltveränderndes. Man denke nur an den Roten Oktober 1917.

Bisweilen frage ich mich: Was sind 12 oder 14 Jahre angesichts heutiger Schnellebigkeit? Doch dann kommt mir die bloß 14jährige Dauer des Bestehens der Weimarer Republik in den Sinn. War die kurze Periode zwischen 1919 und dem 30. Januar 1933 nicht eines der ereignisreichsten und folgenschwersten Kapitel in der

Chronik der Deutschen? Oder ziehen wir die Schreckensbilanz aus der wenig mehr als zwölfjährigen Existenz des faschistischen 3. Reiches, als dessen Rechtsnachfolgerin sich bekanntlich die Bundesrepublik Deutschland empfindet, in Betracht. Im Zeitraum von 1933 bis in das Frühjahr 1945 wurde im Auftrag der Hitler finanzierenden und dirigierenden deutschen Monopolherren der 2. Weltkrieg entfesselt, ganz Europa in Brand gesteckt und ein Blutbad ohnegleichen angerichtet. Die unheilvollen 12 Jahre Faschismus reichten aus, um das schmachvollste Kapitel in der Geschichte der Nation von Müntzer und Luther, Goethe und Schiller, Heine und Hölderlin, Marx und Engels zu schreiben. Doch was hat all das mit dem „RotFuchs“ zu tun? Selbst wenn die Dimensionen ganz andere sind, gilt es auch hier die Wirkung in einer kurzen Periode zu prüfen. Der RF ist inmitten einer durch Niederlage und Konterrevolution geprägten Situation entstanden. Er hat nicht nur an Bord Gebliebenen, sondern auch vielen, denen die rauchenden Trümmer des in Europa zu Fall gebrachten Sozialismus vorübergehend den klaren Blick trübten oder den Mut raubten, wieder eine politische Heimat gegeben. Das ist nicht wenig. Entscheidend war Prinzipienfestigkeit bei gleichzeitigem Verzicht auf jegliche Prinzipienreiterei, die Vermeidung sektiererischer Enge wie opportunistischer „Breite“. Dabei blieben wir auf dem Teppich und wurden nicht zu Gefangenen der schönen Illusion, man könne nach eigenem Wunsch und Willen über Nacht eine funkelneuland und lupenreine revolutionäre Vorhut, gar mit Masseneinfluß, aus dem Boden stampfen. Weder katzbuckeln vor anderen noch der durch Lenin gezeißelte „kommunistische Hochmut“ bestimmten unser Handeln, wobei wir uns stets dessen bewußt waren, daß politische Ernsthaftigkeit nicht zuletzt am Verhalten zu eigenen Fehlern gemessen wird. Bei all dem sollte man den historischen Optimismus bewahren: Bisweilen schlägt der Wind schneller als erwartet um. Auch wenn sich die Geschichte niemals auf dieselbe Weise wiederholt, sei an das wechselvolle Schicksal der alten KPD erinnert. Nach den erlittenen Niederlagen besaß sie 1925 nur begrenzten Einfluß – fünf Jahre später war sie die stärkste kommunistische Partei aller kapitalistischen Länder.

Übrigens: Der „RotFuchs“ wird mit der nächsten Ausgabe 16 Jahre alt. Nr. 192, Januar 2014

Viel Feind, viel Ehr?

Zu DDR-Zeiten kursierten nicht wenige politische Witze, an deren Pointiertheit sich Nichtgenossen wie Genossen gleichermaßen rieben und erfreuten, zumal sie oftmals in tatsächliche Schwachstellen stachen. Auch dieser „Joke“ machte damals die Runde: Ein Liebespaar sitzt am Ostseestrand und blickt auf den Horizont, an dem gerade die Sonne versinkt. Statt sie zu küssen, sagt er: „Blutrot wie unsere Fahne!“

Die kleine Satire hat einen tieferen Sinn. Sie soll uns sagen: Übertreibt es nicht! Laßt die Kirche im Dorf! Bekennermut, hohe Motiviertheit und leidenschaftliches Engagement für die gute Sache vertragen sich allemal mit Gelassenheit, Verzicht auf ein Übermaß an Superlativen und der Fähigkeit, sich selbst in Frage zu stellen. Dabei sind ja die Fronten klar, wissen wir doch sehr genau um die Unterschiede im Dialog mit Freund und Feind. Der Klassenkampf

ist keineswegs eine Erfindung von Marx, Engels und Lenin oder anderer „verbohrter Kommunisten“, sondern seit dem Beginn der Klassengesellschaft eine objektive Realität, die niemand wegretuschieren kann. Die fundamentale Erkenntnis, daß Barrikaden stets zwei Seiten haben, müssen Marxisten mit kühlem Kopf, weitem Blick und einem großen Herzen verinnerlichen. Das soll auch jenen gehören, die noch nicht den Stand ihrer Erkenntnis erreicht haben oder – obwohl aus den eigenen Klassenreihen – gar nicht auf diesen emporgehoben werden können.

Linke, die nicht begreifen, daß die Erdbevölkerung ganz überwiegend nicht aus Kommunisten und Sozialisten besteht, Revolution mit drei R schreiben und sich der Tatsache verschließen, daß zu unabdingbarer Prinzipienfestigkeit auch ein hohes Maß an Toleranz sowie ein Nerv für anständiger Andersdenkende gehören, haben

schon verloren, bevor sie auch nur in den Kampf gezogen sind. Die alte kaiserlich-deutsche Parole „Viel Feind, viel Ehr“ ist nicht die unsere. Dabei wissen wir sehr genau, daß wir stets von Feinden umgeben sind, die auf der ganzen Tastatur ihres klassenbedingten Hasses spielen, der sich gegen all jene richtet, die ihnen in die Karten zu schauen vermögen oder auch nur aus der Reihe tanzen. Seinen Aufstieg zur am meisten verbreiteten, auflagenstärksten marxistischen Monatsschrift in deutscher Sprache verdankt der „RotFuchs“ nicht zuletzt der Tatsache, daß seine Macher kein Süppchen nur für Feinschmecker kochen, sondern auch viele erreichen wollen, die Sektierer niemals in ihr Boot holen würden. Nicht zuletzt befinden sich im Autorenkreis des RF ein SPD-Genosse aus Bayern und ein evangelisch-lutherischer Theologe aus Thüringen. Wir sind sehr froh über die Bereitschaft solcher Weggefährten, am gemeinsamen Strick zu ziehen.

„Ich danke Dir für Deine ehrliche Toleranz gegenüber einem Mitglied der NDPD Bolzischer Gesinnung und katholischen Glaubens“, schrieb Dr. Wilfried Meißner aus Chemnitz an den RF-Chefredakteur. Wir alle stehen für unveräußerliche humanistische Ideale und Ideen, die Marxisten unter uns zu jener Weltanschauung, für die schon 1848 mit dem Kommunistischen Manifest der Grundstein gelegt wurde. Unsere früh getroffene Entscheidung, den „RotFuchs“ als Tribüne für in Deutschland lebende Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch erscheinen zu lassen, trug der Tatsache Rechnung, daß die Mehrheit standhaft gebliebener Linker – zumindest im Osten – derzeit politisch gar nicht organisiert ist. Inzwischen reicht diese Bandbreite nicht mehr aus, da weitere antifaschistisch-demokratische Kräfte zu uns gestoßen sind.

Übrigens trägt die Vorstellung, junge und jüngere Menschen fänden nicht zu uns. Sicher besuchen nicht allzu viele von ihnen Versammlungen der Alten und mögen auch nicht unbedingt Gedrucktes. Doch wer sind eigentlich jene 35 000, welche schon am ersten Tag anklicken, wenn die Homepage mit dem aktuellen RF im Internet erscheint? Lauter Greise? Wir stehen weder für dogmatisches Ghettondenken noch für opportunistisches Alles

und Nichts, sind aber für großzügiges Reagieren im Hinblick auf zeitweilig „abhanden gekommene“ Genossen. In der keineswegs vom Himmel gefallenen konterrevolutionären Zeit, die Ende 1989 für die DDR-Bürger anbrach, verloren auch viele bis dahin treue Mitstreiter vorübergehend die Orientierung. Während karrieresüchtige Glücksritter sofort die Fronten wechselten, nahmen die kampflöse Preisgabe und der Verlust des schwer Errungenen, nicht zuletzt aber auch Enttäuschung über das Versagen eigener so manchen von ihnen den klaren Blick. Etliche kehrten später in unsere Reihen zurück – sie fanden den Weg auch dank des RF, der ihnen zur politischen Heimat wurde. Dabei haben unsere Prinzipien und Verhaltensnormen untereinander wie im Umgang mit Außenstehenden gewiß eine Rolle gespielt: Sich niemals über andere erheben, aber auch keine Unterwürfigkeit bekunden; immer das sagen, was man denkt, nicht aber das, was andere gerne hören möchten; das eigene Licht nicht unter den Scheffel stellen, die vorhandenen Potenzen aber ebensowenig unter dem Vergrößerungsglas betrachten; Kompliziertes so sagen, daß es jeder versteht, ohne dabei in sprachlichen Primitivismus zu verfallen; soziale Prozesse weder antreiben wollen noch hinter den Ereignissen hertragen.

Dieser Tage rief mich ein russischer Genosse und langjähriger Leser des RF aus Moskau an. Dort erfahre dieser nicht wenig Resonanz. Enkel eines schon 1904 in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands eingetretenen Veteranen und Sohn eines Generals der Sowjetarmee, erinnerte er mich an die Lage nach der niedergeschlagenen russischen Revolution von 1905. Der Sieg der konterrevolutionären Soldateska des Zaren habe auch die Reihen der Bolschewiki gelichtet. Doch schon kurz nach der Jahrhundertwende seien viele Revolutionäre von der damals Leninschen „Iskra“ mit unverzichtbaren Erkenntnissen und Visionen ausgerüstet worden, die sich in schwerer Zeit bewährten. Da gebe es durchaus Parallelen ...

Nr. 193, Februar 2014

Über „die Russen“ und über uns

Im Frühsommer 1948 lud das ZK der KP der Tschechoslowakei, deren Staatsbürgerschaft wir damals neben der deutschen besaßen, meinen Vater und mich zu einem Erholungsaufenthalt in die Hohe Tatra ein. Im Speisesaal des in Tatranska Polianka gelegenen Sanatoriums saßen wir Tag für Tag mit einem anderen aus Berlin angereisten Patienten am Tisch. Es handelte sich um Rudolf Herrnstadt, der damals bei der „Berliner Zeitung“ tätig war und wenig später Chefredakteur des Parteiorgans „Neues Deutschland“ wurde. In jenen Monaten beschäftigte ihn, wie er bei gemeinsamen Spaziergängen wissen ließ, neben Titos „besonderem Kurs“ vor allem das Verhältnis zwischen den Deutschen im Osten und ihren sowjetischen Befreiern. Noch im selben Jahr veröffentlichte er den aufsehenerregenden ND-Artikel „Über ‚die Russen‘ und über uns“, der wie eine Bombe einschlug und eine landesweite Debatte auslöste.

Während der Autor die mehrheitlich schwankenden und zum Teil sogar sehr konträr eingestellten Deutschen zur „richtigen Einschätzung der Rolle der Sowjetunion“ aufforderte, machte Herrnstadt zugleich keinen Bogen um heiße Eisen. Auf die

rhetorische Frage, ob es in der UdSSR nur Gutes, Schönes und Edles gäbe, antwortete er: Dort seien auch Tagediebe, Bürokraten, Karrieristen und Gauner, ja, selbst Mörder anzutreffen. Während in den imperialistischen Staaten jedoch die Gauner den Ton angäben und das öffentliche Leben prägten, Mörder als Stellvertreter der eigentlichen Machthaber Kriege vorbereiteten und die Massen zu unwürdigen Instinkten erzogen würden, befänden sich in der Sowjetunion Leute dieses Schlages historisch auf der Verliererstrecke.

In überfüllten Berliner Veranstaltungen am 10. Dezember 1948 und am 7. Januar 1949 wurde der Herrnstadt-Artikel mit großer Leidenschaft diskutiert. Am zweiten Abend saß ich im späteren Maxim-Gorki-Theater als kleine Maus mit roten Ohren im Publikum, während sich Alexander Abusch, Wolfgang Harich, Luitpold Steidle, Albert Norden, Gerhard Kegel und der sowjetische Hauptmann Tregubow, aber auch viele weniger Bekannte zu Wort meldeten. Die erste Veranstaltung moderierte der namhafte Slawist Prof. Wolfgang Steinitz, die zweite mein Vater, der Jurist Peter Alfons Steiniger, der Rudolf Herrnstadt vertrat.

„Ja, wenn die Russen 1945 (*damals lag die Oktoberrevolution in dem europäisch-asiatischen Riesenland erst knapp 28 Jahre zurück! – RF*) anders aufgetreten wären, hätten sie die ganze Bevölkerung für sich haben können“, zitierte Herrnstadt ein damals häufig gebrauchtes Ausflucht-„Argument“. Und er widerlegte auch diese heuchlerische Behauptung: „Wir wären alle Bolschewisten geworden. Deutschland war bereit, die Rote Armee als Erlöser zu empfangen.“

Rudolf Herrnstadt wurde nach dem 17. Juni 1953 aus dem Politbüro des ZK der SED ausgeschlossen. Fortan war er Archivar. Trotz anderer offizieller Begründungen erfolgte dieser Schritt aus meiner Sicht deshalb, weil er – einst Warschauer Resident des Aufklärungsdienstes der Roten Armee (GRU) – Moskaus strategischen Gedanken, eine Österreich-Lösung mit Neutralität und Nichtpaktgebundenheit für ganz Deutschland anzustreben, in der SED durchsetzen sollte. Diese Überlegungen der Großmacht UdSSR hatten in der Stalin-Note ihren prägnantesten Ausdruck gefunden. Walter Ulbricht und andere Politiker der DDR, für die bei einer Verwirklichung des durch die Westmächte aus anti-kommunistischer Borniertheit zurückgewiesenen sowjetischen Vorschlags offensichtlich keine 40jährige Existenz vorgesehen war, wiesen diese Linie berechtigterweise zurück und hielten am sozialistischen Aufbau fest.

An Herrnstadts wegweisenden Artikel wurde ich beim Versuch einer Analyse der heutigen Rußland-Politik des deutschen Imperialismus erinnert. Es ist schockierend zu erleben, wie Medien und Politiker der BRD nahtlos vom Antisowjetismus zum Russenhaß übergegangen sind. Von der seinerzeitigen Boykotttheze gegen die Moskauer Olympiade zum Giftmischen im Vorfeld der Winterspiele von Sotschi führt ein gerader Weg. Die furchtbaren Mordanschläge in der allen Antifaschisten teuren Heldenstadt Wolgograd mögen von islamistischen Terroristen aus dem Kaukasus begangen worden sein, waren jedoch Teil einer orchestrierten Kampagne des Imperialismus zur Diffamierung des Wettstreits der Sportjugend an der russischen Schwarzmeerküste. Dort hat niemand die Gaucks und Obamas vermisst. Und auch das ist zu hinterfragen: Warum konzentriert sich eigentlich der Haß der meisten bundesdeutschen Medien nicht

auf Sjuganows KP der Russischen Föderation, sondern auf den Staatsmann und Politiker Wladimir Putin? Weder der Sozialismus-Liquidator Gorbatschow noch der Komasaüfer Jelzin waren bei den Rußland-„Experten“ der deutschen Konzernpresse jemals in solcher Weise „Mode“. Die Imperialisten hassen Putin, weil sie an ihm nicht vorbeikommen, weil er sein Land – so sehr es auch in ökonomischer und sozialer Hinsicht heruntergekommen ist – weder den USA noch der NATO oder der EU, also den westlichen Wölfen, zum Fraß vorgeworfen hat. Und weil er sich gegen die Preisgabe der nationalen Souveränität Rußlands entschieden zur Wehr setzt. Nicht zuletzt aber auch, weil sein couragierter Außenminister Lawrow das unabhängige Syrien mit Nachdruck verteidigt, wobei er das Pulver des russischen Vetos im UN-Sicherheitsrat trockenhält.

Der Versuch, durch einen Griff Berlins und Brüssels nach der Ukraine Moskau den Zugang zum Erz von Kriwoi Rog, zur Kohle des Donezbeckens und zu den Schwarzmeerbahnen auf der Krim zu verlegen, ist ein Kernstück der imperialistischen Ost-Strategie. Als ich 1997 im Auftrag der DKP am Parteitag der KP der Ukraine in Kiew teilnahm, spürte ich bereits den Druck des Gegners, aber auch die Bereitschaft vieler, dem Wüten der westukrainischen „Swoboda“-Faschisten, mit denen Klitschkos „U.D.A.R.“ verbündet ist, Einhalt zu gebieten. Pjotr Simonenko, der 1. Sekretär des ZK der standhaft gebliebenen KPU, verdeutlichte mir das in einem etwa zweistündigen Gespräch.

Zu DDR-Zeiten war ich ehrenamtlicher Kreisvorsitzender der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. In der Güstrower Kongreßhalle konnte ich in den 50er Jahren vor einem wohl tausendköpfigen Publikum den Wolga-Volkschor und das Ossipow-Volksinstrumentenorchester willkommen heißen. Wie damals stehe ich auch heute – nun als Teil der großen „RotFuchs“-Familie – für solidarische Verbundenheit mit allen Völkern der Russischen Föderation. Als deutsche Antifaschisten und engagierte Internationalisten folgen wir – rund 65 Jahre später – der Spur Rudolf Herrnstadts, der im damals sozialistischen ND den fanatischen Russen-Hassern eine Abfuhr erteilt hat.

Nr. 194, März 2014

Grândola, vila morena ...

In der Nacht des 25. April 1974 übertrug der Lissabonner Sender Radio Clube Português ein von der Zensur des faschistischen Caetano-Regimes auf den Index gesetztes Lied José Afonsos: Grândola, vila morena. Trotz strikten Verbots war diese Komposition zuvor schon bei den Landarbeitern des südportugiesischen Alentejo in aller Munde. Gefeierte wurde mit ihr das widerständische Städtchen Grândola.

Doch an jenem Tag vor nunmehr 40 Jahren hatte die Ode einen ganz besonderen Klang: Sie galt als Signal für die zur Erhebung gegen die faschistische Diktatur bereiten Teile der kolonialkriegsmüden Armee. Noch in der Stunde des Aufstands eilten ihnen die von einer Handvoll Kommunisten der PCP inspirierten Arbeiter- und Volksmassen zu Hilfe. Plötzlich steckten in unzähligen Gewehrläufen von Soldaten und Matrosen rote Nelken. Sie gaben der Revolution ihren Namen.

Am 25. April 1974 wurde der 1926 von Salazar errichteten und unter Caetano aufrechterhaltenen faschistischen Diktatur ein Ende bereitet. Daß im Verlauf eines revolutionären Prozesses unter Führung der bis 1976 von 3000 auf 200 000 Mitglieder anwachsenden Portugiesischen Kommunistischen Partei Álvaro Cunhals eine tiefgreifende soziale Umwälzung stattfinden würde, erwarteten in jener frühen Phase des Geschehens wohl nicht einmal die größten Optimisten.

Als ich Anfang Mai 1974 ohne Visum auf Lissabons Flughafen Portela eintraf und dank der Hilfe eines Majors aus der Bewegung der Streitkräfte die Sperre passieren durfte, wußte ich noch nicht, daß mir fünf ereignisreiche und wechselvolle Jahre von Revolution und Konterrevolution bevorstehen würden. Eines meiner ersten Erkundungsziele war Grândola. Wie überall im Alentejo konnte man auch dort wichtige Auskünfte in Kneipen

erhalten. Diese waren von Beginn an unter den verschiedenen Parteien aufgeteilt. In Grândola hatte ich Glück, als ich – ohne jegliche Ortskenntnis – den „Picapau“ (Klopfspecht) auswählte. Er war schon damals das Stammlokal der Kommunisten. Dort traf ich auf Pedro – einen von fünf zur PCP gehörenden Brüdern der Familie Costa, die bereits unter dem Faschismus das Netz der Partei geknüpft hatten. In der Stunde erster Umarmungen konnte ich nicht ahnen, daß mir die Frau des Uhrmachers und Parteisekretärs Pedro Costa nur drei Jahre später als Grândolas kommunistische Bürgermeisterin die in heimischen Kork gebettete Erinnerungsmedaille dieser Stadt – meine höchste Auszeichnung – überreichen würde.

Im Frühsommer 1974 fuhr ich wieder gen Süden. Es gab einen freudigen Anlaß, der mich nach Grândola aufbrechen ließ. Dort fand Anfang Juni die erste legale Kundgebung der örtlichen PCP statt. Beim Eintreffen stellte ich fest, daß der Marktplatz jetzt den Namen von Catarina Eufémia trug. Diese proletarische Märtyrerin – eine junge Landarbeiterin aus Baleizão und Mutter dreier Kleinkinder – war kurz vor einer erneuten Niederkunft im Mai 1954 als Streikführerin durch einen faschistischen Gendarmen erschossen worden. Auf Grândolas Pflaster standen die Worte eines bekannten Alentejo-Liedes: „Wer sah, wie Catarina starb, wird ihren Mördern nicht verzeihen.“ Viele hundert Grândolaster strömten an jenem Tag zum Ort des Meetings. Die meisten von ihnen waren bestenfalls Halbanalphabeten, deren sicherer Klasseninstinkt sie jedoch manchem gebildetem Bourgeois deutlich überlegen erscheinen ließ. Der alte Landarzt, der Salazars KZ Tarrafal auf den Capverden durchlitten hatte, sprach als erster. Seine warmherzigen Worte rührten die Menge zu Tränen. Als zum Abschluß aus dem Lautsprecherwagen die Internationale ertönte, hoben etliche Teilnehmer instinktiv die geballte Faust, auch wenn sie Text und Melodie nie zuvor vernommen hatten. Im Hochsommer besuchte ich Grândola erneut. Abermals gab es einen triftigen Grund: die Eröffnung des örtlichen Arbeitszentrums der PCP. Das Gebäude hatte den Faschisten als Gefängnis gedient. Viele Standhafte waren dort von ihnen gequält worden. So genoß ich den Augenblick, als Polizisten vor der Fahne mit Hammer und Sichel salutierten.

Die portugiesische Revolution erwies sich als der bisher weitreichendste antikapitalistische Vorstoß im Westen Europas. In ihrem Verlauf verstaatlichte die Regierung des lautereren Generals Vasco Gonçalves im Frühjahr 1975 sämtliche inländischen Konzerne, Banken und Versicherungen, während das Agrarproletariat im Alentejo und in Teilen des Ribatejo 1,2 Millionen Hektar Gutsherrenland besetzte, um 550 ausbeutungsfreien Kollektivgütern und Kooperativen den Weg zu bahnen.

Diese grandiosen Errungenschaften der demokratischen Revolution ließen sich auf Dauer weder behaupten noch ausweiten, weil die Grundfrage jeder Revolution – die Frage der politischen Macht – nicht zugunsten der in Richtung Sozialismus Drängenden entschieden werden konnte. Die Revolutionäre besaßen zwar Verbündete an Schalthebeln der Staatsgewalt, vermochten diese aber insgesamt nicht zu erobern. Während die Landarbeiter des Südens und die Proletarier in den Industriegürteln um Lissabon, Setúbal und Porto zur Revolution bereit waren, blieben weite Teile Mittelportugals, des Nordens und des Landesinneren in den Händen klerikal-faschistischer Kräfte. Diese konnten sich auf Franco-Spanien als Hinterland und die 6. Flotte der U.S. Navy vor den Küsten des NATO-Mitbegründerstaates ebenso verlassen wie auf Ströme von Geld und Armeen von Diversanten aus westlichen Ländern. Eine besonders üble Rolle spielte Willy Brandt als damaliger Chef der Sozialistischen Internationale. Er machte die 1973 auf dem Gelände der Friedrich-Ebert-Stiftung bei Bonn in der Retorte der SPD gezeugte Sozialistische Partei von Mário Soares zur Sturmspitze gegen das Portugal des April. Die USA waren noch unverfroren: Sie schickten ihren künftigen CIA-Vizedirektor Frank Carlucci 1975 als Botschafter nach Lissabon. Auch wenn der kühne Vorstoß in Portugal nicht zum Ziel führte, überdauerten zwei wichtige Errungenschaften den Sieg der Konterrevolution: die definitive Aufhebung der Kolonialherrschaft in Ländern Afrikas und Asiens sowie die bürgerlich-demokratische Ordnung im einstigen Mutterland. Zu deren Kriterien gehört die Legalität der in den Massen fest verankerten PCP.

Das Europa der Monopole hat auf das Geschehen am Tejo mit dem forcierten Auf- und Ausbau der EU sowie mit der Formierung einer eigenen Eingreiftruppe geantwortet. Denn die Angst der Bourgeoisie vor neuen antikapitalistischen Ausbruchversuchen auf dem europäischen Kontinent ist trotz des sie derzeit begünstigenden Kräfteverhältnisses nicht gewichen. Weder Griechen noch Portugiesen lassen sich – wie ganze Serien von Generalstreiks bewiesen – durch Merkel oder Brüssel zu Sklaven machen. Die Tatsache, daß in diesen beiden Staaten weiterhin intakte Abteilungen der marxistisch-leninistischen Weltbewegung operieren, die ihr ideologisches Pulver trocken gehalten haben, dürfte dabei besonders ins Gewicht fallen.

Im Alentejo ist das einst signalgebende und zu einer internationalen Hymne gewordene Lied José Afonsos nicht verstummt. Grândola bleibt rot. Bei den Kommunalwahlen im Herbst 2013 wurde die vorübergehend an die Sozialisten gefallene symbolträchtige Stadt von der PCP zurückerobert.

Nr. 195, April 2014

Die Europäer gibt es nicht!

Um gleich mit der Tür ins Haus zu fallen: Ich kandidiere auf der Liste der Deutschen Kommunistischen Partei für das Europäische Parlament. Warum?

Mir kommt es darauf an, im folgenden dargestellte Positionen unterstützen zu können, die von anderen – besonders nach dem Hamburger Parteitag der „Linken“ – durch deren dort mehrheitlich nominierte Kandidaten wohl eher nicht vertreten werden

dürften. Dabei solidarisiere ich mich ausdrücklich mit jenen leider in der Minderzahl befindlichen Bewerbern der Linkspartei, die eindeutig antiimperialistische Positionen beziehen.

Zum Standardangebot der bürgerlichen Medien gehört die These von einem angeblich in der Brüsseler Retorte erzeugten vereinigten Europa, das an die Stelle traditionsreicher Nationalstaaten getreten sein soll. Hierzu ist festzustellen, daß die

tonangebenden Banken und Konzerne sowie die deren Vorgaben umsetzenden Politiker mit der Formierung von EWG, EG und EU ihre „portugiesische Lektion“ gelernt und Maßnahmen aller Art ergriffen haben, um künftig Aprilrevolutionen in ihren Domänen oder Hinterhöfen den Weg verlegen zu können. Mit ihren militärischen, polizeilichen, geheimdienstlichen und finanziell-ökonomischen Drosselungs- und Erdrosselungsinstrumenten verfügt die EU über repressive Mittel zur Zügelung jeglicher Widerständigkeit. Das bekommen die südeuropäischen Völker – allen voran die an den Marterpfahl der „Troika“ gefesselten Griechen – nun schon seit Jahren hautnah zu spüren. Die EU, in der die deutschen, aber auch die französischen und britischen Imperialisten immer unverfrorener den Ton angeben, ist ein Mechanismus zur systematischen Zerschlagung der nationalen Unabhängigkeit, Souveränität und Eigenstaatlichkeit aller schwächeren „Partner“ auf dem Kontinent. Eigentlich hat sich dem bislang nur Putins Rußland als europäisch-asiatische Großmacht in deutlicher Verfolgung eines nationalen Interessen orientierten Kurses widersetzt.

Ohne Zweifel besteht die Strategie der Kreise um Merkel darin, mit Hilfe der EU die wichtigsten der auf militärischem Wege nicht erreichten Kriegsziele Nazideutschlands mit politisch-ökonomischen Operationen und möglichst „zivilen“ Methoden, sieht man von der Ukraine ab, nachträglich durchzusetzen. Das Vorherrschaftsstreben des deutschen Imperialismus – zunächst auf Europa beschränkt – könnte schon bald darauf abzielen, selbst mit den USA auf Augenhöhe „Tacheles“ reden zu können. Oder anders ausgedrückt: Der alte Traum, die Welt solle am deutschen Wesen genesen, droht einmal mehr erschreckende Realität zu werden.

Man sollte sich an Lenins im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts getroffene Voraussage erinnern, daß die schon damals gedanklich ins Spiel gebrachten „Vereinigten Staaten von Europa“ entweder nicht zustande kämen oder reaktionär seien. Heute liegt eine den Völkern tatsächlich dienende gesamteuropäische Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Basis – also das Gegenteil der EU – noch in weiter Ferne, während die Vorherrschaft der einen und die degradierte Rolle der anderen Staaten des Kontinents zu den politischen Realitäten gehört. Es handelt sich um Irreführung

größten Stils, wenn das als „fast vollendete Einheit Europas“ ausgegeben wird. Obwohl ein gnadenloser Machtkampf tobt, entwirft man die Architektur des gemeinsamen Daches eines Wolkenkuckucksheimes. Gorbatschows „gemeinsames europäisches Haus“ läßt grüßen.

Die „Festung Europa“, durch deren Abriegelung das Mittelmeer zum Massengrab für Arme und Hungernde aus der Dritten Welt geworden ist, offenbart das wahre Gesicht der EU. Ein „Europa“ im Sinne der blumigen Phrasen bourgeoiser Politiker gibt es nicht. Leider aber werden solche Integrationsphantasien auch von nicht wenigen redlichen Menschen aufgenommen und verinnerlicht. Sogar mancher, der von sich behauptet, zu einer Analyse aus „linker Sicht“ fähig zu sein, stößt da ins falsche Horn. Bekanntlich gehen Marxisten davon aus, daß sich hinter jeglichem Geschehen sehr konkrete Klassenkräfte verbergen, die einzig und allein ihre ökonomischen und sozialen Interessen verfolgen. Aus dieser Sicht gibt es für uns auch nicht *die* Europäer, *die* Asiaten, *die* Amerikaner, *die* Afrikaner oder *die* Australier, sondern überall nur Ausbeuter und Ausgebeutete, lohnabhängige Arbeiter und parasitäre Absahner, die sich als Arbeit-Geber verkleiden, obwohl sie doch eigentlich die Arbeit-Nehmer sind. Der gierige Griff nach der angeblich alle ins selbe Boot holenden Zauberformel „Europa“ ist – vom korrekten geographischen Terminus abgesehen – nichts anderes als die Begeisterung für leere Tüten, die angeblich voller Mehl sein sollen.

Es handelt sich um ein Abrücken vom Sinn und Inhalt unserer Weltanschauung, wenn sich als Kommunisten oder Sozialisten Posierende vom A und O des Marxismus – einer konsequenten Klassenanalyse – verabschieden, statt gegen das von einer aufgeblähten Bürokratie verwaltete Europa der Monopole zu kämpfen. All das ist ein guter Grund für eine eigenständige Kandidatur deutscher Kommunisten zum Europaparlament. Die DKP stellt sich damit an die Seite so bewährter marxistisch-leninistischer Parteien des Kontinents wie der portugiesischen PCP und der griechischen KKE, die – ohne der fiktiven und an Brüssel geketteten Europäischen Linkspartei anzugehören – seit Jahr und Tag in Strasbourg gegen Lüge und Ausbeuterei in den Kampf ziehen. Für mich ist das ein Grund, meinen Hut in den Ring zu werfen.

Nr. 196, Mai 2014

Ein Toast mit Krimsekt

Krimsekt besitzt eine ganz besondere Note. Er ist so lieblich oder auch so herb wie die Landschaft, die ihm den Namen verlieh. Schon 1957 habe ich an den Gestaden des Schwarzen Meeres mit ihm angestoßen. Damals gehörte ich zu den Teilnehmern einer der ersten in diese Region der UdSSR aufbrechenden Gruppen von Jugendtourist.

In jenen Tagen schienen unsere gedankliche und die reale Welt ungeachtet drohender Gefahren heil und zukunftsfruchtig zu sein. Der sehr viel später durch Abtrünnige und Karrieristen wie Gorbatschow, Jelzin, Jakowlew oder Schewardnadse verlassene und für milliardenschwere Oligarchen frei gemachte sowjetische Weg begeisterte damals nicht grundlos große Teile meiner Generation.

Unsere positiven Gefühle basierten auf gesellschaftlichen Realitäten: Dieser Weg hatte mit der Oktoberrevolution begonnen, sich in der erfolgreichen Abwehr von Interventionen und Weißgardisten fortgesetzt und zwei Jahrzehnte danach mit dem Sieg in der Stalingrader Schlacht die Wende im 2. Weltkrieg ermöglicht. Das Hissen der roten Fahne mit Hammer und Sichel auf dem Berliner Reichstag im Mai 1945 symbolisierte die Befreiung der meisten Völker Europas vom Faschismus.

Jetzt konnte niemand mehr in Abrede stellen, daß ein 1917 rückständiges Agrarland im Begriff war, zur zweiten – überdies atomar beschirmten – Weltmacht aufzusteigen.

Um so bedrückender ist die Tatsache, daß die Errungenschaften des bei Licht und Schatten insgesamt erfolgreichen sowjetischen

Weges, die ihren historischen Stellenwert behalten, dann im Zuge eines Verfallsprozesses der durch Lenin begründeten Partei untergraben und preisgegeben wurden.

Doch in diesem Frühjahr sind die Karten neu gemischt worden: Die Imperialisten haben die erste große Niederlage seit dem Zusammenbruch der UdSSR und der sozialistischen Staaten Europas einstecken müssen. Der Versuch von NATO und EU, sich durch einen von Faschisten und Antisemiten angeführten Staatsstreich die Ukraine im Frontalstoß zu unterwerfen und Rußlands wichtigstes Nachbarland in ihr Blocksystem einzugliedern, ist gescheitert. Der beherzte Widerstand erheblicher Teile der ostukrainischen Bevölkerung und die couragierte Haltung der überwiegenden Mehrheit der Krimbewohner haben den strategischen Planern in Washington, Berlin und Brüssel einen Strich durch die Rechnung gemacht. Das eindeutige Ergebnis des dem Völkerrecht entsprechenden Referendums auf der südeuropäischen Halbinsel war ein mächtiger Schlag ins Kontor jener Kreise des Westens, die sich bereits im Besitz von Sewastopol und Simferopol gewährt hatten. Ihr Hauptziel, die russische Schwarzmeerflotte fortan am Auslaufen in den Mittelmeerraum zu hindern, wurde nicht erreicht. Der Traum der Kiewer Reaktionäre, die Meerenge von Kertsch und damit den Zugang zum Asowschen und zum Kaspischen Meer sowie zu den russischen Strömen Wolga und Don zu blockieren, ist ausgeträumt. Der geradezu pathologische Russenhaß der meisten Politiker und Medien der BRD hat handfeste Gründe. Rußland erweist sich keineswegs als „Schmuddelkind der Geschichte“, sondern ist nach wie vor eine selbstbewußte politisch-militärische Weltmacht. Was sich bei der glanzvollen Olympiade in Sotschi bereits abzeichnete, hat sich seither vollauf bestätigt: Der Staat zwischen Kaliningrad und Wladiwostok ist ein unverzichtbarer Friedensfaktor. Moskau steht für politische Vernunft und realistisches Handeln. Das Veto des russischen Vertreters im UN-Sicherheitsrat erweist sich als eine scharfe Waffe.

Obwohl Rußland bekanntlich schon lange nicht mehr als sozialistischer Staat betrachtet werden kann, lebt unter großen Teilen seiner Bevölkerung die Erinnerung an sowjetische Zeiten und Errungenschaften fort.

Die krankhafte Russophobie, die unmittelbar an den Antisowjetismus der Vergangenheit anknüpft, konzentriert sich derzeit vor allem auf Präsident Putin. Warum?

In erster Linie deshalb, weil er, der übrigens von nüchtern denkenden bürgerlichen oder sozialdemokratischen Politikern wie Helmut Schmidt sachlich beurteilt wird, westliche Erwartungen arg enttäuscht hat. Jene, welche die Illusion hegten, Moskau werde bei entsprechender Druckausübung nach der Pfeife von NATO und EU tanzen oder zu Kreuze kriechen, machten ihre Rechnung ohne den Wirt. Angesichts des Maßes der Bedrohung durch Kräfte, welche den Roten Platz zum Maidan der russischen Metropole machen wollten, bewahrte man im Kreml einen kühlen Kopf. Putin erwies sich in kritischen Tagen als souveräner und beherrschter Politiker. Er ließ sich durch Obama, Merkel, Cameron, Hollande, Tusk und andere „Ratgeber“ nicht aus der Fassung bringen. Die Krim werde von Russen, Ukrainern und Tataren bewohnt, verwehre aber den Kiewer Anbetern des Nazikollaborateurs Bandera den Zutritt, stellte der Präsident bei der Aufnahme der Halbinsel und der Stadt Sewastopol in den Staatsverband Rußlands fest.

Fazit: Die Krim ist nicht zur Beute der Imperialisten aus NATO und EU geworden. Auch in den ostukrainischen Gebieten Donezk und Lugansk wurden die Karten neu gemischt. Die Formierung zweier Volksrepubliken beweist, daß die antifaschistische Tradition aus sowjetischen Zeiten hochgehalten wird, was nicht zuletzt die entschlossene Verteidigung von Lenin-Denkmalern in diesem Teil der Ukraine gegen weißgardistische Provokateure gezeigt hat. Das gilt auch für Charkow. Die schwere Niederlage seiner Widersacher in der internationalen Arena sollte indes nicht als Rückkehr Rußlands zum Sozialismus fehlinterpretiert, sondern als Sieg im Kampf um nationale Souveränität und territoriale Integrität gewürdigt werden. Ein herrliches Stückchen russischer Erde und zugleich ein Terrain von höchster strategischer Bedeutung für die Sicherheit des im Zweiten Weltkrieg leidgeprüften Volkes und Landes ist den westlichen Wölfen kein Fraß geworden. Das dürfte ein guter Grund sein, unsere Pokale mit Krimsekt zu füllen.

Nr. 197, Juni 2014

Plädoyer für einen antifaschistischen Schutzwall

Am 13. August 1961 verschlossen die Staaten des Warschauer Vertrages der USA-geführten NATO die Berliner Einfallstore in das antifaschistische, sozialistische Deutschland.

In jenen schicksalhaften Tagen, die über Krieg und Frieden in Europa entschieden, arbeitete ich nach dem fünf Jahre zuvor erfolgten Abschluß des Jurastudiums als Kreisstaatsanwalt in Güstrow. Jeden Tag kamen die Lageberichte des Volkspolizeikreisamtes auf meinen Tisch. In jenem Sommer enthielten sie stets Listen neuer Republikflüchtiger, wie wir ohne Genehmigung Ausreisende

damals nannten. Die über Nacht Fortgegangenen waren – von sehr persönlichen Beweggründen einmal abgesehen – entweder den antikommunistischen Propagandalügen der BRD-Medien erlegen oder vom Sog des vor allem mit Marshallplan-Milliarden auf die Beine gebrachten westdeutschen Wirtschaftswunders erfaßt worden. Voller Sorge beobachteten wir das scharenweise Abwandern von Bauern, aber auch von Fachkräften vieler Bereiche, die auf DDR-Kosten ausgebildet worden waren. Bei offener Grenze ließ sich der Trend nicht stoppen.

In dieser Situation wurde von uns die Nachricht, daß in Berlin eine Mauer, wie sie auch die Mehrzahl der DDR-Bürger sofort nannte, errichtet worden war, mit Erleichterung aufgenommen. Nicht nur Genossen empfanden das als einen regelrechten Befreiungsschlag. Die Helden jener Tage trugen Kampfgruppendreß, die Uniform der Nationalen Volksarmee oder die weiße Kluft von Maurern, welche die Plünderer der DDR kurzerhand aussperrten. Nun war Schluß mit dem Abräumen der oft noch knappen DDR-Warenbestände, die mit Hilfe eines manipulierten Umtauschkurses für Spottpreise von Westberlinern eingesackt wurden. Endlich konnten auch die Ostberliner wieder in ihren Restaurants Plätze bekommen.

In der DDR zog innenpolitisch Ruhe ein. Da nahm man es hin, daß für die Schließung der Grenze durch ein auch in anderen Staaten – darunter den USA – nicht ungewöhnliches Mauerwerk etwas abgehobene Vokabeln eingeführt wurden. Aber nur disziplinierte Nachahmer vorgestanzter Formulierungen bedienten sich auch in ihrer Alltagssprache des wortgewaltigen Begriffs „Antifaschistischer Schutzwall“. In jener noch recht frühen Etappe der DDR-Geschichte, als Politiker verschiedener Ebenen Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe, Fußballstadien und Hochschulen nach sich selbst benannten, gehörte verbale Bombastik zum rhetorischen Marschgepäck der führenden Partei. Doch die solide und verlässliche Sicherung der Staatsgrenze der DDR war in politischer und ökonomischer Hinsicht ein Segen, obwohl nicht verkannt werden sollte, daß etliche auseinandergerissene Familien darunter sehr zu leiden hatten, wobei spätere Lockerungen durchaus möglich gewesen wären. Aus historischer Sicht schufen die Maßnahmen des 13. August 1961 indes eine günstige Ausgangsposition für den weiteren Aufbau des Sozialismus in der DDR.

Ein wichtiger Aspekt ihrer Innenpolitik war die Verhinderung des Eindringens offen faschistischer Ideologie, das vom Westen her drohte. Während Nachfolgeorganisationen der Nazi-Verbände in der BRD sofort legalisiert wurden und bald auch zum Parteienfächer der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ gehörten, sorgte die Staatsmacht der DDR dafür, daß Leuten dieses Schlages auf ihrem Territorium keine Chance zur Entfaltung geboten wurde. Die Bonner Schirmherren der neuen Faschisten nannten das zynisch „verordneten Antifaschismus“.

Mit dem Anschluß der DDR an die BRD schwappte die braune Brühe sofort in den Osten hinüber, konnte sich die NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sogar auf Landtageebene etablieren. Damit wären wir beim eigentlichen Thema: der faschistischen Offensive im Europa unserer Tage.

Während ich nach der Grenzschließung in Zeitungsartikeln, Kommentaren und Interviews für Rundfunk und Fernsehen sowie bei sogenannten propagandistischen Großveranstaltungen die schwergewichtige Wortkombination Antifaschistischer Schutzwall vermied, verwende ich sie jetzt sehr bewußt: Die Entwicklung auf dem Kontinent und hierzulande erfordert dringend und zwingend einen wirksamen antifaschistischen Schutzwall gegen die ansteigende Nazi-Welle. Natürlich ist damit keine neue „Mauer“ gemeint, sondern eine intakte Verteidigungslinie gegen das weitere Vordringen faschistischer Kräfte.

Das Ergebnis der jüngsten Wahlen zum Europaparlament signalisiert den Ernst der Lage. Die massenhafte Stimmabgabe für faschistische oder faschistoide Parteien – in Verschleierung der Realität von den Medien neuerdings als „rechtspopulistisch“ verharmlost – muß alle Demokraten alarmieren. Dadurch vermochte sich in Strasbourg eine starke Fraktion rechtsextremistischer Mandatsträger aus verschiedenen europäischen Staaten – teils im Verbund mit der CDU-dominierten Europäischen Volkspartei – zu

formieren. Deren Gefährlichkeit wird nicht dadurch eingeschränkt, daß sich die Akteure vorerst ohne SA-Stiefel, Totenkopf-Embleme oder sonstige Nazi-Insignien, die sie in manchen Herkunftsländern durchaus verwenden, der EU-Öffentlichkeit präsentieren.

In Ungarn stellen von den Jobbik-Faschisten unterstützte prononcierte Rechte der FIDESZ die Regierung, während in Frankreich der gleichgeartete FN Le Pens jede vierte Wählerstimme erhalten hat. Auch das Votum für extrem reaktionäre Parteien in Österreich, Großbritannien, Belgien, Dänemark, Griechenland, Holland, Italien und anderen europäischen Ländern muß Besorgnis hervorrufen. Im Staat von Merkel und Gauck hat die jetzt von der Nadelstreifen-AfD flankierte NPD nicht um ihren legalen Status zu bangen, während sich die BRD-Justiz an einer beispiellosen Farce abarbeitet: dem angeblich gegen Nazi-Mörder gerichteten Münchner NSU-Prozeß, der sich als pseudo-antifaschistische Show erweist. Während die bundesdeutsche Medien-Mafia in ihrer Berichterstattung über Aufmärsche ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS in den baltischen Mitgliedsstaaten des Brüsseler Paktsystems äußerste Zurückhaltung an den Tag legt, spielt sie unablässig die ukrainische Karte. Dabei verschweigt man bewußt die Tatsache, daß die durch einen faschistischen Putsch ans Ruder gebrachte Kiewer Kamarilla von Obamas Vizepräsident Biden, Merkels Außenminister Steinmeier und weiteren „westlichen Repräsentanten“ hofiert und installiert worden ist. Es handelt sich keineswegs nur um einen Austausch von Oligarchen an der Staatsspitze der Ukraine oder die Einsetzung eines langjährigen CIA-Agenten als „Premier“ der mit Nazis der Swoboda-Partei und des Rechten Sektors vollgestopften „Exekutive“. Weit mehr als das: Ein großes europäisches Land wurde auf einen äußerst gefährlichen Weg gestoßen. Die vom Kiewer Regime mit Hilfe „privater“ US-Killerkommandos in der Ostukraine begangenen Untaten rufen die Erinnerung an schlimme Geschehnisse in der Zeit der Naziokkupation wach.

Nachdem bereits die Bevölkerung der urreussischen Krim in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht für die Rückkehr ins historische Vaterland optiert hatte, stellte auch die Proklamierung der demokratisch legitimierten Volksrepubliken Donezk und Lugansk einen Akt der Souveränität dar. Beim Widerstand der Ostukrainer handelt es sich um eine antifaschistische Abwehrschlacht, die in der Tradition des Großen Vaterländischen Krieges der Völker der Sowjetunion steht.

Überall in Europa muß den Braunen die rote Karte gezeigt werden. Ein Agieren zwischen den Fronten, wie es einige zu betreiben suchen, darf nicht stattfinden, eine Schuldzuweisung an beide Seiten spielt nur den Faschisten und deren imperialistischen Hintermännern in die Hände. Der Kampf gegen alte und neue Nazis muß ohne sektiererische Beschränktheit oder die Sicht einengende Scheuklappen geführt werden. Jeder aufrechte Antifaschist ist als Bundesgenosse willkommen. Nur so kann ein wirklicher Schutzwall gegen die Machenschaften des NATO-gestützten Kiewer Klüngels und anderer Kräfte gleichen Schlages entstehen, welcher den Ansturm der Nachahmer Hitlers, Mussolinis, Petains und Banderas aufzuhalten vermag. *Nr. 198, Juli 2014*

Der Bär und die Taube

Mein jahrzehntelanger journalistischer und politischer Einsatz an Brennpunkten des internationalen Geschehens brachte es mit sich, daß ich dort auch sowjetischen Kollegen, überwiegend Russen, begegnet bin. Ob in Japan, Lateinamerika, den USA, Westeuropa oder in ihrem Heimatland – ich habe sie immer als Menschen erlebt, die ohne Zweifel nationale Interessen wahrzunehmen wußten, sich aber vor allem als Vertreter einer friedensstiftenden Großmacht empfanden. Schon früher unterhielt ich als ehrenamtlicher Kreisvorsitzender der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Güstrow viele Kontakte mit Bürgern der UdSSR. So erinnere ich mich an ein langes nächtliches Gespräch mit Irma-Gabel Thälmann und jenem sowjetischen Arzt, der sie und ihre Mutter Rosa im Mai 1945 nach der Befreiung beider Frauen aus dem KZ Ravensbrück medizinisch versorgt hatte. Er wirkte auf mich wie die Friedensliebe in Person.

Die meisten DDR-Bürger hatten das sichere Gefühl, daß die Sowjetunion einen neuen Weltbrand zu verhindern gewillt und imstande sei. Denn der russische Bär und Picassos Taube waren miteinander im Bunde. Die Geschichte hat dieser Vision recht gegeben: Zwischen 1945 und 1991 war es die UdSSR, die den Völkern Europas ein abermaliges Blutvergießen ersparte. Während die USA in Asien – zunächst in Korea und dann in Vietnam – die blutigsten Aggressionskriege der Gegenwart vom Zaun brachen, verhinderten das konsequent eingesetzte sowjetische Veto im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und Moskaus Besonnenheit, daß es zu einem dritten Weltkrieg kam. Damit gelang es den Russen, wie die von ihnen angeführte Vielvölkerfamilie der Sowjetunion oft vereinfachend genannt wurde, den Untergang der Zivilisation abzuwenden.

Mit dem Zusammenbruch der UdSSR und der Staaten des Warschauer Vertrages verlor die Menschheit ihre entscheidende Bastion im weltweiten Widerstand gegen die Kriegsgefahr.

Dabei war die sowjetische Außenpolitik sicher nicht zu allen Zeiten ohne Defizite. Das betrifft zum Beispiel Chruschtschows einseitige Interpretation der friedlichen Koexistenz. Er betrachtete sie wohl weniger als eine Form des Klassenkampfes und eher als Anpassung an den weltpolitischen Status quo.

Andererseits sollte das auf ihren Bündnisverpflichtungen beruhende sowjetische Eingreifen bei Krisensituationen in sozialistischen Staaten Europas nicht, wie vom imperialistischen Gegner behauptet, als Akt der Intervention aufgefaßt werden. Die Soldaten der UdSSR verhinderten damit das Vordringen von Kräften, die dem NATO-Kriegspakt und seiner damals alleinigen Führungsmacht USA die Tore öffnen wollten. Das betrifft nicht zuletzt die Zurückweisung der konterrevolutionären Machteroberungsgelüste jener imperialistischen Kreise des Westens, welche in der DDR und in Ungarn schon 1953 und 1956 die Uhren der Geschichte zurückdrehen wollten. Es gilt auch für die von der legitimen Kabuler Volksregierung ausdrücklich erbetene sowjetische Hilfe gegen CIA-gestützte Söldnerbanden in Afghanistan. Dieser Einsatz brachte der Sowjetunion indes keinen Siegeslorbeer ein und beschleunigte eher den innenpolitischen Erosionsprozeß im eigenen Land.

Noch einmal kehre ich zu selbst Erlebtem zurück. Reisen führten mich wiederholt in die leidgeprüfte Stadt an der Wolga, das frühere Stalingrad, wo 1943 eine gigantische Schlacht ihr Ende fand, die als Wendepunkt des Zweiten Weltkriegs in die Geschichte

eingegangen ist. Es handelt sich dabei um eine unumstößliche Tatsache, auch wenn Obama und seinesgleichen der kühnen und opferreichen, von Washington allerdings bewußt hinausgezögerten Landung westallierter Truppen in der Normandie jetzt diesen Stellenwert geben möchten. Überaus herzliche Kontakte zu Einwohnern Wolgograds vor Augen, muß ich an Jewgeni Jewtuschenkos bewegendes Friedensepos „Meinst Du, die Russen wollen Krieg?“ denken. Seine Worte habe ich zutiefst verinnerlicht. Es stimmt: Die Russen und jene Nationalitäten, welche mit ihnen unter einem gemeinsamen staatlichen Dach leben, wollen nur eines: den Frieden. Darin sind sie sich mit allen Völkern, nicht aber mit allen Staaten und deren Regierungen einig.

In der Person Wladimir Putins steht offensichtlich der richtige Mann an der Spitze der Russischen Föderation. Der einstige Tschekist und Bolschewik mag heute ganz andere Vorstellungen als früher haben, doch die Verteidigung des Friedens steht für ihn weiterhin an erster Stelle. Nach dem prinzipienlosen Überlaufen Gorbatschows in das Lager der Millionäre und dem Abdanken des Schurken Jelzin hat er die traditionelle russische Friedenspolitik wieder aufgenommen. Diese Haltung brachte dem zunächst nur durch eine Minderheit bejahten Staatschef inzwischen die Sympathie von vier Fünfteln der Bevölkerung seines Landes ein.

Putin und Außenminister Lawrow haben mehr als einmal ihre staatsmännische Besonnenheit unter Beweis gestellt. Als führende Politiker des territorial größten Landes der Welt, das eine auf Kriegsverhinderung zielende Außenpolitik verfolgt, hätten sich beide damit den Friedensnobelpreis verdient. Doch dieser wird ja bekanntlich seit Jahrzehnten überwiegend an ganz andere Leute vergeben. Der damit dekorierte USA-Präsident Barack Obama und dessen NATO-Partner lassen nichts unversucht, um den russischen Staatschef von seiner scheinbar stoischen Haltung abzubringen. Es ist ihnen aber nicht gelungen, Wladimir Putin aufs Glatteis zu führen. Die Souveränität, mit der er die Absichten jener durchkreuzte, welche ihn in die ukrainische Falle locken und Moskau zum Einmarsch ins Donezk-Becken bewegen wollten, ist bewundernswert.

Tatsächlich steht die russische Führung vor einem Dilemma, wie es Reinhard Lauterbach, der sachkundige Berichterstatte der „jungen Welt“, formulierte. Welche Höllenqualen müssen die Moskauer Politiker bei aller Kühle der Köpfe wohl angesichts der Tatsache ertragen haben, daß sie Rußland aufrichtig verbundene ethnische Landsleute in der Ostukraine nicht wirksamer vor den Kiewer Rechtsextremisten zu schützen vermögen! Doch Putin hat selbst unter dem Druck solcher Belastungen Nervenstärke bewiesen. Die Zurückhaltung, zu der er sich zwingt, beruht ohne Zweifel auf der Erkenntnis, daß es die NATO von Beginn an darauf angelegt hat, die Russen zum direkten Eingreifen auf seiten der „Separatisten“ zu provozieren. Gingen sie in diese Falle, dann könnte das tatsächlich einen großen Krieg auslösen. Einst galt die Sowjetunion als Hort des Friedens in der Welt. Heute hat die Russische Föderation diesen Platz wieder eingenommen. Wie man sieht, sind der Bär und die Taube Verbündete geblieben.

Nr. 199, August 2014

Zweihundert Monate

Seit 200 Monaten erscheint der „RotFuchs“ – eine kleine, aber zugleich auch große Zeitschrift. Das ist länger, als die Weimarer Republik bestand.

Der Entschluß, ein solches Blatt ins Leben zu rufen, war die Antwort standhaft Gebliebener auf den unwiederbringlichen Verlust der DDR und die schwerste Niederlage in der Chronik der deutschen Fortschrittskräfte. Während stromlinienförmige Karrieristen von gestern buchstäblich über Nacht die politische Farbe wechselten und Opportunisten, die den Marxismus-Leninismus als „Stalinismus“ ausgeben, die Weltanschauung der Arbeiterklasse im wörtlichen Sinne hinwegfegen wollten, sind wir – um etliche Erfahrungen reicher – nicht desertiert. Wie könnte man auch einmal als richtig Erkanntes einfach über Bord werfen und sich feige unter fremden Mänteln verkriechen?

In den 200 Monaten des Bestehens unserer Zeitschrift ist die Zahl derer, die den RF als wichtige Informationsquelle betrachten, von einigen hundert auf Zehntausende angewachsen. Unser auch von fair gesonnenen Andersdenkenden in Rechnung gestelltes Blatt ist inzwischen die meistverbreitete marxistische Monatschrift in deutscher Sprache. Dabei haben wir über Wichtiges berichtet und Richtiges vorausgesagt, aber bisweilen auch danebengehauen. Manches hat die Sache vorangebracht, für weniger Gereimtes bitten wir um Nachsicht.

Der RF hat einige Pflöcke klassenmäßiger Orientierung eingeschlagen. Das gilt für die von uns aufgeworfene und beantwortete Frage „Wende oder Konterrevolution?“ ebenso wie für die von redlichen Linken geteilte Überzeugung, daß die DDR trotz ihrer Defizite und des Debakels von 1989/90 die größte Errungenschaft in der Geschichte der Arbeiterbewegung unseres Landes gewesen ist. Als einziger deutscher Staat vertrieb sie die parasitären Klassen vier Jahrzehnte lang auf einem Drittel des nationalen Territoriums von der politischen Macht und entzog ihnen das zusammengeraubte Eigentum.

Man kann unser Jubiläum nicht vorübergehen lassen, ohne jener bereits verstorbenen Kampfgefährten zu gedenken, die den RF mit aus der Taufe gehoben oder ihn – wie Peter Hacks, Erik Neutsch, Gerhard Bengsch, Dieter Noll und Eberhard Esche – freundschaftlich begleitet haben. Unter den frühen Autoren, die der Tod uns entriß, seien Karl-Eduard von Schnitzler, Walter Florath, Ulrich Huar, Wolfgang Clausner, Isolda Bohler, Harry Milke und Manfred Böttcher stellvertretend für viele andere genannt. Der von Armin Neumann geleistete Beitrag zur Schaffung solider Vertriebsstrukturen muß an dieser Stelle ebenso gewürdigt werden wie die gestalterische Hilfe Egon Schankers. Uvergeßlich bleiben uns zwei kostbare Mitstreiter: der große marxistische Philosoph Hans Heinz Holz und unser Nestor Walter Ruge. Wir danken allen publizistischen, künstlerischen und politisch-organisatorischen Mitstreitern, aber auch den Lesern des RF hierzulande und in aller Welt sowie allen Spendern, die ihn seit Beginn finanziert haben, für ihre Solidarität. Besonders herzlich grüßen wir Dr. Vera Butler aus dem australischen Melbourne, die unsere Zeitschrift von Anbeginn durch ihre fundierten Beiträge sehr bereichert hat. Was wäre der „RotFuchs“ ohne die Riesenzahl seiner unermüdlichen Leserbriefschreiber! Bisher hat er etwa 6000 dieser wertvollen kleinen Beiträge veröffentlicht. Der RF, der ihn herausgebende Förderverein sowie das weitgespannte Netz seiner Regional- und Lesergruppen, die Monat für Monat Wissen vermittelnde und den Kampfeswillen stärkende Bildungsveranstaltungen anbieten, können eine positive Bilanz ziehen: Nicht wenigen der durch die Niederlage und den Sieg der Konterrevolution Entmutigten haben sie eine politische Heimat gegeben.

Der „RotFuchs“ wird auch in Zukunft seine Stimme gegen Lüge und Ausbeuterei, chauvinistischen Größenwahn und imperialistischen Krieg erheben.

Nr. 200, September 2014

Damals am Maidan

Zu Zeiten der UdSSR war ich des öfteren in der Ukraine unterwegs. Kiew habe ich als eine aufblühende Metropole im südwestlichen Teil des europäisch-asiatischen Riesenlandes wahrgenommen. Beim Blick auf die Zweimillionenstadt sprang dem Betrachter eine gewaltige Dnepr-Brücke ins Auge, die den mächtigen Strom beinahe „leichtfüßig“ überspringt. Jewgenij Askarewitsch Paton, Konstrukteur und Namensgeber des erstmals in Gänze elektrogeschweißten stählernen Kolosses, ging damit in die Architekturgeschichte ein. Sein Sohn Boris leitete jahrzehntelang das renommierte Kiewer Paton-Institut, wo eine große Zahl hochkarätiger Fachleute arbeitet.

Doch warum erzähle ich diese Geschichte? Der Wissenschaftliche Sekretär des Paton-Instituts W. N. Bernadskij konnte durch Vermittlung unseres bewährten Mitstreiters Dr.-Ing. Peter Tichauer, der etliche Jahre in Kiew tätig war, als einer der ersten ukrainischen „RotFuchs“-Bezieher gewonnen werden. Des Deutschen mächtig, las er etliche Artikel des RF und berichtete auch seinem Chef Paton über ihm wichtig Erscheinendes. Im September

1997 führte mich ein Auftrag besonderer Art erneut nach Kiew: Die KP der Ukraine hatte ihr verbundene Parteien des Auslands dorthin eingeladen. In einem Gebäude unweit des Unabhängigkeitsplatzes, der als Maidan inzwischen traurige Berühmtheit erlangte, debattierte ihr Parteitag über Strategie und Taktik der ukrainischen Kommunisten unter den Bedingungen des sich seit 1991 vollziehenden konterrevolutionären Prozesses. Während Hans Modrow im Auftrag der PDS nach Kiew gereist war, hatte mich die DKP mit der Leitung ihrer Abordnung beauftragt. Beide Delegationen waren im Hotel „Ukraina“ untergebracht, das sich direkt am Maidan befindet. Im Verlauf der dort etliche Jahre später durch rechte Kräfte, darunter Faschisten, in Szene gesetzten Krawalle wurde vom Dach dieses Hauses aus Scharfschützengewehren willkürlich in die Menge gefeuert. Die dabei ums Leben Gekommenen bahrte man in der Halle des Hotels auf, wobei man behauptete, sie seien nicht durch neue Weißgardisten, sondern von Roten getötet worden. Damit wurde eine weitere Lawine reaktionärer Gewalt ins Rollen gebracht.

In diesem Jahr geriet die KP der Ukraine, auf deren Liste 2012 noch mehr als drei Millionen Stimmen (13 %, in Industriezentren des Ostens und Südostens sogar bis zu 25 %) entfallen waren, ins Fadenkreuz der regierenden Rechtsextremisten. Am 24. Juli 2014 stimmten 232 von 250 Abgeordneten der Werchowna Rada, in der sich die Swoboda-Faschisten jetzt wie Hausherrn gebärden, für die Zerschlagung der nur noch 23köpfigen KPU-Fraktion. Auch sämtliche Mandatsträger der Partei des durch die Putschisten gestürzten früheren Präsidenten Janukowitsch unterstützten die Vertreibung der Kommunisten aus dem Parlament. Gegen die KPU wurde ein gerichtliches Verbotsverfahren eingeleitet. Zugleich unterbreitete Rada-Sprecher Turtschinow eine „Gesetzesinitiative zum Verbot der kommunistischen Ideologie in der Ukraine“.

Diese gespenstischen Vorgänge rufen hierzulande unwillkürlich das durch BRD-Kanzler Adenauer betriebene, vom Karlsruher Bundesverfassungsgericht im August 1956 vollzogene und bis heute nicht aufgehobene KPD-Verbot ins Gedächtnis.

Petro Simonenkos Partei beugt sich den Gesinnungsterroristen nicht. Die KPU werde sich an den kommenden Parlamentswahlen beteiligen, erklärte ihr 1. Sekretär. Falls die Justiz ein Verbot ausspreche, wolle man den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anrufen.

Übrigens hatte uns Petro Simonenko Mitte September 1997 bei einem etwa zweistündigen Gespräch mit der DKP-Delegation am

inzwischen verwüsteten seinerzeitigen Sitz der Partei das Maß der heraufziehenden Gefahr bereits angedeutet.

Seit meinem letzten Aufenthalt in Kiew ist viel Wasser den Dnepr hinabgeflossen. Der Maidan wurde zum Schauplatz blutiger Exzesse rechter und faschistischer Kräfte, die sich unter Ausnutzung einer Massenkulisse berechtigterweise Unzufriedener monatelang dort zusammenrotteten. All das finanzierte der Oligarch Petro Poroschenko. Dieser durch den Raub von Volksvermögen zum Milliardär aufgestiegene Magnat erkaufte sich auch die Präsidentschaft der Ukraine. Doch selbst in diesem Amt ist er ebenso wie der CIA-nahe „Premier“ Jazenjuk nur ein Statthalter der USA, der NATO und der EU.

Bei aller Finsternis gibt es aber auch Licht am Ende des Tunnels. Rußland, das nicht mit der Sowjetunion verwechselt werden darf, ist aus scheinbarem Dornröschenschlaf erwacht und reckt seine Großmachtglieder. Es erweist sich – vor allem auch in der Ukraine-Krise – als außenpolitischer Widerpart des Imperialismus, in dessen europäischem Orchester die BRD bereits die erste Geige spielt.

Patons grandiose Konstruktion aus sowjetischen Tagen überspannt noch immer den gewaltigen Strom. Möge sie zu einer Brücke der Verständigung zwischen ukrainischen und russischen Bürgern dieses schönen, derzeit aber vom Krieg gepeinigten Landes werden.

Nr. 201, Oktober 2014

Vom Mauerfall zum Kriegsfall

Vor einigen Monaten bat mich ein Journalist der „New York Times“ – des renommierten bürgerlich-liberalen Blattes der Vereinigten Staaten – um ein Interview. Er arbeitete an einem Buch über die „Wende 1989/90“ und wollte – außer den ihm hinlänglich bekannten Standpunkten anderer Art – auch die Meinung von Zeitzeugen aus der DDR einholen. Da mir der Berufskollege aus Übersee – ganz im Geiste des stets an Fakten orientiert gewesenen Peter Scholl-Latour – ein sachlicher Mann zu sein schien, stand ich ihm Rede und Antwort. Im Dialog mit US-Journalisten hatte ich ja bereits 1972 in Kalifornien beim Prozeß gegen Angela Davis hinlänglich Erfahrungen sammeln können. Dort war ich monatelang fast der einzige „rote Hecht“ im Karpfenteich Hunderter bei Gericht akkreditierter Berichterstatter der inländischen Medien.

Was aber wollte der Besucher aus New York in Erfahrung bringen? „Warum habt Ihr die Mauer gebaut?“, begann er unser Gespräch mit einer Routinefrage. Bevor ich zur Darlegung meines Standpunktes kam, schlug ich einen Pflock ein: „Die Mauer war das häßlichste und zugleich wichtigste Bauwerk, das die DDR jemals errichtet hat. Sie trug entscheidend dazu bei, daß zwischen 1961 und 1989 in Europa Frieden herrschte.“ Ich befand mich durchaus in Übereinstimmung mit USA-Präsident John F. Kennedy, der durch die Ereignisse des 13. August nicht in Panik geraten war und nüchtern bemerkt hatte: „Die Mauer ist nicht schön, aber besser als ein Krieg.“

Tatsächlich stand unser Kontinent damals am Abgrund eines bewaffneten Konflikts der Staaten beider Weltsysteme, der unweigerlich unter Einsatz von Kernwaffen ausgetragen worden wäre. Bonns seinerzeitiger Kriegsminister Franz-Josef Strauß hat ja

in seinen Memoiren festgehalten, er sei vom Pentagon ersucht worden, „für einen nuklearen Erstschlag geeignete sowjetische Objekte auf dem Territorium Ostdeutschlands“ auszuwählen. Der Bau der Berliner Mauer – soviel Unglück sie auch den von Trennung Betroffenen gebracht hat –, war ein Millionen Leben rettender Glücksfall, ihr plötzlicher Abriß bei allen Erleichterungen für die Menschen aber eine historische Katastrophe. Denn der „antifaschistische Schutzwall“, wie das Bauwerk offiziell bezeichnet wurde, hielt nicht nur 16 Millionen DDR-Bürgern für nahezu drei Jahrzehnte die im Westen ansteigende braune Flut vom Leibe, sondern bewahrte – als vorderste Verteidigungslinie der Staaten des Warschauer Vertrages gegen den NATO-Kriegspakt – auch ganz Europa vor den Schrecknissen eines gigantischen Zusammenpralls.

Als die Mauer stand, waren wir nicht nur vor dem heute wieder in ganz Deutschland kassierenden Kapitalistenpack verschont, sondern auch vom Horror des Krieges, mit dem die imperialistische Hauptmacht zuerst Korea und Vietnam, dann aber auch andere Staaten außerhalb Europas überzogen hatte. Nach dem Mauerfall – so die heutige Sprachregelung – gab es auf unserem Kontinent grünes Licht für den Kriegsfall. Hillary Clinton befahl ihrem Mann Bill – dem ihren Weisungen gehorchenden USA-Präsidenten – mit den Worten „Bomb Belgrade!“ den Angriff auf Jugoslawien. Auch Maschinen der Bundesluftwaffe attackierten Ziele in dem überfallenen Balkanstaat. Die Brücke von Varvarin wurde zum Symbol des Schreckens. Doch der Überfall auf Jugoslawien war nur der Auftakt zum großen Morden in Afghanistan und Irak. Inzwischen brennt es an vielen Ecken der Welt lichterloh. Die von Saudi-Arabien und Katar – zwei engen Verbündeten

der USA – im Auftrag Washingtons geschaffenen, radikal-islamistischen Mordbanden des IS haben der Obama-Administration und deren NATO-Partnern den Vorwand für ihren als „humanitäre Aktion“ getarnten Einfall in das ölreiche Kurdistan geliefert. Mehr als das: Die Rückkehr der US-Streitkräfte nach Irak setzt sich längst in einer weiteren „Anti-IS-Intervention“ fort, die in der „Befreiung Syriens vom Assad-Regime“ gipfeln soll. Eine enorme Gefahr, die zu Zeiten des Bestehens der nicht zuletzt von Berlins Mauer beschirmten sozialistischen Staatengemeinschaft undenkbar gewesen wäre, stellt die massive Bedrohung Rußlands durch die Ostexpansion der NATO dar. Die von Washington, Brüssel und Berlin aus gelenkte „Machtergreifung“ des mit unmaskierten Faschisten durchgesetzten Kiewer Klüngels schockiert die demokratische Weltöffentlichkeit. Besonders apart ist dabei die Tatsache, daß Frau Merkel die Errichtung einer ukrainischen Mauer zu Rußland ebensowenig beanstandet wie Israels Apartheid-Mauer im Westjordanland oder die Mauer der USA zu Mexiko, mit der dem Zustrom Hungernder aus Lateinamerika Einhalt geboten werden soll.

Wenn sich die Menschheit heute wieder – wie vor dem 13. August 1961 – mit einer globalen Kriegsdrohung konfrontiert sieht, dann gibt es dafür nur einen Grund: das Wegbrechen der sozialistischen Staatengemeinschaft Europas als des Garanten friedlicher Koexistenz. Wir haben immer gesagt: Sozialismus bedeutet Frieden, während Imperialismus ständig neue Aggressionskriege hervorbringt. Die Geschichte hat uns recht gegeben.

Für Frieden und Sozialismus stand die Mauer 28 Jahre lang auf dem Boden Berlins. Sie teilte eine historisch gewachsene Stadt und war durchaus kein Schmuckstück. Es wäre gewiß besser gewesen, hätte es ihrer nicht bedurft. Doch sie nachträglich als Anachronismus zu bezeichnen zeugt von Unkenntnis der geschichtlichen Zusammenhänge. Ihre Errichtung entsprach den Erfordernissen der Zeit. Der Mauerfall hat zum Kriegsfall geführt. Übrigens: Der eingangs erwähnte Interviewer der „New York Times“ hat meine Darstellung des Geschehens fair und korrekt in seinen Text aufgenommen. *Nr. 202, November 2014*

Unwiderruflicher Bruch mit dem Marxismus als System?

Am 10. November berichtete die linksbürgerliche Tageszeitung „neues deutschland“ unter der Schlagzeile „Bekennnis zu Demokratie und Rechtsstaat“ von der bedingungslosen Kapitulation Gregor Gysis vor dem Ansturm professioneller Verleumder der DDR. Anlässlich des 25. Jahrestages des „Mauerfalls“ ließ der PDL-Fraktionsvorsitzende, dessen unbestrittene Eloquenz bisweilen mit Substanz verwechselt wird, die Hüllen fallen. Die DDR sei als ein Staat zu betrachten, „dem die grundlegende demokratische Legitimation fehlte und in dem politische Willkür jederzeit Recht und Gesetzlichkeit ersetzen konnte“, erklärte er. Die Hauptverantwortung für „Fehler und Verbrechen der DDR“ lastete er der 1946 von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl gegründeten SED an. Gregor Gysi, der während seines Studiums mit Grundlagen der marxistisch-leninistischen Wissenschaft vertraut gemacht worden war, dankte in einer Erklärung, die er auch von den in dieser Materie wohl weniger bewanderten Parteivorsitzenden mit unterzeichnen ließ, ausdrücklich „jenen, die damals die Mauer von Ost nach West zum Einsturz brachten“. Hier kann man nur mit Tucholsky sagen, daß es wohl nichts Schlimmeres gibt, als von dem Kakao auch noch zu trinken, durch den man gezogen wird.

Die „Flexibilität“ des vermutlichen Urhebers dieser Kampfansage an den angeblichen Unrechtsstaat DDR wird besonders transparent, wenn man weiß, daß Gregor Gysi noch am 5. November an einen Bedenken äußernden Mitstreiter in seiner Partei das Gegenteil dessen geschrieben hatte, was er am 8. November bekundete: „Sicherlich hast Du mitbekommen, daß ich mich gegen den Begriff Unrechtsstaat gewandt habe.“ Wie glaubwürdig sind Leute, die – unter welchem Druck oder auf wessen Wink auch immer – innerhalb einer halben Woche die Fronten in einer Kernfrage wechseln?

Gysis Erklärung ist ein Faustschlag ins Gesicht jener der Sache des Sozialismus treu gebliebenen alten und jüngeren Genossen

aus der Partei Die Linke, welche – unter der Last des eigenen rechten Flügels und eines von diesem weitgehend beherrschten Apparats – ihre Prinzipien nicht von Sieg oder Niederlage abhängig gemacht haben. Unser Respekt gilt allen, die im Gedenken an die historischen Errungenschaften der DDR den Gedanken des kompromißlosen Kampfes gegen das kapitalistische System der BRD nicht aufzugeben bereit sind.

Der ideologische Kehraus des PDL-Fraktionsvorsitzenden in Sachen DDR ist – was das Maß der Aufgabe von Prinzipien betrifft – wohl am ehesten mit der bedingungslosen Kapitulation der SPD-Reichstagsfraktion im August 1914 zu vergleichen. Die Entscheidung von Teilen der PDL-Spitze, zur pauschalen Leugnung der Rolle der DDR in der deutschen Geschichte überzugehen, erinnert mich an die Anfänge des großen Ausverkaufs. Im Dezember 1989 beauftragte mich die Redaktionsleitung des damals sozialistischen ND, bei dem ich bereits seit 1967 tätig gewesen war, mit der teilweisen Berichterstattung über den Sonderparteitag in der Berliner Dynamohalle. Aus ihm ging zunächst die SED-PDS und bald darauf die PDS hervor. Die Atmosphäre, die mich bei dieser Veranstaltung umgab, war spannungsgeladen, die Reden unterschieden sich inhaltlich von früher gehaltenen, und zwar sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht. Während „Protokoll und Etikette“, die bei vorangegangenen Anlässen dieser Art selbständiges Denken arg behindert hatten, jetzt weggefallen waren, fehlte es an klaren politisch-ideologischen Konturen im Sinne einer sozialistischen Partei. Das große Ausschütten des Kindes mit dem Bade war angesagt, sieht man von Reden wie denen Hans Modrows ab.

Während junge Trotzkiten an den Eingängen zur Halle ihre Zeitschrift „Spartakus“ mit der besonders zeitgemäßen Schlagzeile „Für ein rotes Sowjetdeutschland in einem roten Sowjeteuropa“ verteilten, wurde von der Tribüne weniger Rotes verkündet. Die

nebulöse Parole hieß: „Endgültiger Bruch mit dem Stalinismus als System“. Noch nahm man Marx und Engels nicht ins Visier, doch Lenins Name fehlte bereits in der Reihe der Vordenker des Sozialismus. Bald wurde bekannt, daß auch bei den Wegbereitern der Partei ein Austausch stattgefunden hatte: Gregor Gysi reihte, mit einem großen Besen fortan „Überflüssiges“ symbolisch hinwegfegend, eine besonders anrühige Ikone des Revisionismus wie selbstverständlich unter die Väter der im Umbruch befindlichen Partei ein: Eduard Bernstein. Dessen berühmt-berüchtigte Maxime „Das Ziel ist mir gar nichts, die Bewegung alles“ sollte schon bald einen spezifischen Stellenwert in der PDL erlangen.

An diesen 25 Jahre zurückliegenden symbolischen Kehraus wurde ich erinnert, als Gregor Gysi – dem magischen Ziel einer Regierungsbeteiligung nach Thüringer Vorbild und um jeden Preis zustrebend – im Bundestag die weiße Fahne hißte. Dabei handelte es sich um ideologischen Ausverkauf, der offensichtlich darauf abzielt, an der sozialistischen Sache festhaltende und daher in ihren DDR-Biographien weiterhin verwurzelte Genossen endlich aus der Partei zu vertreiben. Inzwischen hat

sich der Nebel um die Formel „Unwiderruflicher Bruch mit dem Stalinismus als System“ gelichtet. Jetzt weiß man besser, *welcher* Bruch wohl schon im Dezember 1989 perspektivisch angedacht war. Damals äußerten Parteitagsdelegierte mir gegenüber die Vermutung, daß die auf DDR-Verhältnisse – zumindest seit 1953 – keineswegs zutreffende Vokabel „Stalinismus“ eigentlich einen anderen Ismus gemeint haben könnte.

Gregor Gysis jüngste Kampfansage an das Vermächtnis des deutschen Friedensstaates DDR, dessen Wirken durch die Lehren von Marx, Engels und Lenin inspiriert wurde, bezweckt inhaltlich eine definitive Absage an den Marxismus als theoretisches Denkgebäude und Anleitung zum praktischen Handeln all jener Kräfte in der Welt, die tatsächlich sozialistische Ziele verfolgen.

Mag dieser neue Kehraus auch den Boden für die Aufnahme in eine künftige Koalitionsregierung mit der SPD und den Grünen auf Bundesebene bereiten – er wird bei allen am Marxismus Festhaltenden auf entschiedene Gegenwehr stoßen.

Nr. 204, Januar 2015

Keinen Fußbreit den Faschisten!

Im Dezember vergangenen Jahres bot sich in Dresden ein bizarres Bild: Menschen, die eben noch ausländerfeindliche Parolen skandiert hatten, stimmten auf einmal vertraute Weihnachtslieder an. Es handelte sich um ein Spiel mit verteilten Rollen: Während die einen ihre zum Draufschlagen bereiten Pranken zeigten, bereiteten andere eine Lockspeise vor, um möglichst viele Unbedarfte, Unwissende oder ihnen Vertrauende damit einzufangen. Schlagringe und Glacéhandschuhe gehören gleichermaßen zu den Requisiten. Wer sich am geschicktesten tarnt, kann in der neuen Konjunktur scharf rechts gerichteter Ideologie mit der größten Gefolgschaft rechnen. Von den Regisseuren der organisierten Ausländerfeindlichkeit werden vor allem „Wutbürger“ als Massenkulisse gebraucht.

Während die Schlägertrupps von HOGESA („Hooligans gegen Salafisten“) auf eine pseudodemokratische Maskerade verzichten und nach alten Straßennazi-Mustern verfahren, übernehmen die „Patrioten Europas gegen Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) das Herrenrassen-Konzept des im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß zum Tode verurteilten hitlerschen Chefideologen Alfred Rosenberg, dessen „Mythos des 20. Jahrhunderts“ den Genozid geistig mit vorbereitete.

Zum „Ensemble“ der BRD-Faschisierer, die europaweit vernetzt sind, gehören auch die für „gehobene Ansprüche“ bereitgehaltene Allianz für Deutschland (AfD), die sich überwiegend aus vormaligen rechten Flügelleuten von CDU und FDP rekrutiert, aber auch Teile der CSU, NPD und Republikaner hingegen sind nur noch als Wurmfortsatz der heute tonangebenden Macher zu betrachten. Die Skala reicht von Totschlägern im Stil von SA und SS bis zu Nadelstreifen-Nazis in Konzernzentralen, Amtsstuben höherer Ebenen und Regierungskanzleien.

Die von ihnen und den dafür nutzbaren Medien erzeugte Haßkampagne dient der Abwehr der vom Magnetismus der reichsten

kapitalistischen Staaten angezogenen Opfer der eigenen Raubstrategie: Kriegs- und Hungerflüchtlingen, gegen deren Zuwanderung man die „Festung Europa“ gnadenlos abschotten will.

Das Spiel der neuen Nazis aller Schattierungen ist das alte, wobei sich das Feindbild inzwischen erweitert hat. Während die Hitlerfaschisten an Juden, Sinti und Roma sowie zu Untermenschen erklärten Angehörigen slawischer Völker historisch beispiellose Genozid-Verbrechen begingen, werden jetzt auch generell zu „Islamisten“ gestempelte Moslems sowie weniger qualifizierte Zuwanderer aus Südosteuropa als neue Hauptfeinde ins Visier genommen.

Die innenpolitische Entwicklung im wieder Weltmachtambitionen verfolgenden Staat des deutschen Kapitals nähert sich – legt man das Zeitmaß der Weimarer Republik an – in bedrohlichem Maße der Ära von Brüning und Papen. Mit anderen Worten: Es ist nahezu fünf vor zwölf.

Während sich die Regisseure von HOGESA und PEGIDA unter Benutzung braunen Vokabulars auf „gesundes Volksempfinden“ berufen, mit dem Vernunft und Augenmaß ersetzt werden sollen, schwenkt auch die offizielle Politik der BRD weiter nach rechts. Im Unterschied zu den späten 20er und frühen 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts stehen heute aber nicht jene antifaschistischen Gegenkräfte mit Masseneinfluß bereit, die Hitler hätten Paroli bieten können, wäre die Aktionseinheit der Arbeiterparteien nicht vor allem am Widerstand rechter sozialdemokratischer Führer gescheitert.

Mit dem schockierenden Vormarsch der ihre Tarnkleidung wechselnden oder auch gänzlich abwerfenden Faschisierer konfrontiert, kommen mir unwillkürlich Geschehnisse in den Sinn, die bereits nahezu sechs Jahrzehnte zurückliegen.

Im August 1955 nahm ich an den V. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Warschau teil. Zu den Höhepunkten meines

Aufenthalts in der Weichselmetropole gehörte ein durch dortige Freunde ermöglichter gemeinsamer Kinobesuch mit der Witwe Paweł Finders, des 1944 von den Hitlerfaschisten ermordeten ersten Generalsekretärs der Polnischen Arbeiterpartei (PPR). Im Lichtspielhaus an der Marszałkowska sahen wir das antifaschistische DDR-Epos „Stärker als die Nacht“.

Tags darauf wurde in Warschau ein Sonderzug bereitgestellt. Er brachte Abgesandte aller am Festival teilnehmenden Delegationen nach Auschwitz. Im Abteil waren wir zu dritt: der Grafiker und Schriftsteller Peter Edel, der das Vernichtungslager selbst überlebt hatte, während Esther, seine junge Frau, grausamen Experimenten der dortigen KZ-Ärzte zum Opfer gefallen war; die namhafte britische Grafikerin Elizabeth Shaw; und ich als Nachkomme einer Familie mit vielen Auschwitz-Toten. Im größten Menschenschlachthaus Europas erschütterten uns die Berge von ermordeten Kindern zurückgelassener Stofftiere ebenso wie das meterhoch aufgeschichtete Haar ins Gas getriebener Frauen. Neben unbeschreiblichem Horror erlebten wir aber auch eine Sternstunde menschlichen Glücks: die internationalistische Verbrüderung schwarzer, brauner, gelber und weißer Kämpfer für eine bessere Welt.

Mit dem Ungeist nationalistischen oder rassistischen Größenwahns wurde in beiden deutschen Staaten konträr umgegangen. Während Auschwitzüberlebende wie Kurt Goldstein in der DDR hohes Ansehen genossen und politischen Einfluß besaßen, stand Dr. Hans Globke, Kommentator der Nürnberger Rassegesetze und damit ein ideologischer Wegbereiter zu den Gaskammern von Auschwitz, als graue Eminenz an der Seite Konrad Adenauers.

Der Kanzler der deutschen Spaltung stützte sich nicht nur auf seinen schwerstens belasteten Staatssekretär, sondern beließ auch Zehntausende Offiziere, Geheimdienstler, Juristen und Staatsbeamte aus Nazitagen auf ihren Posten. Während Hitlers Generale Heusinger und Speidel die Bundeswehr aufbauten, brachte Reinhard Gehlen, Geheimdienst-General des „Führers“, den BND „in die Gänge“.

Aus einer diametral entgegengesetzten Tradition erwuchs im Osten der anfangs staatlich verordnete, von den meisten aber im Laufe der Zeit auch verinnerlichte Antifaschismus, während im Westen die alten Denkmuster das Ende des Dritten Reiches überdauerten. Mit gutem Grund bezeichnet sich die BRD als dessen Rechtsnachfolgerin. Ist es da ein Wunder, daß sie neue Nazis samt ihres Parteienfächers hervorbrachte, deren Ideologie und Organisation nach dem „Anschluß“ der DDR landesweit ins Kraut schossen?

Noch lassen die Wölfe im Schafspelz in ihre Fänge Geratene auch fromme Weihnachtslieder singen. Sie tarnen sich wie einst Hitlers „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ mit scheinbar unverfänglichen Attributen. Um Christenmenschen gezielt zu erreichen, stimmen die PEGIDA-Drahtzieher das alte Lied von der „Verteidigung des Abendlandes“ an.

Für ein „Wehret den Anfängen!“ ist es bereits zu spät. So übernehmen wir die Losung jener, welche einst als Interbrigadisten in der großen Abwehrschlacht gegen Franco, Hitler und Mussolini auf Spaniens Erde verkündeten: Keinen Fußbreit Boden den Faschisten!

Nr. 205, Februar 2015

Olymp der Heuchler

Um es vorweg zu sagen: Der Olymp, auf dem die Götter der Antike thronen, war bisher in meinem Vokabular nur positiv besetzt – höher ging's nimmer, jede Steigerung blieb ausgeschlossen. Das aber hing wohl mit meinem an Griechisch und Latein gekoppelten Besuch eines humanistischen Gymnasiums zusammen, der mich für die Dauer von acht Jahren an die Sprache Ciceros wie Cäsars band und fünf Jahre lang in Homers Reich von Ilias und Odyssee entführte. Als ich dann Mitte der 80er Jahre den Arbeitersohn und hochgebildeten Autodidakten Horst Sindermann, einen der eher seltenen Parteiführer und Staatsmänner der DDR mit Bodenhaftung, hinter dem 12 Jahre faschistisches Zuchthaus und KZ lagen, nach Athen begleitete, nützte mir das wie Altmittelhochdeutsch längst erloschene Idiom aus der hellenischen Vergangenheit nichts. Bei dem etwa zweistündigen Gespräch, zu dem KKE-Generalsekretär Harilaos Florakis – er hatte 18 Jahre auf der KZ-Insel Makronissos leiden müssen – die DDR-Volkskammerdelegation empfing, hätte ich ohne die Dolmetscherin wohl kaum ein Wort verstanden. Und dennoch fühlten wir uns angesichts der strategischen Klugheit und des taktischen Geschicks dieses bedeutenden hellenischen Parteiführers „wie auf dem Olymp“.

Szenenwechsel: Auch so manche politischen Tiefflieger unserer Tage haben sich erst unlängst bemüht, die Höhen eines ihnen völlig fremden Metiers zu erklimmen. Sie wurden dabei nicht vom Glanz der Götter verflössener Zeiten inspiriert, sondern

begaben sich als Protagonisten eines Trauerspiels besonderer Art ins „Rampenlicht“ geistiger und politischer Finsternis. Was nach dem ruchlosen Anschlag auf die buchstäblich über Nacht zum Big Business gewordene Pariser Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ (statt 60 000 erschienen auf einmal imaginäre 7 Millionen Exemplare!) geschah, war kaum weniger erschreckend als die Bluttaten im Redaktionsgebäude und einem nahegelegenen jüdischen Supermarkt. Ich meine dabei nicht vordergründig die Instinktlosigkeit einiger Gestalter des Blattes, das seit eh und je auf Rundumschläge gegen beliebige Konfessionen geeicht ist, den Propheten Mohammed einmal mehr der Lächerlichkeit preiszugeben und so fast die gesamte islamische Welt gegen sich aufzubringen. Mir geht es um die Gala perfider Heuchler aus etlicher Herren Länder, die auf der Woge des Geschehens in Paris ein groteskes Wellenreiten veranstalteten. Während Frankreichs als Marianne agierendes Rechtsaußenidol Marine Le Pen, deren Vater und Mentor zu den Auschwitz-Leugnern gehört, verständlicherweise zum rassistisch-chauvinistischen Halali bläst, hüllten sich andere Reaktionäre vorübergehend in die Toga von Verteidigern sonst von ihnen verachteter, nun aber angeblich durch Kollektivrasse bedrohter Islam-Anhänger. Mit erstarrtem Ausländerhaß stellten sie temporäre Ausländerliebe zur Schau. Im Schatten solcher Maskerade zog die Geheimpolizei mehrerer NATO-Staaten im Interesse der „nationalen Sicherheit“ die Daumenschrauben der Überwachung und Diskriminierung

„Verdächtiger“ weiter an. Zwei vom Fernsehen und Zeitungen in aller Welt übertragene Bilderserien symbolisierten auf besonders gespenstische Art und Weise die Besteigung des Olymp der Heuchelei durch Spitzenleute der „politischen Klasse“, wie sich im Dienste der ökonomisch Herrschenden stehende Personengruppen zu bezeichnen pflegen.

Da sah man in einer Pariser Nebenstraße ein paar Dutzend eingehakte Staatschefs unter offensichtlich massivem Polizeischutz in den angeblich vordersten Reihen einer zur Verteidigung der Demokratie einberufenen Massendemonstration. Die vorgetauschte Harmonie sollte Volksnähe suggerieren. In Wirklichkeit aber waren Hunderttausende Kundgebungsteilnehmer von den Akteuren der Show räumlich getrennt. In dieser Sternstunde des vor dem Tiefpunkt seiner politischen Karriere gerade noch einmal geretteten Antipathieträgers François Hollande wußte der französische Präsident solche „humanitären Lichtgestalten“ wie Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu, den Kindermörder von Gaza, und Kiews Milliardär Petro Poroschenko, den Ghettoisierer von zwei Millionen ostukrainischen Zivilisten, verlässlich an seiner Seite.

Doch noch verlogener als die gestellte Szene an der Seine war das Schauspiel am kurzfristig trikolorfarbenen Brandenburger Tor, wo ein hilfswilliger Moslemführer in perfektem Deutsch

den Conferencier für die Repräsentanten der BRD gab. Diese produzierten sich teils in gewohnt schwülstiger Phrasendrescherei, teils in geübt geistlosen Allgemeinplätzen. Beide Akteure hängten sich an die „Charlie Hebdo“-Konjunktur, um fehlendes Eigenprofil zu kompensieren.

Die Tatsache, daß auch Zehntausende redliche Antifaschisten, tatsächliche Gegner deutsch-nationalistischer PEGIDA-Frömmel und aufrechte Verfechter politischer wie religiöser Vielfalt in diese anrühige Gesellschaft gerieten, machte das Maß des Peinlichen voll. In ihrer Gegenwart schwangen sich jene, welche die Stunde der Demagogen nutzten, in den Olymp der Heuchelei. Fazit: Als in der politischen und sozialen Realität des imperialistischen deutschen Staates, Europas und der Welt orientierungsfähige Sozialisten, Kommunisten und Antiimperialisten unterschiedlicher Weltanschauungen stehen wir unverrückbar gegen Krieg und Kriegsgeschrei, Ausbeutung und Unterdrückung, für internationale Solidarität und Toleranz gegenüber Andersdenkenden demokratischer Gesinnung. Mit besonderer Entschiedenheit wenden wir uns gegen jegliche Formen der Islamfeindlichkeit, des Antisemitismus, der Diskriminierung von Sinti und Roma, des Ausländerhasses und des bundesdeutschen Größenwahns.

Nr. 206, März 2015

Merkels Abwahl in Athen

Im Herbst 1952 begegnete ich als frischgebackener Berliner Jurastudent beim gemeinsamen Abräumen einer Trümmerlandschaft weit des späteren Volksparks Friedrichshain einer Gruppe fremdsprachiger junger Leute. Der Elan dieser überwiegend dunkelhaarigen Mädchen und Jungen, die da inmitten der Ruinenfelder ihre Fahne in den Boden gerammt hatten und mit Leidenschaft uns unverständliche Lieder sangen, wirkte ansteckend. Es waren Söhne und Töchter von Angehörigen der Demokratischen Armee Griechenlands und vereinzelt sogar deren bisherige Kämpfer. Die Niederlage der bewaffneten Volkskräfte im Grammos-Massiv hatte sie ins Exil gezwungen. Die junge DDR bot ihnen Schutz an. Einer der Älteren unter ihnen wurde später mein enger persönlicher Freund: Thanassis Georgiu. Er heiratete eine Hiesige, blieb in der DDR, arbeitete jahrzehntelang als Journalist beim ADN und wurde später Korrespondent von „Rizospastis“, der kommunistischen Tageszeitung seines Landes. 2014 starb Thanassis im Alter von 100 Jahren in Berlin. Ein anderer Grieche hat mir – trotz seiner ideologischen Metamorphose – stets besonders imponiert: Manolis Glezos. Einst riß er als junger Kommunist die verhaßte Hakenkreuzfahne von der Akropolis; jetzt steht er als greiser Antifaschist in den vorderen Reihen von Syriza und ist – im übertragenen Sinne – abermals daran beteiligt, ein anderes den Griechen verhaßtes Tuch von der Akropolis einzuholen: die Insignien der EU-Knebel aus Brüssel und Berlin. Nicht ohne Grund jubelte man in Athen am Morgen nach dem Urnengang, es habe sich dabei um „Merkels Abwahl“ gehandelt.

Wiederum ist also Spannendes aus Hellas zu berichten. Dort hat zwar keine Revolution stattgefunden, zumindest aber ein

bedeutsamer Stafettenwechsel, der Alexis Tsipras an die Regierungsspitze brachte. Unmittelbar nach seiner Vereidigung legte Griechenlands neuer Premier in Kaisariani, wo die Naziokkupanten am 1. Mai 1944 eine große Gruppe antifaschistischer Widerstandskämpfer ermordet hatten, einen Strauß roter Rosen nieder. Die meisten Opfer waren Kommunisten. Der Sieger vom 25. Januar, dessen Sammlungsbewegung 36,4 % der Stimmen erhalten hatte, gab mit seiner Geste ein erstes Signal der Bereitschaft zum Aufbrechen von Verkrustungen.

Auch wenn die über keine absolute Mehrheit der Parlamentssitze verfügende Koalition mit der Einbeziehung der rechtsgerichteten ANEL-Partei Zweifel an dem von ihr beanspruchten linken Profil aufkommen ließ, zeigten schon erste Schritte von Syriza-Ministern den Willen zu selbstbewußtem Handeln. So wandte sich Finanzminister Yanis Varoufakis beherzt gegen Versuche, den Griechen weiterhin die Würgeschlinge um den Hals zu legen. Er führte den Nachweis, daß die Milliardenkredite der aus Europäischer Union, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds bestehenden Troika die erbärmliche Situation der meisten einfachen Griechen in keiner Weise verbessert, sondern sogar noch dramatisch verschlechtert haben. Damit brachte er den wichtigsten Protagonisten beim Luftabdrücken, seinen BRD-Amtskollegen Wolfgang Schäuble, in Bedrängnis. Ein Novum! Auch wenn Hellas in der Euro-Zone und im EU-Bereich zu bleiben gezwungen ist, dürfte die Ära des einseitigen Diktats alter Manier so kaum fortzusetzen sein. Warten wir's ab! Fortschrittliche Kräfte in aller Welt gratulierten Tsipras und Syriza zum „eklatanten Wahlsieg“, wie es Belgiens Partei der Arbeit (PTB) ausdrückte. „In Griechenland hat nach vierzigjähriger

Vetternwirtschaft der Neuen Demokratie und der PASOK zum ersten Mal eine andere Partei die Wahlen gewonnen“, konstatierte PTB-Präsident Peter Mertens. „Sechs Jahre nach Ausbruch der Krise und vier Jahre nach dem erpresserischen Memorandum der Troika haben sich die Griechen von der erzwungenen Politik permanenter Kürzungen abgewandt. Ein neuer Wind für ganz Europa weht aus Hellas. Hoffen wir, daß er mehr und mehr Menschen auf unserem Kontinent erfaßt und inspiriert.“ Jüngste Entwicklungen in anderen Regionen Südeuropas – denken wir nur an die breit gefächerte PODEMOS-Bewegung für einen Politikwechsel in Spanien, über deren Einordnung derzeit unter traditionellen Linken des iberischen Landes noch keine Einigkeit herrscht, oder an machtvollere Aktionen der Gewerkschaftszentralen CGIL und CGTP-Intersindical in Italien und Portugal – könnten Vorzeichen eines übergreifenden Wandels sein. Schon vor geraumer Zeit hatte die Syriza-Führung Sondierungen unternommen, ob die vor allem im hauptstädtischen Bezirk Attika, aber auch in anderen Landesteilen weiterhin sehr einflußreiche KP Griechenlands (KKE) gegebenenfalls für eine Koalition zu gewinnen sei. Aus prinzipiellen Erwägungen wies diese damals das Ansinnen zurück, zumal sie sich nicht in die Rolle eines Juniorpartners von Syriza begeben wollte. Hierzu muß man wissen, daß die Gründer dieser heute wesentlich erweiterten Bewegung ursprünglich einer eurokommunistischen Abspaltung von der marxistisch-leninistischen KKE angehörten. Vor den diesjährigen Wahlen hatten die griechischen Kommunisten noch einmal betont, sie würden *keine* um eine Regierungsbildung bemühte Partei unterstützen. Ihr Generalsekretär Dimitris Koutsoumbas ließ wissen, die KKE, die ihren Stimmenanteil

von 4,5 % auf 5,5 % erhöhen und 15 Mandate erringen konnte, wolle erst dann mitregieren, wenn das Volk an der Macht und der Reichtum des Landes vergesellschaftet sei. Hierzu gibt es in der kommunistischen Bewegung und darüber hinaus unterschiedliche Auffassungen.

Aufschlußreich ist übrigens das Debakel der langjährig regierenden sozialdemokratischen PASOK, die im Wahlkampf gespalten und weitgehend zerrieben wurde, so daß sie im Unterschied zu den Faschisten der „Goldenen Morgenröte“ hinter die KKE zurückfiel. Während Tsipras, Varoufakis und andere politische Köpfe von Syriza bewußt darauf verzichteten, die derzeit nicht auf der Tagesordnung stehende strategische Systemfrage für Griechenland zu stellen, nutzen sie andererseits vorhandene taktische Spielräume aus, wobei sie – besonders in den ersten Wochen ihrer Amtszeit – wesentlich stabiler gegenüber Brüssel auf den Plan getreten sind, als politische Beobachter vermutet hatten. Athens neue Regierende dürften indes alle Hände voll zu tun haben, die bisher de facto von jeglichen Abgaben befreiten hellenischen Millionäre und Milliardäre endlich zur Steuerkasse zu bitten. Auch über tatsächliche Spielräume zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit (27% – bei Jugendlichen sogar nahezu 60%!) sollte man keine Illusionen haben, obwohl bereits etliche in letzter Zeit Entlassene wieder eingestellt und die drastisch gesenkten Mindestlöhne inzwischen deutlich angehoben worden sind.

Wie auch immer: Das symbolische Niederholen auch der zweiten Fahne deutsch-kapitalistischer Unterdrücker des griechischen Volkes von der Akropolis ist ein historischer Vorgang. Ein Grund, die Nachfolger von Manolis Glezos zu „Merkels Abwahl“ in Athen zu beglückwünschen.

Nr. 207, April 2015

Dank für die Befreiung!

Etwas Außergewöhnliches ist eingetreten: Während es Menschen unseres Schlages normalerweise kalt läßt, zu welchen Takt- und Geschmacklosigkeiten unsere politischen, ideologischen und sozialen Gegner greifen, sehe ich mich zu einem Geständnis veranlaßt. Ich schäme mich für die billigen Ausflüchte einer Bundeskanzlerin, deren steile Karriere nicht nur durch ihre vorzügliche akademische Ausbildung in der DDR, sondern überdies auch durch ein qualifiziertes Zusatzstudium an einer sowjetischen Hochschule zumindest erleichtert wurde. Vor einiger Zeit schilderte ein alter Freund – Johannes Chemnitzer, der zu Zeiten der DDR die SED im Bezirk Neubrandenburg leitete – den Lesern des RF, wie er die sprachbegabte Angela Merkel zu ihrem Sieg bei der DDR-weiten Russisch-Olympiade beglückwünschen konnte. Da ist die Entscheidung von Kohls einstigem „Mädchen“, die Moskauer Einladung zu den Feierlichkeiten aus Anlaß des 70. Jahrestages des Sieges der Roten Armee am 9. Mai auszuschlagen, ein Akt moralischer Selbstvernichtung. Auch die Flucht in ein zu nichts verpflichtendes Ausweichmanöver für den Tag darauf ändert an Merkels Boykott überhaupt nichts. Ihre Entscheidung mag unter dem Druck fanatischer Putin-Hasser und deutlich noch weiter rechts stehender Mitglieder ihres Kabinetts zustande gekommen sein. Doch wie auch immer: Das „Njet“ der Kanzlerin ist ein

Schlag ins Gesicht all jener Deutschen, die sich „den Russen“ für die mit Millionen und aber Millionen Opfern verbundene Befreiung vom Hitlerfaschismus zu tiefem Dank verpflichtet fühlen. Diese Zeilen entstehen in der „RotFuchs“-Redaktion, die ihre Zelte bekanntlich nur wenige hundert Meter vom Deutsch-Russischen Museum in Berlin-Karlshorst aufgeschlagen hat. Dort – in der damaligen Heerespionierschule der faschistischen Wehrmacht – nahm der sowjetische Marschall Shukow im Beisein hochrangiger Vertreter der westlichen Alliierten am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation Nazi-Deutschlands entgegen.

Historischer Boden zwingt in besonderem Maße zu geschichtlicher Exaktheit, wobei wir die militärischen Aspekte des Geschehens vor allem den in dieser Ausgabe des RF zu Wort kommenden Generälen der Sowjetarmee und der NVA überlassen wollen. Nur soviel sei gesagt: Wir vertreten eine fundamental andere Auffassung als Obama und Cameron. Diese bezeichneten die am 6. Juni 1944 in der Normandie nach jahrelanger Verzögerung an Land gesetzten westalliierten Truppen als „größte Befreiungskraft, welche die Welt jemals gekannt hat“. In uneingeschränkter Würdigung des Beitrags der Befreier aus allen Staaten der Antihitlerkoalition und der französischen Résistance stimmen

wir mit dem renommierten kanadischen Internet-Journal „Global Research“ überein: „Die Rote Armee hat den Krieg mit Deutschland gewonnen.“

Zum Zeitpunkt der Invasion an Frankreichs Küste lagen hinter den Kämpfern mit dem roten Stern bereits nahezu drei schwere und verlustreiche Kriegsjahre. Am 22. Juni 1941 waren die Faschisten mit drei Millionen Soldaten, 7500 Artilleriegeschützen, 3000 Panzern und 2500 Flugzeugen über die UdSSR hergefallen. Obwohl sie bereits bei dem Versuch, Moskau im Frontalstoß einzunehmen, das Schicksal Napoleons ereilt hatte, brachte erst die Stalingrader Schlacht vom 23. August 1942 bis zum 2. Februar 1943 die kriegsentscheidende Wende.

Als die Westalliierten, die sich zuvor auf die massive Bombardierung deutscher Großstädte beschränkt hatten, schließlich in der Normandie landeten, befanden sich die kampfstärksten Verbände der dezimierten faschistischen Wehrmacht fast ausnahmslos an der „Ostfront“. Damit soll der Beitrag der Angehörigen westalliierten Armeen, die ihr Blut im Kampf gegen Nazi-Deutschland vergossen, in keiner Weise geschmälert werden. Doch es gab – aus marxistischer Sicht – einen fundamentalen Unterschied: Während alle beteiligten Armeen als Befreier vom Faschismus zu würdigen sind, öffnete allein die Rote Armee der Sowjetunion den Völkern der durch sie befreiten Territorien, also auch den Menschen in Ostdeutschland, zugleich die Tore zu ihrer sozialen Befreiung vom Kapitalismus. Damit wurden die antifaschistisch-demokratischen und sozialistisch-kommunistischen Kräfte der sowjetischen Besatzungszone in die Lage

versetzt, mehr als vier Jahrzehnte in einem Drittel Deutschlands ein ausbeutungsfreies Gesellschaftssystem aufzubauen. Für diese doppelte Befreiungstat gebührt den Rotarmisten unser besonderer Dank. Richard von Weizsäcker, der im Unterschied zu eher kleinkalibrigen Amtsträgern der BRD ein bedeutender bürgerlicher Staatsmann war, hat den 8. Mai in seiner historischen Rede 1985 als Tag der Befreiung bezeichnet. Jetzt versuchen all jene, welche einst über ihn herfielen, Weizäckers Rede für sich zu vereinnahmen. Der Versuch, sich in den „Mantel der Geschichte“ zu hüllen, wirkt nicht weniger kläglich als Merkels Zurückweisung der Moskauer Einladung.

Vor 70 Jahren erlöste uns die Rote Armee der Russen und ihrer Brudervölker von Deutschlands Verderbern. Heute sehen wir uns einer Situation gegenüber, die einmal mehr von der Kriegsdrohung rabiater Kreise der NATO gegen Rußland überschattet wird. Da gilt es, die Befreier von 1945 gegen die alten und neuen Russen-Hasser zu verteidigen.

Unser solidarischer Gruß kommt aus jener Karlshorster Straße, die zu DDR-Zeiten den Namen Fritz Schmenkels trug. Er war ein deutscher Kommunist, der in den Reihen sowjetischer Partisanen auf belorussischem Boden kämpfte. Die Hitlerokkupanten haben ihn in Minsk ermordet. Natürlich wurde auch unsere Straße nach dem Anschluß der DDR an die BRD umbenannt. Doch das Vermächtnis des einstigen Namensgebers lebt wie die Erinnerung an die Großtat der Befreier in uns fort.

Nr. 208, Mai 2015

Der gemeinsame Nenner

In mehr als 66jähriger Zugehörigkeit zur kommunistischen Bewegung habe ich gelernt: Wer Prinzipienfestigkeit mit sektiererischer Enge und Einigelung im eigenen Bau verwechselt und unfähig ist, das weitgespannte politische Spektrum in all seinen Nuancen zu erfassen, isoliert sich selbst. Vor allem muß man lernen, Dinge, die völlig unterschiedlicher Natur sind, nicht in ein und denselben Topf zu werfen. Bundesgenossen, mit denen man in wichtigen, aber keineswegs allen Fragen übereinstimmt, sollte man weder überfordern noch für sich vereinnahmen wollen. Es gibt entschlossene Kämpfer, die den ganzen Weg mit uns zu gehen bereit sind, aber auch ehrenhafte Menschen, die nur ein Teilstück gemeinsam zurücklegen wollen. Schließlich begegnen wir redlichen Andersdenkenden, die keineswegs dem Lager unserer Feinde zuzuordnen sind.

Die Marxisten unter uns haben im Sinne des Dreigestirns der Klassiker das Ziel eindeutig definiert: Ihnen geht es um die revolutionäre Überwindung des auf kapitalistischer Ausbeutung beruhenden „Wertesystems“ der Bourgeoisie, wobei sie sich von den gesellschaftlichen Realitäten, nicht aber von Wunschträumen leiten lassen.

In der DDR wurden nicht selten recht kleine Brötchen gebacken, aber eines vermag ihr niemand abzusprechen: daß sie dem Kapital und dessen Erfüllungsgehilfen vier Jahrzehnte lang in einem Drittel Deutschlands die politische Macht und das ausbeuterische Eigentum auf revolutionärem Wege

entzogen hat. Das war der Kern aller ihrer Errungenschaften. Zugleich aber stand dieses kleine, großartige Land für den Frieden in Europa und der Welt. Das war sein Markenzeichen Nr. 1. Nach dem Wegfall des Warschauer Vertragssystems sehen wir uns der latenten Gefahr eines dritten Weltkrieges gegenüber. Dabei gibt es zwei Gegenpole: den NATO-Kriegspakt mit den USA im Zentrum und das wieder zur Weltmacht aufgestiegene, zwar nicht mehr sozialistische, aber dem Imperialismus die Zähne zeigende Rußland, das heute so bedeutende Staatsmänner wie Putin und Lawrow würdig repräsentieren. Die Tatsache, daß nüchterne Planer in Washington die neue Weltmacht China mit ihrer Milliardenbevölkerung als Gegenkraft und möglichen Verbündeten Rußlands im Falle eines militärischen Konflikts in ihre strategischen Kalkulationen einbeziehen müssen, könnte zur Abkühlung überhitzter Gemüter beitragen. Die Anwesenheit des chinesischen Partei- und Staatschefs Xi Jinping und die demonstrative Teilnahme eines Kontingents der Volksbefreiungsarmee des Riesenlandes an der Freunde wie Feinde frappierenden Militärparade in Moskau zum Tag des Sieges waren ein Akt von höchster Bedeutung.

Heute brennt die Welt an allen Ecken und Enden. Besonders die Region des Nahen und Mittleren Ostens wird von einem Blutbad in das nächste gestürzt und ohne Unterlaß destabilisiert. Der Imperialismus hat in Gestalt des pseudoreligiösen Fanatismus von der Art des dem Zauberlehrling gleichenden

IS einen neuen Faktor extremer Friedensgefährdung hervorgebracht. Teile Zentralasiens und Afrikas, aber auch Regionen Europas erleben Orgien brutalster Gewalt. Unter diesen Bedingungen ist die Wiederherstellung oder Behauptung des Friedens die wichtigste aller Fragen. Die Stärkung der weitgefächerten Bewegung zu seiner Verteidigung besitzt dabei Bedeutung. Es handelt sich keineswegs, wie einige offenbar voraussetzen, um eine Allianz ausschließlich linker Kräfte. Kommunisten und Sozialisten sind deshalb die konsequentesten Kämpfer in ihren Reihen, weil sie hinter die Kulissen der Kriegemacher zu blicken und die Verursacher des Blutvergießens beim Namen zu nennen vermögen. Wer aber die Friedensbewegung – die breiteste und vielschichtigste Kraft zur Rettung der Menschheit – für sich vereinnahmen oder auf Ziele orientieren will, die weit über deren selbstgewählten Rahmen hinausgehen, verprellt nicht nur potentielle Verbündete, sondern sägt auch am eigenen Ast. Um es offen zu sagen: Wir müssen bereit sein, in der Allianz gegen den Krieg Menschen und Strömungen neben uns zu akzeptieren, die – wie beispielsweise „Friedenswinter“, den manche zu undifferenziert betrachten –, nicht aus der traditionellen Antikriegsbewegung hervorgegangen sind. Daß wir

dabei nicht auf Leute wie Jürgen Elsässer abheben, versteht sich von selbst. Übrigens liegt es auf der Hand, daß professionelle „Fischer“ ihre Netze auch unter Friedensfreunden ausgeworfen haben dürften.

Jene aber, welche glauben, sie könnten die Spannweite der Friedenstaube dadurch ausdehnen, daß sie ihr rote Flügel verleihen, erreichen das Gegenteil des von ihnen Angestrebten und landen im politischen Ghetto. Man darf die Bewegung gegen den Krieg, um deren maximale Einheit gerungen werden muß, weil mehrere parallele Strömungen mit gleicher oder ähnlicher Zielsetzung stets weniger als eine sind, nicht mit der revolutionären Arbeiterbewegung oder der politischen Linken verwechseln, wobei Faschisten der Kampf angesagt werden muß.

Nach dem frühen Tod der Mutter bin ich bei meinem Vater aufgewachsen. Er gehörte von 1950 bis zu seinem Lebensende im Mai 1980 dem zunächst von Frédéric Joliot-Curie und später durch Romesh Chandra geleiteten Weltfriedensrat an. Von ihm weiß ich, daß Marxisten immer ein weites Herz für Menschen besitzen sollten, mit denen sie in *erstrangigen* Fragen übereinstimmen.

Nr. 209, Juni 2015

Zur Mär vom „russischen Imperialismus“

Als Kanzlerin Merkel ihre Absicht bekanntgab, nur einen Tag nach der Siegesparade der sich zu den Traditionen der Sowjetarmee bekennenden russischen Streitkräfte nach Moskau zu reisen, um der Millionen Gefallener zu gedenken, sprachen manche von einer Mutprobe. Immerhin habe sich die in der DDR sozialisierte und später zur BRD-Regierungschefin aufgestiegene Politikerin im Unterschied zu ihren Amtskollegen in den anderen NATO-Staaten nicht weggeduckt, meinten ihr wohlgesonnene Kommentatoren. Doch die Besitzerin der vielen Jacken hatte diesmal nicht die Farbe gewechselt. Nach dem offiziellen Protokoll am Grabmal des Unbekannten Soldaten verlas sie im Beisein Wladimir Putins den ihr aufgegebenen Text in routinierter Holprigkeit, ohne auch nur eine Miene zu verziehen. Doch bei einem Wort, dessen Benutzung der Russisch-Olympiade-Gewinnerin offenbar als Preis für die Genehmigung ihrer Extratour abverlangt worden war, zögerte Angela Merkel sekundenlang. Dann bezichtigte sie Rußland, sich durch eine „verbrecherische Annexion“ die Krim einverleibt zu haben. Merkels Äußerung erfüllt den Straftatbestand der Verleumdung. Denn bekanntlich erfolgte der Beitritt des urrussischen Gebiets, das der vormalige 1. Sekretär des ZK der KP der Ukraine Nikita Chruschtschow 1954 ohne triftigen Grund seiner Heimat zugeschlagen hatte, durch ein dem Völkerrecht entsprechendes Referendum. Doch nicht nur Spitzenpolitiker ausgewiesener aggressiver und an der Seite der USA operierender NATO-Staaten vom Charakter der BRD unterstellen heute dem Rußland Putins und Lawrows imperialistische Attitüden. Auch ehrenhafte Linke berufen sich auf Lenin, um ihre These zu stützen, das heutige Rußland sei trotz der von Moskau verfolgten Politik

des Friedens und der Entspannung ein imperialistischer Staat. Dabei lassen sie sich vor allem von der Tatsache leiten, daß unter dem nach Gorbatschows Scheitern ans Ruder gelangten Koma-Säufer Jelzin große Teile der sowjetischen Wirtschaft einem raffgierigen Clan bald zu Oligarchen aufsteigender Räuber des Volkseigentums ausgeliefert worden sind. Sie, die zuvor nicht selten selbst sowjetische Wirtschaftskapitäne gewesen waren, rissen nicht nur Filetstücke der Industrie, vor allem rohstoffergeugende Betriebe an sich, sondern leiteten mit Hilfe Jelzins und seiner Kumpane auch die konterrevolutionäre Wiederherstellung kapitalistischer Macht- und Eigentumsverhältnisse ein. Dabei verblieb die größere Hälfte der Betriebe in Staatshand. Doch dieser verlauste Kompradorenkapitalismus, dem Putin bereits erste Grenzen zu setzen versuchte, dürfte wohl kaum die durch Lenin als „höchstes Stadium des Kapitalismus“ bezeichnete imperialistische Entwicklungsstufe verkörpern. Die komplizierte Dialektik der Situation besteht gerade darin, daß das heutige Rußland zwar nicht sozialistisch ist, unter Putin aber in außen- und sicherheitspolitischer Hinsicht das derzeit entscheidende Hindernis zur Verwirklichung der Welt herrschaftspläne der USA darstellt.

Übrigens sind auch jene nicht gut beraten, welche das ebenfalls nicht sozialistische China, wo kapitalistisches Eigentum bekanntlich keine geringe Rolle spielt, als imperialistischen Staat bezeichnen. Die sich potentiell herausbildende strategische Allianz Rußlands mit weiteren ehemaligen Sowjetrepubliken, aber vor allem auch mit China, könnte das entscheidende Widerstandszentrum werden, das den Untergang großer Teile der Menschheit in einem 3.

Weltkrieg abzuwenden vermag. Dabei sollte man keineswegs die Haltung anderer BRICS-Staaten – nicht zuletzt Indiens – vergessen, dessen Soldaten bei der grandiosen Parade am 9. Mai ebenso wie Kontingente der chinesischen Volksbefreiungsarmee, serbische, mongolische, belorussische, kasachische, armenische, aserbajdschanische, tadschikische und kirgisische Einheiten über den Roten Platz defilierten. Nicht unerwähnt lassen darf man in diesem Zusammenhang, daß die Formationen der russischen Teilstreitkräfte unter den blau-weiß-roten Nationalfarben wie den roten Truppenfahnen mit Hammer und Sichel aus sowjetischen

Tagen an der Ehrentribüne vorbeizogen. Eine Tatsache, die für einen „imperialistischen Staat“ doch wohl nicht alltäglich sein dürfte! Viele Male habe ich seit den 50er Jahren auf dem weiten Areal mit Lenins Mausoleum gestanden und an der Kremllmauer so manches Helden der Arbeiterbewegung gedacht. Dem folgten lange Jahre des Schmerzes um das dort wie bei uns Verlorene. Am 9. Mai aber gab es gute Gründe, frei von Illusionen wieder neuen Mut zu fassen. Frau Merckels skandalöser Auftritt in der Stadt an der Moskwa ist da nur Staub im Wind der Geschichte. *Nr. 210, Juli 2015*

Über kleine und große Bäume

Der kaiserlich-preußische Staatshistoriker Heinrich von Treitschke schrieb so manches längst in Vergessenheit Geratene. Doch an einem Satz aus seiner Feder reiben sich noch heute nicht grundlos all jene, welche den historischen und dialektischen Materialismus verinnerlicht haben. Er lautet: „Männer machen Geschichte.“ Nun mag man nicht grundlos den Einwand erheben, ich sei bei diesem Thema nicht gerade als Polemiker prädestiniert, erschien doch mein 1983 erstmals in Massenaufgaben im Verlag Neues Leben herausgekommener Augenzeugenbericht vom Prozeß gegen Angela Davis Jahrzehnte später im selben Verlag unter dem eher irreführenden Titel „Eine Frau schreibt Geschichte“. Wohl unbeabsichtigt, hatte mich die renommierte Eulenspiegel-Verlagsgruppe dadurch mit Treitschke de facto auf eine Stufe gestellt. Mein Vorschlag, den die Protagonistin des seinerzeitigen Geschehens im kalifornischen San Jose kannte und billigte, hatte gelaute „Wie Angela Davis gerettet wurde“. Als wir uns 2010 dann in Berlin trafen, fragte mich Angela erstaunt, wie es denn zu dieser Änderung gekommen sei. Natürlich geht es hier nicht um Wortklauberei, sondern um eine inhaltliche Frage von hoher theoretischer und praktischer Relevanz: die Rolle der Persönlichkeit im historischen Prozeß. „Machen“ oder „schreiben“ einzelne die Geschichte, oder sind die unter konkreten Bedingungen Einfluß erlangenden sozialen Kräfte – Marxisten sprechen von Klassen und Schichten – vielmehr der bestimmende Faktor? Bei der Beantwortung dieser Frage sollte man jede Einseitigkeit oder undialektische Überhöhung der Rolle der Massen ebenso vermeiden wie die Verabsolutierung des bisweilen außergewöhnlichen Einflusses einzelner Personen oder Personengruppen. Ohne Zweifel besitzen herausragende Persönlichkeiten, die sich den Zeichen der Zeit nicht verschließen und den objektiven Erfordernissen wie dem subjektiven Willen maßgeblicher Kräfte der Gesellschaft Rechnung tragen, ein spezifisches Gewicht. Das gilt übrigens nicht nur in positiver, sondern natürlich auch in die Entwicklung zeitweilig hemmender negativer Hinsicht. Was unsere „Seite der Barrikade“ – den Kampf gegen geistige Enge und politische Reaktion, für menscheitsbefreiende revolutionäre Ziele – betrifft, so fehlt es wohl nicht an inspirierenden Vorbildern. Fragen wir direkt: Welche Rolle haben Marx und Engels mit dem Kommunistischen Manifest

bei der Durchbrechung der geistigen Finsternis im kapitalistisch-imperialistischen Zeitalter gespielt? Wie wäre die russische Oktoberrevolution ohne Lenin verlaufen, und wie wurde – im konträren Sinne – sein Vermächtnis durch Gorbatschow und Jelzin in den Schmutz getreten? Oder auch: Was wäre das heutige Rußland ohne das sein Profil prägende politische Format eines Wladimir Putin? Gerade in Momenten und Phasen äußerster Belastung und höchster Gefahr bedarf es politisch gebildeter, ideologisch gefestigter, in Strategie und Taktik erfahrener, kaltblütiger und zugleich warmherziger, vor allem aber volksnaher Führer. Denken wir nur an Kuba. Als die UdSSR und die sozialistischen Staaten Europas buchstäblich „den Bach hinuntergingen“, gaben bürgerliche Politologen und andere Kaffeesatzleser der fast über Nacht allein gelassenen sozialistischen Karibikinsel keine zwei Monate mehr. Doch eine tief im Volk verwurzelte revolutionäre Partei wurde in dieser Situation durch einen Fidel Castro geführt. Mit ihm an der Spitze zerfielen die Prognosen der Gegner Kubas zu Staub. Kann man sich die grandiosen Siege Vietnams ohne Hô Chi Minh und seine Genossen vorstellen? Oder denken wir an Nelson Mandela, den Freiheitshelden vom Kap der Guten Hoffnung, der seinen unterdrückten schwarzen Landsleuten die Tore aufstieß? Viele andere Persönlichkeiten müßten hier Erwähnung finden: Martin Luther King und Kongos Patrice Lumumba oder auch Che Guevara und Angela Davis. Sie gingen schon zu ihren Lebzeiten als Vorbilder von Millionen Menschen in die Geschichte ein. Fünf heiße und kampferfüllte Jahre habe ich zwischen 1974 und 1979 als Chronist und Mitstreiter im Portugal der Nelkenrevolution den Generalsekretär des Partido Comunista Português Álvaro Cunhal viele Male hautnah erleben dürfen. Der am höchsten benotete Jura-Absolvent einer Universität seines Landes, Verfasser bedeutender theoretischer Werke und fesselnder Romane (Pseudonym: Manuel Tiago), zugleich aber auch ein hochtalentierter Grafiker verstand sich gleichermaßen auf die Kunst des entschlossenen Vormarsches wie des besonnenen Rückzugs. Seiner außergewöhnlichen strategischen Begabung und seinem taktischen Können verdankt die nach wie vor als marxistisch-leninistische Massenpartei intakte PCP, daß sie in der Stunde des Sieges der Konterrevolution ihr Pulver trocken zuhalten und ihre Kader

zu schützen vermochte. Manches Mal habe ich in den finsternen Zeiten des Kohlschen Triumphgebrülls und der tiefsten Not unserer dem Ansturm des Gegners recht widerstandstolos preisgegebenen Heimat DDR im tiefsten Inneren gedacht: Hätten wir doch nur einen Castro, einen Hô Chi Minh oder einen Cunhal! Doch kommunistische Führer solchen Formats sind leider rar.

Am Beginn dieser Zeilen habe ich mich gegen die irreführende These, Männer oder Frauen machten oder schrieben Geschichte, gewandt. Und ich bleibe bei unserer Position von der Dialektik der Rolle der Massen und des spezifischen Gewichts von Persönlichkeiten hohen Kalibers. Ja, auf das Kaliber kommt es eben an. *Nr. 211, August 2015*

Faschisten im Europaparlament

Nur Monate nach dem im November 1989 durch die Außenminister der Staaten des Europarates gefaßten Beschluß, Kontakt zur DDR aufzunehmen, stattete dessen Generalsekretärin Catherine Lalumière dem bereits auf verlorenem Posten stehenden zweiten deutschen Staat einen kurzen Besuch ab. Die Visite fand zu einer Zeit statt, in der bekanntgeworden war, daß Frankreichs Präsident François Mitterrand, die britische Premierministerin Margaret Thatcher und der italienische Außenminister Giulio Andreotti angesichts der sich abzeichnenden Vereinnahmung der DDR durch die BRD ernste Bedenken gegen das damit potentiell verbundene Wiedererstehen Großdeutschlands geäußert hatten.

Damals noch Leiter der Sektion Kapitalistische Länder in der außenpolitischen Redaktion des alten ND, wurde ich mit der Berichterstattung über die Begegnung des letzten authentischen DDR-Regierungschefs mit Madame Lalumière beauftragt. Hans Modrow, später selbst Europaabgeordneter der PDS, begleitete die Politikerin nach Cecilienhof, der Gedenkstätte des Potsdamer Abkommens. Dort ergab es sich, daß ich von der Generalsekretärin des Europarats nach Strasbourg eingeladen wurde. Mir sollte Gelegenheit gegeben werden, mich mit der Arbeitsweise hier angesiedelter Institutionen – vor allem des Europaparlaments – vertraut zu machen. Mandatsträger unterschiedlicher politischer Richtungen seien zu Gesprächen mit einem Journalisten aus der DDR bereit. Ohne auch nur im geringsten ahnen zu können, daß ich 2014 selbst einmal auf der Liste der DKP für das Europaparlament kandidieren würde, hatte ich in Strasbourg eine Reihe sehr aufschlußreicher Begegnungen. Am meisten beeindruckte mich die Ex-Präsidentin des Europaparlaments und mehrmalige französische Ministerin Simone Veil. Als ich die Résistance-Kämpferin, die Auschwitz und Bergen-Belsen überlebt hatte, um ihre Meinung zur Bonner Strategie der „deutschen Wiedervereinigung“ bat, bestand deren Antwort aus drei Worten: „Horreur, monsieur, horreur!“ („Horror, Monsieur, Horror!“)

An diese Worte erinnerte mich ein Vorgang, der sich im Juni 2015 an gleicher Stelle zutrug: die Formierung einer faschistischen Fraktion im Europaparlament. Die Gruppierung wird von der bereits ihren Einzug in den Pariser Elysee-Palast anvisierenden Marine Le Pen, Vorsitzende des Auschwitz leugnenden rechtsradikalen französischen Zusammenschlusses Front National, und Geert Wilders – Hollands Ausländerhasser Nr. 1 – angeführt. Schon seit mehreren Wahlperioden sah man in Strasbourg Abgeordnete einer ganzen Reihe faschistischer und faschistoider Parteien aus Ungarn, Polen, Österreich,

Griechenland, Finnland, Dänemark und weiteren Staaten, zu denen sich im Mai 2014 eine starke Gruppe prononciert Rechter von der die Tories bei den Europawahlen weit in den Schatten stellenden britischen UKIP gesellte. Graduelle Unterschiede und interne Differenzen erschweren es bis heute, alle Mandatsträger aus Formationen dieser Grundorientierung unter einen Hut zu bringen.

In Gaucks und Merkels neuem Großdeutschland, das die mutigen und stolzen Griechen am Nasenring vorzuführen bestrebt ist, begnügen sich solche Kräfte schon längst nicht mehr mit dem „rechten Rand“. Sie haben sich auch in Zentren der politischen Willensbildung wie der Regierungspartei CSU etabliert. Die Vorgänge auf dem Essener Parteitag der Allianz für Deutschland (AfD), der mit einer eklatanten Niederlage des „rechtskonservativ-wirtschaftsliberalen“ Flügels um Henkel und Lucke sowie dem Triumph der Pegida-Anhängerschaft endete, widerspiegelten die Neuformierung des teils noch getarnt, teils bereits unmaskiert agierenden neuen deutschen Faschismus.

Angesichts dieser wie ein Damoklesschwert über uns schwebenden Gefahr muß jede Bagatellisierung des Geschehens entschieden zurückgewiesen werden. Das betrifft nicht zuletzt die Sprache. Im Gleichklang bedienen sich die tonangebenden Medien und entsprechende politische Kräfte, aber auch nur deren Wortschöpfungen aufgreifende Blätter und Parteien anderen Zuschnitts des Begriffs „Rechtspopulismus“. Dabei handelt es sich um Irreführung pur. Populisten sind Personen oder Gruppierungen, die dem „Volk“ – in der Regel aus demagogischen Beweggründen – nach dem Munde reden. Auch die Hinzufügung des Wortes rechts sorgt hier nicht für Klarheit. Das gleichgeschaltete Gerede vom „Rechtspopulismus“ verschleiert nur das Wesen der Dinge: die Aushöhlung und Unterwanderung der bürgerlichen Demokratie mit dem Ziel ihrer Zerstörung.

Ideologische Nebelwerfer dieser Art waren übrigens bereits in den 20er und 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts im Einsatz: Um Hunderttausende deutsche Proletarier in die Totschlägerbanden der SA zu locken, tarnte sich Hitlers NSDAP mit einem „rechtspopulistischen“ Namen: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

„Avante!“, die Wochenzeitung der portugiesischen Kommunisten, kommentierte die in Teilen Europas entstandene bedrohliche Situation mit den Worten: „Einmal mehr in der Geschichte erleben wir die Schaffung einer politischen Reserve als Antwort der herrschenden Klassen, die ihr Regiment in

Zeiten der Krise durch Terror sichern wollen. Höhepunkt des Rechtsrucks im Europaparlament ist die Favorisierung der durch einen Putsch ans Ruder gekommenen rechtsextremen Kräfte der Ukraine durch die Mehrheit der Abgeordneten.“ Angesichts des dargestellten Geschehens sollten wir in der Benennung der Akteure und ihrer Ziele nicht zögerlich sein.

Zur Abwehr der faschistischen Attacke müssen auch die Mittel der Sprache als Waffe eingesetzt werden. Jede verbale Verharmlosung einer Gefahr schmälert die Kampfbereitschaft jener, welche sich ihr entgegenzustellen bereit sind.

Nr. 212, September 2015

Kein Anschluß unter dieser Nummer

Um gleich mit der Tür ins Haus zu fallen: Beim Thema „Anschluß“, das ja in diesem Monat wahre Kapriolen schlägt, kenne ich mich ein wenig aus. Gleich zweimal habe ich solche Situationen erlebt: 1933 wurde mein Vater, der spätere Völkerrechtler Peter Alfons Steiniger, wegen seines Einsatzes für die Rote Hilfe aus der Reichsanwaltskammer ausgeschlossen. 1935 folgte dieser Repressalie die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit, was auch für mich galt. Im selben Jahr verlieh uns die Tschechoslowakei die Rechte ihrer Staatsbürger. Doch die Freude über diesen temporären Schutz war nicht von langer Dauer: Dem Münchner Abkommen von 1938 folgten schon bald der Anschluß des Sudetengebiets und der deutsch-faschistische Einmarsch in das südöstliche Nachbarland. Aus einem durch Großbritannien und Frankreich preisgegebenen souveränen europäischen Staat wurde Hitlers, Himmlers und Heidrichs „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“, wobei man die Slowakei in einen pro forma „unabhängigen“ Satellitenstaat Nazideutschlands verwandelte.

Das zweite Mal verlor ich meine Staatsbürgerrechte durch den Anschluß der DDR an die BRD. Der beste Staat in der deutschen Geschichte wurde durch den selbsterklärten Nachfolgestaat des 3. Reiches annektiert. Wie später über die Griechen fiel damals die Treu und Glauben ächtende Treuhand der Kohl-Schäuble-Regierung über den deutschen Osten her, um das leider recht ungeschützte und nicht hinreichend im Bewußtsein der Massen verankerte Volkseigentum kapitalistischen Schnäppchenjägern in die Hände zu spielen oder gleich zu liquidieren.

Der zweite Anschluß war für mich noch schmerzlicher als der erste, den ich als Kind erlebt hatte, obwohl auch dieser diskriminierende Maßnahmen zur Folge hatte.

Doch es gibt gute Gründe, auf die Annexion der DDR am 3. Oktober 1990 – Monate zuvor war sie bereits wirtschaftlich und finanziell der BRD angeschlossen worden – mit nur einem Satz zu antworten: Kein Anschluß unter dieser Nummer! Dabei sind wir natürlich weder lebensfremde Träumer noch Erbauer vom eigenen Willen entworfenen Wolkenkuckucksheime, die ihre Wünsche mit den politischen Realitäten verwechseln. Ohne Zweifel hat die staatliche Existenz der DDR durch eine deren Untergang betreibende letzte Volkskammer-Mehrheit und Kohls Bonner Regie Anfang Oktober 1990 ihr Ende gefunden. Dazu trugen innere wie äußere Faktoren gleichermaßen bei: Da gab es – erstens – den enormen politisch-ökonomischen Druck des mit Washington aufs engste liierten und in der NATO tonangebenden reicheren Staates der deutschen Kapitalisten. Dieser traf – zweitens – mit dem

Untergang einer sich im Verlauf von Jahrzehnten sukzessive zersetzenden Sowjetunion sowie dem Finale des RGW und des Warschauer Paktes zusammen. Hinzu kam – drittens – ein subjektiver Faktor, der für die DDR nicht ungünstiger hätte sein können: Sie war in der Stunde der größten Not nahezu führerlos. Während der erste Mann im Staate und der Partei – er bewies später vor dem Gericht seiner Feinde ein hohes Maß an Würde – schwerstens erkrankt und dann frisch operiert war, hatte man überdies auch noch weitere DDR-Spitzenpolitiker entweder in Urlaub oder ins Ausland geschickt. Die führungsmäßig nahezu verwaiste Partei aber wurde in dieser Krise auf Tod und Leben einem Günter Mittag anvertraut. Und an der Spitze der in jenen Tagen entscheidenden Berliner Parteiorganisation stand der spätere Grenztoröffner Günter Schabowski.

Der Untergang der DDR und ihre darauf folgende Einverleibung in den imperialistischen deutschen Staat waren nicht nur die schwerste Niederlage der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, sondern auch ein Schlag gegen alle Friedenskräfte zwischen Oder und Rhein.

Schon vor 15 Jahren haben wir die Vorgeschichte des fälschlicherweise als „Wiedervereinigung Deutschlands“ dargestellten Geschehens nach dem 18. März 1990 im RF als Konterrevolution bezeichnet. Eine vier Jahrzehnte bestehende fortgeschrittenere Gesellschaftsformation wurde durch eine historisch bereits überholte Ordnung „ersetzt“. An negativen Wendepunkten hat es im Verlauf der Menschheitsgeschichte nicht gefehlt – doch die Zerstörung der Saat des Roten Oktober und nahezu aller mit der UdSSR verbunden gewesener sozialistischer Staaten Europas und Asiens war der bisher heftigste Rückschlag. Als wir die DDR – ebenfalls im RF – schon vor etlichen Jahren als „größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ bezeichneten, führte uns nicht lebensferner Hochmut die Feder. Die Tatsache, daß im östlichen Drittel Deutschlands dem Kapital für die Dauer von vier Jahrzehnten dessen der Ausbeutung dienendes Eigentum an den Produktionsmitteln und die politische Macht entzogen wurden, rechtfertigt diesen Superlativ. Man sollte Schätze der Vergangenheit nicht deshalb kleiner zu machen bestrebt sein, weil es den Gegnern des Neuen gelungen ist, zeitweiligen Siegern Errungenes wieder zu entreißen. Geschichtliche Prozesse sind stets nüchtern und realistisch zu bewerten. So gab es zum Beispiel in der UdSSR und in der DDR Politiker, die der Illusion erlagen, lebende Generationen würden schon den Kommunismus erfahren. Inzwischen wissen wir, daß ein vollständiger Formationswechsel – beispielsweise vom Feudalismus zum Kapitalis-

mus – bisher Jahrhunderte in Anspruch genommen hat und noch nicht einmal abgeschlossen ist. Mit dem Kapitalismus ist deshalb weniger Zeit zu verlieren, weil er die Menschheit durch seine Kriege dem Untergang entgegentreibt. Doch subjektivistisches Forcieren-Wollen geschichtlicher Prozesse bei Fehlen der notwendigen objektiven wie subjektiven Voraussetzungen ist wie ein Ruf in der Wüste. Genausowenig hat es mit politischer Strategie zu tun, sich bietende revolutionäre Chancen nicht zu nutzen.

Für uns, die wir auf der linken Seite der Barrikade des Klassenkampfes stehen, gibt es keinen Grund, sich ins Bockshorn jagen zu lassen und die Fahne einzurollen. Wir alle kennen das Wort: Totgesagte leben länger.

Mögen sie ihre Feste aus Anlaß der Einverleibung der DDR und der Ausweitung des NATO-Diktats auf ganz Deutschland feiern. Für uns bleibt es dabei: Wir kriechen weder heute noch morgen unter die Schwingen ihres Bundesadlers. Den in der BRD und leider auch schon in fast ganz Europa den Ton angehenden deutschen Imperialisten um Gauck und Merkel aber sei gesagt: Wir stehen ungeachtet des Debakels von 1989/90 sowie in Kenntnis von Licht und Schatten unserer eigenen Geschichte zu 40 Jahren DDR, wobei wir zugleich auch alle Taten jener mit dem gleichen Respekt zu würdigen wissen, welche in der alten BRD und in Westberlin für die gute Sache einstanden.

Nr. 213, Oktober 2015

Ist Kuba in Gefahr?

Die Stimme des Mittachtzigers aus Erfurt – eines ehemals hochrangigen Offiziers der DDR-Luftstreitkräfte – bebte vor Erregung und Zorn: „Im Fernsehen haben sie gerade das Aufziehen des Sternenbanners am USA-Botschaftsgebäude in Havanna durch Obamas Außenminister Kerry gezeigt. Ist das nicht der Anfang vom Ende?“

Ich antwortete mit einer Gegenfrage: „Kuba ist 1990 nicht in die Knie gegangen, warum sollte es jetzt kapitulieren?“ Außenminister Bruno Rodríguez habe nur wenige Tage zuvor die Flagge seines Landes am Mast der kubanischen Botschaft in Washington gehißt, fügte ich hinzu. So etwas gehöre bei normalen zwischenstaatlichen Beziehungen zum diplomatischen Protokoll.

Eine eigene Kuba-Reise sehr besonderer Art kam mir unwillkürlich in den Sinn: Wir erlebten das karibische Freundesland in einer der riskantesten Phasen seiner bewegten Geschichte: Als „Sonderperiode“ bezeichnete Fidel Castro jene extrem schwere Zeit nach dem sang- und klanglosen Untergang der UdSSR und der sozialistischen Staaten Europas. Damals stand Kuba buchstäblich über Nacht allein im Regen. Alle Unken der Welt prophezeiten seinen baldigen Untergang, zumindest aber die Unvermeidlichkeit einer politischen Kapitulation vor den triumphierenden Feinden in Washington. Doch aus den „Wochen oder Monaten“, die gewisse Politologen dem roten Inselstaat noch gaben, wurden 25 schwere, an etlichen Abschnitten auch durchaus erfolgreiche Jahre.

Ohne Zweifel machen sich nicht wenige Freunde Kubas berechtigte Sorgen um das von manchen befürchtete Erlöschen des Leuchtfuers einer siegreichen sozialistischen Revolution.

„Nach 55 Jahren des Embargos schmilzt das Eis in den Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten. Die Erwärmung müßte Havanna den erforderlichen Handlungsspielraum verschaffen, seine Wirtschaft zum eigenen Vorteil entwickeln zu können. Dabei geht es zugleich um die Frage, welche Auswirkungen das auf die Errungenschaften der kubanischen Revolution haben könnte“, schrieb Katrien Demuyneck – eine intime Kennerin der Region und langjährige Organisatorin zahlreicher Hilfsaktionen für Kuba – in der belgischen Monatszeitschrift „Solidaire“. „Während der fast fünfeinhalb Jahrzehnte haben die USA versucht, Kuba auf diplomatischer Ebene zu isolieren und wirtschaftlich zu erdrosseln – ein Ziel, „das die Europäische Union 1996 sogar

in den ersten Satz ihrer Gemeinsamen Position aufnahm.“ US-Präsident Obama hat unterdessen die Erfolglosigkeit dieser Variante der amerikanischen Kuba-Politik eingestanden. Auch aus Kreisen der EU läßt sich ähnliches vernehmen.

Die Entscheidung Washingtons, die Taktik gegenüber Kuba zu ändern, sei in erster Linie durch eine Serie von Niederlagen der amerikanischen Embargo-Politik motiviert, urteilt „Solidaire“. Drohungen, Sanktionen, Sabotage, Aggressionen und Invasionen, die 1961 in der Landung an Kubas Schweinebucht gipfelten, bescherten den USA keine Erfolge. Auch immer neue Versuche der CIA, Fidel Castro zu ermorden, konnten von den kubanischen Sicherheitsorganen vereitelt werden. Eine britische Dokumentation listete 638 (!) geplante Anschläge auf.

Die Entscheidung Obamas, Washingtons Kurs gegenüber Kuba zu ändern, ist ohne Zweifel ein Sieg der 11 Millionen Bürger des Inselstaates. Alle Versuche der führenden imperialistischen Großmacht, Kuba als sozialistisches Land aus den Angeln zu heben, endeten mit einem Fiasko.

Doch man sollte davon ausgehen, daß die USA die Taktik geändert haben, ohne aber auch nur eines ihrer fundamentalen Ziele aufzugeben. Hinzu kommt, daß die vor der Revolution in ihre Zweitresidenzen nach Miami geflohenen superreichen Exilkubaner – sie machten etwa ein Prozent der Bevölkerung Kubas aus – auf ihre Rachegeleüste in keiner Weise verzichtet haben. Allerdings läßt die Mehrheit der jüngeren Florida-Exilanten inzwischen den Wunsch nach Normalisierung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der einstigen Heimat ihrer Eltern und Großeltern erkennen.

Übrigens sollte man die Tatsache nicht überschätzen, daß Präsident Obama am 14. April den USA-Kongreß von seiner Entscheidung unterrichtet hat, Kuba aus der Liste „den Terrorismus fördernder Staaten“ zu streichen. Abgesehen von der Unverfrorenheit, daß ausgerechnet die weltweit Terror und Terroristen auf den Schild hebende imperialistische Hauptmacht den sozialistischen Karibikstaat auf eine solche Liste zu setzen wagte, ist das als „El Bloqueo“ bekannte US-Embargo deshalb noch lange nicht aufgehoben worden, obwohl es international kaum mehr befolgt wird. Ist Kuba außer Gefahr?

Ohne Zweifel steht nicht nur die Generation von Fidel und Raúl, sondern auch die nächste Reihe ihnen folgender jüngerer Führer

um Diaz-Canel auf revolutionären und internationalistischen Positionen. In Havanna hat man nicht die Absicht, wertvolle Errungenschaften oder Erkenntnisse über Bord zu werfen. Die Kunst, der sich die Partei- und Staatsführung fortan bedienen muß, besteht darin, Bewährtes mit der veränderten innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Situation Kubas in Übereinstimmung zu bringen, um das Land unter Bedingungen einer bisher nicht gekannten Öffnung der Märkte und weiter anschwellender Touristenströme – nicht zuletzt aus den USA – auf Kurs zu halten. Zu beachten ist dabei die wesentlich leichtere Beeinflussbarkeit jüngerer und junger, also nicht mehr unmittelbar mit den früheren Etappen der kubanischen Revolution und deren Erfahrungen verbundener Menschen. So ist damit zu rechnen, daß die innere Reaktion weiteren Zulauf erhält.

Der Komplexität dieser Problematik ist sich die kubanische Spitze durchaus bewußt. Dabei stellt sie in Rechnung, daß sich Havannas Position in der Welt inzwischen stark verändert hat. Unterhielt Kuba Anfang der 90er Jahre nur zu wenigen Staaten vor allem des damaligen sozialistischen Lagers diplomatische Beziehungen, so gibt es heute wohl kaum eine Regierung, die auf solche Kontakte verzichten möchte. Das diplomatische Korps in Kubas Hauptstadt ist weit umfassender als in den meisten anderen Staaten. Und vor allem gehören zwei über Kernwaffen verfügende Großmächte – die ihrer Wirtschaftskraft nach weltweit führende Volksrepublik China und Putins Rußland – zu den

Freunden und Partnern der sozialistischen Insel in der Karibik. Doch nicht minder gravierend dürfte die Tatsache sein, daß sich Lateinamerika inzwischen aus einem „Hinterhof“ der USA in ein Zentrum des Widerstandes gegen den Imperialismus verwandelt hat. Kuba genießt den Respekt und die Sympathie der meisten Staaten des Subkontinents. In gewisser Weise nimmt diese Region mit ihren einflußreichen kommunistischen, sozialistischen und nationaldemokratischen Parteien sowie den in einigen Ländern regierenden linken Einheitsbewegungen inzwischen den einstigen Rang Europas ein, wo die revolutionären Kräfte derzeit überwiegend eher stagnieren. Vor allem Venezuela und Bolivien, aber auch Nikaragua und Ekuador, Uruguay, Brasilien und Argentinien verteidigen die Solidarität mit der „Insel der Freiheit“ als Teil ihrer eigenen Souveränität. Nicht zufällig gehört das Land Fidels und Raúl's einer ganzen Reihe antiimperialistisch orientierter regionaler Bündnisse an.

Übrigens: Wer hätte sich in jenen düsteren 90er Jahren der Niederlage wohl vorstellen können, daß 2015 ein dem sozialen Wohl der Schwachen und dem Frieden der Menschheit zugewandter lateinamerikanischer Papst in Havanna, Holguín und Santiago de Cuba mit dem Wohlwollen der Castros glanzvolle Messen abhalten würde, ohne den „Dissidenten“ die von ihnen erbetene Audienz zu gewähren! War es ein Zufall, daß Papst Franziskus, der in die USA weiterreiste, nur wenig später beim Weißen Haus im Kleinwagen vorfuhr? *Nr. 214, November 2015*

Schulterschuß heißt das Gebot

Wenn im folgenden ganz überwiegend von der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) die Rede sein wird, dann behalten wir bei der Akzentsetzung auf diese mit 2,2 Millionen Mitgliedern zweitgrößte deutsche Einzelgewerkschaft natürlich auch alle anderen solide Positionen vertretenden Gewerkschafter in verschiedenen Verbänden des DGB im Auge. Während der vergangenen Monate brachte die Tageszeitung „junge Welt“ wiederholt eine großformatige Annonce mit dem Porträt von Andreas Köhn, einem bekannten Funktionär der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft im Bezirk Berlin-Brandenburg. Unter dem Signum von ver.di traf er die Feststellung: „Diese Finanzkrise ist eine Systemkrise und kein Ausrutscher eines sonst funktionierenden Wirtschaftssystems. Es gibt nichts Sichereres als organisierte Solidarität.“

Derer bedarf es in der Tat mehr denn je, da der „dritte Partner“, der bei allen Tarifverhandlungen zwischen Vertretern der DGB-Gewerkschaften und der BRD-Unternehmerverbände bis zum März 1990 unsichtbar mit am Tisch gesessen hatte, durch den Untergang der DDR weggefallen ist. Dabei war ja der imaginäre „Dritte“ keineswegs eine raffiniert ausgeklügelte Erfindung der DDR-Propaganda, sondern im Westen begrifflich entstanden. Sozialdemokratische DGB-Funktionäre beschrieben damit eine durchaus reale Situation: die Tatsache nämlich, daß die sozialen Errungenschaften und politischen Machtpositionen der Arbeiter und Angestellten im Osten bei jeglichem Tauziehen um Löhne, Gehälter und allgemeine Arbeitsverhältnisse im Westen ein sehr spezifisches Gewicht besaßen. Sie übten indirekt Druck auf die

Unternehmerseite aus und stärkten den Gewerkschaftsvertretern so den Rücken.

Während von der DGB-Spitze und den Führungen bedeutender Einzelgewerkschaften mit Vorliebe die Tastatur der Klassenharmonie bedient wird, fehlt es auch nicht an echten Kontrahenten des Kapitals in gewerkschaftlichen Kreisen. So atmen z. B. Initiativen, Denksätze und Aktivitäten der Einfluß und Gewicht besitzenden Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) durchaus den Geist verantwortlichen Handelns im Interesse der Mitglieder. Eine gehörige Portion Courage bewies auch die Lokomotivführergewerkschaft GDL.

Doch der stärkste Impuls zu größerer Kampfbereitschaft geht zweifellos von ver.di aus, zu der auch gewerkschaftlich organisierte Journalisten und andere Zeitungsleute gehören. Von keiner Gliederung des DGB wurden so viele Streiks wie von ihr ausgerufen und durchgestanden. Die Arbeitsniederlegungen im Handel, bei der Post und im Kita-Bereich trafen außer der Gegenseite oftmals auch den Lebensnerv großer Teile der Bevölkerung und waren daher nicht besonders populär. Die erzielten Ergebnisse trugen in der Regel, wie bei Arbeitskämpfen häufig, Kompromißcharakter. Obwohl die Medien im Dienste der herrschenden Klasse den Eindruck zu erwecken suchten, das Ansehen der von Frank Bsirske energisch geführten Dienstleistungsgewerkschaft befinde sich im Sturzflug, ging ver.di letztlich gestärkt aus diesen Kämpfen hervor, was ein anhaltender Mitgliederzuwachs beweisen dürfte. Übrigens widerstand diese Gewerkschaftszentrale im Unterschied zu manchen anderen

Verbänden erfolgreicher dem Druck antikommunistischer Stimmungsmacher. Auf dem 4. Ordentlichen Bundeskongreß von ver.di, der im September in Leipzig stattfand, wählten die etwa 900 Delegierten neben anderen bewährten Funktionären auch den Hamburger Olaf Harms, Sekretär für Gewerkschaftsfragen des Parteivorstandes der DKP, in den Gewerkschaftsrat.

Die zwangsläufig verknäppte Darstellung der Thematik vermag keineswegs alle in diesem Zusammenhang wichtigen Fragen gründlicher zu beantworten. Beschränken wir uns deshalb auf den Kern des Problems: Es geht um die Frage, ob sich der „RotFuchs“ an die Seite kämpferischer Gewerkschaften wie ver.di stellen sollte. Natürlich sind wir keine Partner jener in der DGB-Bürokratie, die nach dem Motto verfahren, der Wolf möge satt und das Schaf nicht gefressen werden. Doch im Widerstand gegen das Kapital ist der Schulterschuß von Sozialisten, Kommunisten, aufrechten Sozialdemokraten, engagierten Christen, ja allen Antifaschisten und Kriegsgegnern das oberste Gebot. Er

kann ohne ein Höchstmaß an Solidarität mit der stärksten Massen- und Klassenorganisation arbeitender Menschen der BRD – den Gewerkschaften – nicht zustande kommen.

Noch ein persönliches Wort: Ich bin seit 1954 gewerkschaftlich organisiert und gehörte lange Zeit der IG Druck und Papier des FDGB an. 1990 wurde ich von meinen Kollegen aus der Redaktion, der Druckerei und dem Verlag des ND in den Betriebsrat gewählt. Mit der Auflösung der Dachorganisation durch den 13. FDGB-Kongreß erhielten die bisherigen DDR-Einzelgewerkschaften die Empfehlung, sich den entsprechenden Gliederungen des DGB anzuschließen. So wurde ich nach den Umstrukturierungen Mitglied von ver.di. Diese Gewerkschaft, deren sehr informative Monatszeitschrift „Publik“ durchaus Maßstäbe eines guten und kämpferischen Journalismus auf seiten der Arbeitenden setzt, betrachte ich wie viele der unseren als einen Verband, dem anzugehören Sinn macht. *Nr. 215, Dezember 2015*

Es kracht im Gebälk der EU

Zwischen Mai 1974 und August 1979 war ich ND-Korrespondent in Lissabon, also Chronist und Weggefährte des bisher weitreichendsten antikapitalistischen Befreiungsversuchs im Westen Europas: der portugiesischen Aprilrevolution. Während ihrer Vormarschetappe gab es durchaus Zeiten, in denen wir einen Sieg der sie tragenden Kräfte für möglich hielten. Doch die besonders aus der BRD und den USA finanzierte und gesteuerte Gegenrevolution schob dieser Entwicklung bald einen Riegel vor. Als sich herausstellte, daß das innere wie das internationale Kräfteverhältnis einen landesweiten Erfolg der bereits in ihre sozialistische Etappe hinüberwachsenden bürgerlich-demokratischen Revolution nicht begünstigte, beherrschte der damals Portugals kommunistische Massenpartei führende Strategie und Taktiker Álvaro Cunhal die Kunst des geordneten und die eigenen Kader schützenden Rückzugs.

Auf der anderen Seite der Barrikade stand damals Frank Carlucci. Er avancierte direkten Weges vom US-Botschafter im NATO-Mitbegründerstaat Portugal zur Nr. 2 der CIA-Geheimdienstzentrale in Langley.

Die erst nach Jahren erbitterten Ringens erreichte weitgehende Wiederherstellung der alten Macht- und Eigentumsverhältnisse in dem iberischen Staat war – neben der Niederwerfung der demokratischen Kräfte Griechenlands im Volksbefreiungskrieg gegen das Athener monarcho-faschistische Regime – einer der frühen Siege des Imperialismus nach dem 2. Weltkrieg. Da das Pilotprojekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) gescheitert war und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) noch nicht hinreichend gegriffen hatte, zogen die beteiligten westeuropäischen Mächte nach Jahren des Ausprobierens aus ihrer Sicht entscheidende Lehren, um einer möglichen Wiederholung fundamentaler Umwälzungsversuche einen Riegel vorzuschieben. Die Konsequenz ihrer Überlegungen bestand in der später erfolgten Formierung der EU und der Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe zur Bewältigung von „Krisensituationen“ auf dem Kontinent.

Nach dem Untergang der UdSSR und der übrigen sozialistischen Staaten Europas – nicht zuletzt der DDR, was die territorial um ein Drittel erweiterte BRD zu einer europäischen Großmacht mit imperialen Ansprüchen werden ließ – kam es zu fundamentalen Verschiebungen des Kräfteverhältnisses in der Welt.

Zum neuen kontinentalen Machtzentrum Europas wurde die zwar in Brüssel angesiedelte, doch allein schon durch ihren weithin deutschsprachigen Mitarbeiterstab immer mehr von Berlin aus gesteuerte EU. In sie bezog man die vom Kapital zurückeroberten ost- und südosteuropäischen Staaten ein. Im Ergebnis dieser Entwicklungen war der deutsche Imperialismus dazu in der Lage, einen Teil der von ihm unter Hitler erfolglos angestrebten Kriegsziele mit nichtmilitärischen Mitteln doch noch zu erreichen. In Ungarn, Litauen, Lettland und Estland sowie 2015 auch in Polen gelangten faschistoide Kräfte ans Ruder. In Frankreich – der zweiten Schlüsselkraft des EU-Systems – vermag die vom Vater auf die Tochter übergegangene Faschistenpartei der Le Pens inzwischen sogar den Elysee-Palast anzuvisieren.

Doch das noch bis vor kurzem äußerlich so kraftstrotzende EU-Europa, das mit dem Ans-Kreuz-Schlagen der Griechen einmal mehr seine Muskeln spielen ließ, steht jetzt vor einem Fiasko besonderer Art. Dieses hat zum erneuten Aufbrechen nur scheinbar taktisch gedeckelter Konflikte geführt: Die als „Flüchtlingskrise“ ausgegebene faktische Völkerwanderung machte kaum überbrückbare Interessengegensätze deutlich, wobei auch immer neue Krisengipfel und zur Schau gestellte Scheinlösungen keine Abhilfe geschaffen haben. Während in der BRD die heftige innenpolitische Fehde zwischen verschiedenen Flügeln der Regierungskoalition Angela Merkels weiterglimmt, bei der das Spitzenpersonal der rechtskonservativen CSU und der zu ihr tendierende Flügel der CDU die Bundeskanzlerin gerne loswerden würden, rieb man sich anderswo genüßlich die Hände. Vor allem in den USA, deren vermeintliche Eliten mit dem erpresserischen Freihandelsabkommen TTIP verlorenes Terrain zurückerobern

wollen, nutzt man die derzeitige Bedrängnis der BRD-Konkurrenz nach Kräften aus.

Aus marxistischer Sicht ist die Flüchtlingskrise sowohl unter humanitären Aspekten als auch unter Gesichtspunkten ihrer Klassennatur zu analysieren. Nehmen wir Syrien, von wo das Gros der nach Europa Aufgebrochenen kommt, als Beispiel: Während der ärmere Teil der Kriegsflüchtlinge in Elendslagern auf jordanischem, libanesischem und türkischem Territorium zusammengepfercht vegetieren muß, gelingt vor allem Besserbetuchten aus der Bourgeoisie, den Mittelschichten und der Intelligenz der Exodus nach Europa. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der potenzierte Abzug hochqualifizierter Kader, aber auch sich dem Militärdienst in der syrischen Armee entziehender junger Männer nicht ohne Regisseure im Hintergrund erfolgt. Ohne Zweifel zielen die USA und mit ihnen verbündete Mächte in erster Linie auf eine maximale Schwächung und den Sturz des ihnen verhaßten, zumal auch noch pro-russischen „Assad-Regimes“. Die offensichtlich gut organisierte, schlagartig einsetzende und weiter anhaltende Massenflucht jüngerer Menschen mit hoher Bildung und möglichst prowestlicher Einstellung dürfte nicht vom Himmel gefallen sein. Die ihr Land Verlassenden strömen vor allem in die BRD, wo inzwischen Hunderttausende

einheimische Fachkräfte fehlen. Ist es abwegig, sich an parallele Vorgänge ohne Kriegshintergrund zu erinnern? Ehemalige DDR-Bürger haben noch nicht vergessen, wie sich seinerzeit die systematische Abwerbung entsprechender Berufsgruppen aus volkseigenen Schlüsselbereichen ihres Landes vollzogen hat. Doch die hier genannten Hintergründe der vermutlich gesteuerten Massenflucht bringen uns keinen Deut von einer internationalistischen und solidarischen Haltung gegenüber den Millionen Opfern der systematischen Zerstörung Libyens, Syriens, Iraks, Afghanistans und anderer zu Kriegsschauplätzen gewordener Länder sowie den Armutsflüchtlingen aus Afrika, Asien und Teilen Europas ab.

Als sich Lenin vor etwa 100 Jahren mit der schon damals aufgekomenen Idee „Vereinigter Staaten von Europa“ konfrontiert sah, vertrat er den Standpunkt, daß dieses Konstrukt entweder nicht zustande käme oder reaktionär sein würde. Der zweite Aspekt dieser Prognose hat sich inzwischen bewahrheitet. Wann und in welcher Weise die EU als derzeit gerade noch haltende Klammer für das Europa der Monopole auseinanderbrechen wird, bleibt abzuwarten.

Nr. 216, Januar 2016

Das Herz darf nicht fehlen

Heute wollen wir an dieser Stelle auf theoretische Abstraktionen und „große Politik“ weitgehend verzichten, um uns einem Thema zuzuwenden, das keineswegs unterschätzt werden sollte, wenn es um die Zusammenführung oftmals mit dem Rücken zur Wand stehender Gleichgesinnter geht: die menschliche Dimension der Beziehungen untereinander. In der Kälte der auch uns im Osten nun schon seit mehr als einem Vierteljahrhundert umgebenden menschenfeindlichen Eiszeit des Kapitalismus ist die warmherzige Verbundenheit aller auf unserer Seite der Barrikade Kämpfenden geradezu ein Lebens- und Überlebenselixier. Als in der DDR scharfe und meist auch pointierte politische Witze zu Unzulänglichkeiten der verschiedensten Art oder in bezug auf unterstellte wie tatsächliche Schwächen bekannter Persönlichkeiten gang und gäbe waren, nahm man auch die „Kaderarbeit“ gerne aufs Korn. So karikierte man einen Funktionär, der nach einem Einstellungsgespräch mit einem in Erwägung gezogenen Kandidaten zu folgender Charakterisierung gelangte: „Als Genosse ist er ja gar nicht so übel, doch als Mensch taugt er wenig.“ Womit wir beim Kern der hier zur Debatte stehenden Frage angelangt sind.

Den meisten Älteren unter uns begegneten im Laufe des Lebens auch in den eigenen Reihen sehr unterschiedliche Charaktere. Sie haben neben einer Vielzahl großartiger Menschen auch ganz andere Typen kennengelernt: Aufsteiger um jeden Preis, Wichtigtuer, Brunnenvergifter und Selbstdarsteller, die sich unablässig durch das Vergrößerungsglas betrachteten, ohne dadurch ihr eigenes Wachstum fördern zu können. Bei den geringsten Anlässen waren sie dazu imstande, wahre Stürme im Wasserglas zu entfesseln. Doch Blasen besitzen bekanntlich zwei Eigenschaften: zu schillern und zu platzen. Weitaus wichtiger ist, daß jeder von uns charakterliche Vorbilder, menschliche Stützpfiler

und zuverlässige Markierer des zu beschreitenden Weges kennengelernt hat.

Einen von ihnen stellen wir in den Mittelpunkt dieser RF-Ausgabe: unseren inzwischen 96jährigen Genossen Heinz Keßler. Seine Rede vor dem Moabiter Gericht der Sieger auf Zeit ist eine Dokumentation menschlicher und politischer Größe. Die darin zum Ausdruck kommende Treue zur Sache und ein hohes Maß an Fachwissen imponierten nicht nur Freunden. Das Verhalten dieses standhaften deutschen Kommunisten ruft Erinnerungen an das in die Geschichte eingegangene Auftreten Georgi Dimitroffs vor dem Leipziger Tribunal der Hitlerfaschisten wach.

Als Vorsitzender der Berliner FDJ seit den späten 40er Jahren zeichnete sich Heinz durch Kontaktfähigkeit, Schlichtheit und Wärme sowie den Verzicht auf die Suche nach Abstand zu seinen Mitstreitern aus. Das verschaffte dem Mitbegründer und Frontbeauftragten des Nationalkomitees Freies Deutschland, den die faschistische Justiz in Abwesenheit zum Tode verurteilt hatte, schon in jungen Jahren ein außerordentlich hohes Ansehen. Ab 1991 saß ich Heinz – dem in die Hände des Feindes gefallenem Armeegeneral und Verteidigungsminister der DDR – zuerst in der Besucherzelle des Moabiter Gefängnisses und später in zwei weiteren Haftanstalten, in denen er mehrere Jahre verbringen mußte, wiederholt gegenüber. Er war sich auch in dieser mißlichen Situation treu geblieben.

Zu Menschen aus solchem Holz gehört auch Oberst a. D. Günter Strobel, der nun schon seit etlichen Jahren unsere Dresdner Regionalgruppe leitet. Reichtum an Erfahrungen und ein daraus resultierendes sicheres Urteilsvermögen sowie eine starke menschliche Ausstrahlung zeichnen den einstigen Kaderchef der DDR-Grenztruppen aus, der den „RotFuchs“ schon in der Gefängniszelle erhielt, in die ihn Richter aus dem Westen geworfen hatten.

In Eberswalde haben die Mitglieder der dortigen Regionalgruppe vor kurzem Eckhard Laurich, einem Arbeiter mittleren Alters, die Leitung übertragen. „Schrammel-Ecke“, wie unser auch künstlerisch engagierter Mitstreiter genannt wird, ließ wissen, daß er sich funktionierende Beziehungen unter Gleichgesinnten nicht ohne eine enge menschliche Verbundenheit vorstellen könne. Unlängst rief mich ein emeritierter Pastor aus dem Brandenburgischen an, der dort am „Uhu“ – einer geistreichen und thematisch weit gefächerten linksliberalen Zeitschrift – mitwirkt. In einem „Bündnis gegen rechts“ aktiv, habe ihm ein daran ebenfalls Beteiligter in der Vergangenheit gelegentlich einige Ausgaben des RF zukommen lassen, erfuhr ich. Sohn eines auf dem Marsch vom KZ Bergen-Belsen ums Leben gekommenen antifaschistischen Geistlichen, erinnerte er mich daran, daß wir vor mehr als 65

Jahren gemeinsam die Schulbank im Berlinischen Gymnasium zum Grauen Kloster gedrückt hatten. Ab 1949 sei ich FDJ-Sekretär an dieser noch recht konservativ geprägten Schule gewesen – wohl keine leichte Aufgabe. Am Schluß eines etwa einstündigen weiteren Telefongesprächs bat mich Pastor Dietrich Wegmann darum, ihm jeden Monat einen „Umschlag mit 100 Gramm“ – er meinte die unseren Lesern nicht unbekannt Publikation – zukommen zu lassen. Auch wenn er nicht mit allem darin Geschriebenen übereinstimme, betrachte er die Lektüre als Gewinn.

Festigkeit in der Verteidigung eigener Positionen und maximale Öffnungsbereitschaft gegenüber allen, die den Menschen wirklich Gutes tun wollen – wobei die gemeinsame Verteidigung des Friedens das Beste ist –, darauf kommt es jetzt mehr denn je an.

Nr. 217, Februar 2016

Wiederholt sich die Geschichte?

Die Welle grausamer imperialistischer Kriege – inzwischen immer öfter mit bundesdeutscher Beteiligung – und die unablässig steigende Flut der große Teile Europas überschwemmenden Faschisierung legen den Gedanken nahe, daß Gewesenes noch einmal über uns hereinzubrechen beginnt. Blinder Haß vor allem auf Muslime – eine neue Variante des Antisemitismus – sowie deutschnationaler Größenwahn, aber auch französischer Chauvinismus entladen sich auf keineswegs vom Himmel gefallene Flüchtlingsströme. Da fragen sich viele der Alten und Älteren, in denen die Erinnerung an selbst Erlebtes nicht erloschen ist, zwangsläufig: Alles noch einmal?

Es gibt Gründe, Schlimmes zu befürchten. Zweifellos kennt die Geschichte Parallelen und einander ähnelnde Situationen, wobei sie sich niemals auf dieselbe Weise wiederholt. Dabei unterliegt sie bestimmten Gesetzmäßigkeiten, läßt sich aber weder antreiben noch aufhalten. Das gilt auch für fundamentale gesellschaftliche Umwandlungsprozesse.

Hier gibt es neben Bremsern auch redliche Mitstreiter, die allzu sehr in Eile sind und den Kapitalismus verständlicherweise in kürzester Frist und möglichst gleich weltweit aus den Angeln heben wollen. Solche auf die Wiederholung historischer Glanzzeiten Vertrauende, die der Gefahr unterliegen, sich um den Bau von Wolkenkuckucksheimen zu bemühen, steht tatsächlich Großes vor Augen.

Sie wissen um Ernst Thälmanns grandiose KPD der späten 20er und frühen 30er Jahre mit sechs Millionen Wählern, Hunderttausenden Mitgliedern und dem ersten Rang in der deutschen Hauptstadt. Um der „roten Gefahr“ zu begegnen, griff das Kapital 1933 nach der braunen Notbremse.

Unsere allzu optimistischen Freunde haben wohl auch die seinerzeitige FKP von Maurice Thorez im Blick, als jeder fünfte Franzose und jeder zweite Arbeiter der Grande Nation die kommunistische Liste wählten. Oder sie denken an Palmiro Togliattis IKP, deren Genossen in den Garibaldi-Brigaden gegen die deutschen und italienischen Faschisten kämpften, den Diktator Mussolini selbst zur Strecke brachten und jahrzehntelang eine das politische Leben der Italiener maßgeblich prägende Kraft waren. Für die zeitweilig zwei Millionen Mitglieder zählende Partei so

standhafter Marxisten-Leninisten wie Armando Cossuta votierten bis zu 33 % der Stimmberechtigten.

Manche, deren Gedanken zum Mut- und Kraftholen in die Vergangenheit schweifen, gehen davon aus, daß solche großen Zeiten so oder so irgendwann zurückkehren müssen. Doch realistisch betrachtet, sind derzeit gerade in den drei genannten einstigen Hochburgen der revolutionären Arbeiterbewegung bei Marx, Engels und Lenin gebliebene kommunistische Parteien leider eine recht überschaubare Größe. Diese Situation, um deren Veränderung von den besten Kräften hartnäckig gerungen wird, macht ein solides und solidarisches Zusammenwirken von Sozialisten, Kommunisten und anderen Linksgerichteten zu einem politischen Imperativ. Dabei steht uns Älteren in Deutschland der historische Händedruck von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl im April 1946 stets vor Augen. Parallel dazu geht es darum, einen maximalen Beitrag zur Friedensbewegung zu leisten, um der akuten Kriegsgefahr entgegenwirken zu können.

Die bekannte Formel „Alles hat seine Zeit“ betrachten wir weder als Haltesignal noch als Impulsgeber zu voluntaristischem Antreibenwollen der Geschichte.

„Wissen ist Macht“ ... Ohne theoretischen Kompaß wird selbst der erfahrenste Praktiker zum zahnlosen Tiger. In unseren Reihen hat es neben Realistischen und Weitsichtigen immer auch flotte Sprücheklopfer und vom Leben abgeschottete Buchstabengelehrte gegeben. Pseudoradikale Durchreißer, für die das Maß des jeweils Möglichen überhaupt keine Rolle spielte, fehlten nicht minder. Bekannt ist die Äußerung eines umstrittenen Moskauer Spitzenpolitikers, der ungeachtet noch bestehender eklatanter Versorgungslücken unverdrossen verkündete, bis 1980 werde der Aufbau des Kommunismus in der UdSSR abgeschlossen sein. Extremismen der einen wie der anderen Art führen nicht zum Ziel. Das gilt auch für die Bewertung von Sieg und Niederlage. Deshalb ist es unerlässlich, die historischen Dimensionen bestimmter Vorgänge sorgfältig zu erfassen.

Der Sieg der Bolschewiki um Lenin im Oktober 1917 stieß ohne Zweifel die Tore zu einer neuen geschichtlichen Epoche auf: Er setzte den Sozialismus erstmals als realisierbares Gesellschaftsmodell auf die Tagesordnung der Menschheit. Mit dem Sieg der

Roten Armee über den deutschen Faschismus wurde seinem Aufbau in Teilen Europas eine historische Chance eröffnet. 1917 und 1945 waren positive Eckdaten der Geschichte und symbolisierten tatsächlich Siege von epochalem Charakter.

Wer davon ausgeht, bei den in Europa und Teilen Asiens erfolgten Konterrevolutionen habe es sich lediglich um schnell wieder auszuwetzende Scharten gehandelt, dürfte Entscheidendes dabei verdrängen: Auch hier handelte es sich um einen tiefen historischen Einschnitt – allerdings negativer Art. Zwischen 1989 und 1992 erlitt die revolutionäre Arbeiter- und Volksbewegung auf dem Weg zum Sozialismus in Teilen der Welt eine epochale Niederlage. Die Möglichkeit des Durchbruchs einer Reihe europäischer Länder zum Sozialismus konnte aufgrund objektiver und subjektiver Defizite im 20. Jahrhundert nicht dauerhaft in Wirklichkeit umgewandelt werden.

Dabei stimme ich unserem Autor Hermann Jacobs durchaus zu, daß beim Niedergang der Sowjetunion die Tatsache eine gewichtige Rolle gespielt haben dürfte, daß sie seit dem durch Hiroshima und Nagasaki bewiesenen US-Nuklearbombenbesitz zu einem permanenten waffentechnischen Kräftemessen mit der imperialistischen Hauptmacht gezwungen wurde. Für die Rüstungspartit und die Sicherung des Weltfriedens mußten enorme Mittel und Ressourcen aufgeboden werden, die anderswo fehlten. Während es gelang, das eigene Land und die Menschheit vor dem atomaren Inferno zu bewahren, verlor die UdSSR immer

mehr an dringend benötigter Potenz für den Fortgang und die Vertiefung des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses in den eigenen Grenzen. Von Beginn an hatten es die tonangebenden Kräfte in den USA darauf angelegt, ihren Todfeind Sowjetunion systematisch „totzurüsten“.

Wie müssen sich progressive Kräfte in dieser komplexen Situation verhalten? Für Menschen unserer Art gibt es keinen Grund aufzustecken oder den Kampf gegen Krieg und Kapital auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben. Doch Augenmaß und Nüchternheit sind geboten. Man sollte dabei die eigenen Möglichkeiten weder unter- noch überschätzen. Bisher hat der weltweite Übergang von einer Gesellschaftsformation zu einer anderen Jahrhunderte in Anspruch genommen. Ziel unseres Handelns muß es sein, die historische Existenzdauer der letzten Ausbeuterformation, von der das Weiterbestehen der Menschheit in höchste Gefahr gebracht wird, maximal zu verkürzen. Denn je länger es den Kapitalismus gibt, um so größer ist das Risiko eines Infernos. Was auch immer kommen mag: Wir folgen der alten Berliner Volksweisheit: Bange machen gilt nicht! Diese Erkenntnis betrachte ich übrigens auch als das Resümee meines langen politischen Lebens, in dem ich als Journalist und Klassenkämpfer in zahlreichen Ländern der Welt Erfahrungen habe sammeln können. Im Dezember waren es 67 Jahre, daß ich mich in Westberlin der von bei Marx gebliebenen Sozialdemokraten und Kommunisten gegründeten SED angeschlossen habe. *Nr. 218, März 2016*

Der historische Händedruck

Gestattet mir einen sehr persönlichen Einstieg in ein geschichtsträchtiges Thema. Als ich eines Abends in den 70er Jahren der freundlichen Dinner-Einladung von Hans und Madeleine Grotewohl in deren Wohnung an Berlins Frankfurter Tor folgte, lebte deren Vater und Schwiegervater Otto schon lange nicht mehr. Damals lag auch die schwere und bewegte Zeit, in der die jungen Grotewohls beim Neuaufbau der von den USA niedergewalzten nordkoreanischen Stadt Hamhung für ihre DDR Ehre eingelegt hatten, schon hinter den beiden Chefarchitekten. Doch während unseres stundenlangen Gesprächs war der bei Marx gebliebene Sozialdemokrat Otto Grotewohl, der erste Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, imaginär zugegen. Sein Händedruck mit dem Kommunisten Wilhelm Pieck auf dem Vereinigungsparteitag der beiden Arbeiterparteien im April 1946 hatte der durch die Rote Armee befreiten Arbeiterklasse und deren sozialen Bündnispartnern in einem Drittel Deutschlands den Weg zur Errichtung ihrer politischen Herrschaft gebahnt. Als ich Jahrzehnte später unserer inzwischen treuen „RotFuchs“-Leserin „Mädi“ Grotewohl im Großen Saal des Dresdner Rathauses beim festlichen Begängnis des 80. Geburtstages von Prof. Horst Schneider erstmals wieder begegnete, stand auch dort das historische Werk von Otto und Wilhelm allgegenwärtig im Raum. Sie und ihre oftmals aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern der Faschisten, aus illegalem Kampf und mutig ertragener Emigration zurückgekehrten Mitstreiter hatten im April 1946 das wohl wichtigste Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte geschrieben. Denn ohne die vereinte Kraft von Kommunisten und

Sozialdemokraten, die angesichts eines 1934 in Prag gefaßten Beschlusses der SPD-Auslandsleitung, bei Marx zu bleiben, auf der Basis seines Werkes erfolgen konnte, wäre es wohl kaum am 7. Oktober 1949 zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik gekommen. Eine in ihrer politischen Führung weiterhin gespaltene Arbeiterbewegung hätte die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des schaffenden Volkes – die DDR – nicht zustande gebracht. Das Herkuleswerk der Formierung dieses Staates wurde von den damals lebenden und aktiven Generationen deutscher Kommunisten und Sozialdemokraten geschaffen. Sie waren es, welche die Spaltung der Klasse überwand, dem Krieg den Krieg ansagten und den Weg in eine von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreite Gesellschaft bahnten. Damit konnte der Teufelskreis der Herrschaft des Kapitals für vier schwere und schöne Jahrzehnte wenigstens unterbrochen werden. Diese Feststellungen haben wir bereits vor anderthalb Jahrzehnten im „RotFuchs“ getroffen.

Im weiteren Verlauf der Geschichte verhinderten dann objektive und subjektive, innere und äußere Faktoren sowie taktische und strategische Fehler hierzulande wie anderswo, daß der so hingebungsvoll und erfolgreich beschrittene Weg von 1946 fortgesetzt werden konnte. Dabei war es sicher nicht günstig und klug, die Mitglieder der durch den historischen Händedruck der beiden Arbeiterführer zusammengeschweißten Vorhutpartei aus Kommunisten und Sozialdemokraten, die sich nicht zufällig den Namen Sozialistische Einheitspartei gegeben hatte, übereilt in

ihrer Gesamtheit als Kommunisten zu bezeichnen. Gut Ding will Weile haben, heißt es nicht ohne Grund.

Übrigens hätte man die SED angesichts ihrer historischen Leistung, die neben der Herstellung der Einheit der Klasse vor allem auch in der Teilnahme an der vier Jahrzehnte währenden erfolgreichen Sicherung des höchsten Menschheitsgutes – zumindest in Europa – bestand, auch als Sozialistische Friedenspartei Deutschlands bezeichnen können.

Als verhängnisvoll erwies sich die in Berlin getroffene Entscheidung, unablässig neue Mitglieder für eine bereits sehr aufgeschwemmte Partei bei festen Kontingentvorgaben für alle Gliederungen zu rekrutieren, was sie de facto in eine Massenorganisation verwandelte. Warum bedurfte es einer 2,3-Millionen-Partei in einem Land mit 17 Millionen Einwohnern? Die Überfrachtung der SED mit Hunderttausenden Konjunkturrittern konnte auf Dauer nichts Gutes bewirken.

Überdies beherrschte die SED der letzten Jahre leider nicht mehr die Dialektik von Vormarsch und Rückzug. Hier hätte sie lange

vor 1989 bei dem Portugiesen Álvaro Cunhal in die Schule gehen können, dessen PCP es verstand, in entscheidender Stunde diesen Übergang zu vollziehen. Er befähigte sie trotz des Sieges der Konterrevolution die im Verhältnis zur Bevölkerungszahl mitgliederstärkste kommunistische Partei Europas zu bleiben. Die mit den Grünen in der gemeinsamen Wahlfront CDU zusammengeschlossene PCP errang bei den jüngsten Parlamentswahlen etwa 10% der Wählerstimmen und führt weiterhin die nationale Gewerkschaftszentrale CGTP-Intersindical an.

Ich gehöre zu jener ersten Generation ehemaliger Mitglieder der heute durch den reformistischen Flügel der PDL um Gysi und andere mit einem Bannfluch belegten SED, die Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, aber auch Genossen wie den sozialdemokratischen Widerstandshelden Otto Buchwitz noch persönlich kennengelernt und erlebt hat. Die Erinnerung an solche Menschen und politische Führer vermittelt Kraft und Gelassenheit auch in Zeiten der Niederlage, die zu einer Neugruppierung der politischen Kräfte zwingen.

Nr. 219, April 2016

Anleihen bei Goethe

Je vordergründiger die Gedanken- und Gefühlswelt der jüngeren und heranwachsenden Generationen unter dem Einfluß ständiger Medienmassage wird, um so mehr versperrt sich ihnen auch im Osten der Zugang zu den großen Schätzen der eigenen wie der Weltkultur. Schon heute können unzählige unserer deutschen Mitbürger mit den Namen – geschweige denn den Werken – von Goethe, Schiller, Lessing, Heine, Herder oder Freiligrath kaum noch etwas anfangen.

Man denke dabei nur an jene unselige Meinungsumfrage des ZDF aus dem Jahre 2003, als Konrad Adenauer mit 778 984 Stimmen auf den ersten Platz unter den beliebtesten und berühmtesten Deutschen gelangte, während auf Goethe nur 185 426 Stimmen und der siebte Platz entfielen. Karl Marx schaffte es dank eines massiven Votums politisch gebildeter ehemaliger DDR-Bürger immerhin auf Platz drei, was Schiller nicht gelang, der gar nicht mehr erfaßt wurde.

Die Erkenntnis, daß jeder vernunftbegabte Mensch ihn prägende nationale Wurzeln besitzt und sich zugleich auch die bedeutendsten Kulturschätze anderer Völker erschließen sollte, gehörte in der DDR mit ihrem weltoffenen Schulwesen zum humanistischen Erbe. Die in der alten BRD verbreitete und Tag für Tag den Menschen eingepfachte Vorstellung, DDR-Bürger seien in ihrem Denkhorizont auf die zweifellos wegweisenden Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus und andere kommunistische Autoren eingeengt worden, vermittelt ein demagogisches Zerrbild der facettenreichen Wirklichkeit dieses kleinen und zugleich großen Staates im Herzen Europas.

Gerade in den letzten Jahren und Monaten, in denen Tausende und aber Tausende von der EU und den USA schmählich im Stich gelassene Kriegs- und Elendsflüchtlinge aus langfristig zerstörten Ländern vor allem des Nahen und Mittleren Ostens, aber auch Afrikas im Mittelmeer elend ertrunken sind, kamen mir immer wieder die ins Schwarze treffenden Worte aus Goethes „Faust“

ins Gedächtnis: „Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, wenn hinten, weit, in der Türkei die Völker aufeinander schlagen.“

Schaltet der Durchschnittsbürger bei genüßlichem Abendessen oder einem sorgfältig kaltgestellten vorzüglichen Trunk eine beliebige Nachrichtensendung ein, wird er – ohne sich dadurch in seiner Ruhe allzusehr stören zu lassen – sofort mit den Schreckensszenarien „weit in der Türkei“ oder auf syrischem, irakischem, libyschem und griechischem Territorium konfrontiert. Ohne das Gehörte oder das Gesehene aufgrund meist irreführender Kommentierung richtig einordnen zu können, bezieht er – weltanschaulich und wissensmäßig oftmals unvorbereitet – eine den Realitäten fremde Position, die ihm in hohem Maße von den immer einflußreicheren rechten und faschistoiden Kräften oktroyiert wird.

Um auf Gesehenes, Gehörtes oder Gelesenes entsprechend reagieren zu können, bedarf es eines Mindestmaßes politischer und allgemeiner Bildung. Hier aber klappt die Schere zwischen dem Osten und dem Westen der BRD gewaltig auseinander. Einstige DDR-Bürger, die 40 Jahre Sozialismus nicht gänzlich verschlafen haben, sind der Mehrheit ihrer Landsleute jenseits von Elbe und Werra dadurch um Längen voraus, daß sie in ihrer zehn- bis zwölfjährigen Schulzeit mit klassenorientiertem Denken und Einordnen gründlich vertraut gemacht wurden. Das erleichtert ohne Zweifel die Suche nach den Hintergründen und Zusammenhängen konkreter Ereignisse. Auch wenn schon viel in jener Zeit erworbenes Wissen von den noch Lebenden inzwischen abgestreift oder verdrängt worden sein mag, verfügen noch immer große Teile der Bevölkerung im Osten über diesen soliden Kompaß. Gleichgesinnte im Westen hatten es schwerer. Nur eine Minderheit vermochte sich dort durch solides, in die Tiefe gehendes eigenes Studium der Werke von Marx, Engels und Lenin sowie anderer bedeutender Theoretiker diese Orientierung zu

verschaffen. Aber ohne Theorie gibt es keine erleuchtete Praxis. Dem Abstrakten will ich Selbsterlebtes als Beweis hinzufügen. Anfang der 50er Jahre wurde von der SED, der ich seit 1948 bis zum bitteren Ende angehörte, das erste Parteilehrjahr eingeführt. Es bot drei oder vier verschiedene Kurse an. Da ich mich damals wie viele unserer Genossen besonders für den Weg der Sowjetunion interessierte, entschied ich mich, gerade 17jährig, für den Zyklus „Geschichte der KPdSU (B)“. Unseren Kurs leitete der damals sehr bekannte Rundfunkredakteur Alfred Duchrow, der, wenn ich mich recht entsinne, auch als Interbrigadist für die deutschen Antifaschisten Ehre eingelegt hatte. Er vermochte uns auf Antrieb zu begeistern, mußte aber schon nach der ersten Zusammenkunft aus gesundheitlichen Gründen leider aufgeben. Als seinen Nachfolger schlug er mich vor, der den Text zwar nahezu auswendig kannte, ohne ihn bereits mit hinreichender Tiefe zu erfassen. Dennoch gab ich mein Bestes

und stieß dann zu meiner Überraschung im Abiturzeugnis auf den gewiß überhöhten Satz: „Er ist Lehrer im Parteilehrjahr der SED.“ Am meisten gelernt habe damals wohl ich. Zweierlei hat sich mir in all den Jahren am tiefsten eingeprägt: Um in schwer überschaubaren Zeiten die Orientierung nicht zu verlieren, muß jemand aus unserem Holz einen festen Klassenstandpunkt im Sinne der nicht an das Kapital Gebundenen beziehen und mit der Liebe zum eigenen Volk über die Bereitschaft verfügen, diese mit Solidarität gegenüber allen anderen Völkern der Welt zu verbinden.

Übrigens hat uns Goethe unter völlig anderen gesellschaftlichen Bedingungen auch hierfür das Credo seines Lebens hinterlassen, als er im „Westöstlichen Diwan“ schrieb: „Denn ich bin ein Mensch gewesen, und das heißt ein Kämpfer sein.“

Nr. 221, Juni 2016

Adieu, Genossen!

Der französische Schriftsteller und Publizist André Wurmser, der für die damals kommunistische „Humanité“ viele Jahre eine stets mit Spannung erwartete tägliche Kolumne unter der Überschrift „Mais ...“ („Aber ...“) verfaßte, „überlebte“ seinen physischen Tod – zumindest journalistisch – um 24 Stunden. In jener Ausgabe der lieben alten „Huma“, die sein Ableben vermeldete, bat er noch einmal ums Wort. „Un dernier mais ...“ („Ein letztes Aber ...)“ stand über dem Text, der viele bewegte. Es war gewissermaßen ein Nachruf des Autors auf sich selbst.

Der überzeugte Materialist Wurmser, der natürlich um die Endlichkeit menschlichen Daseins wußte, verabschiedete sich auf beinahe surrealistische Weise von seinen Genossen. Er bat sie überdies, auf Sträuße und Kränze zu verzichten und das Geld statt dessen seiner in jenen Tagen tapfer kämpfenden Partei – der FKP – zu spenden.

Für Wurmser hatte sich der Kreis des Lebens, mit dessen Bilanz er durchaus zufrieden sein konnte, geschlossen. Sein literarisches Erbe ist beachtlich. Ein mit der Feder bewaffneter Klassenkämpfer, blieb er buchstäblich bis zum letzten Atemzug der revolutionären Sache des Proletariats verbunden.

Ohne mich mit dem bedeutenden Franzosen auf eine Stufe erheben zu wollen, habe auch ich das Verlangen, Euch Lebewohl zu sagen. Ich bin, wie man so sagt, mit mir im Reinen. Dazu gehört auch privates, persönliches Glück, das ich erfahren habe.

Seit 1948 stand ich in den Reihen der deutschen kommunistischen Bewegung. Ich bin der SED an meinem 16. Geburtstag – dem 28. Dezember jenes Jahres – als FDJler in Westberlin beigetreten. Die andere entscheidende Koordinate meines Lebens will ich besonders hervorheben: Über 40 Jahre – von der ersten bis zur letzten Minute ihres Bestehens, wobei dieses für mich am 18. März 1990 sein Ende fand – war ich Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, des besten Staates in der Geschichte unseres Volkes. Diese beiden Klammern haben alles zusammengehalten. Zu besonderem Dank fühle ich mich meinem Vater verpflichtet, der mir auch als mein Lehrer an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität in so mancher Hinsicht den Weg gewiesen hat. Er war ein treuer Kommunist. Als Mitglied des Deutschen Volksrates und Abgeordneter der Provisorischen Volkskammer

zählte er 1948/49 zu den Bahnbrechern und Gründern der DDR. Er hat ihre erste Verfassung maßgeblich mit formuliert. Jahrzehntelang gehörte er dem Weltfriedensrat an. 1980 wurde er am Pergolenweg in der Gedenkstätte der Sozialisten beigesetzt. Zu mir selbst nur soviel: An dem Tag, an dem die DDR entstand, war ich FDJ-Sekretär des traditionsreichen Berlinischen Gymnasiums zum Grauen Kloster, das Schinkel und Bismarck besucht hatten. Es galt damals als die reaktionärste Schule im Osten der Stadt. Stadtschulrat Ernst Wildangel hatte mich dort hingeschickt. Auf dem Schulhof hielt ich vor einem verblüfften und überwiegend feindseligen Zuhörerkreis die Festansprache zur Staatsgründung.

Nach dem Studium war ich zunächst Staatsanwalt und Bürgermeister, dann Journalist beim Fernsehen der DDR, Mitarbeiter des Außenministeriums und schließlich fast 25 Jahre Redakteur und Auslandskorrespondent des ND, das damals in einer Millionenauflage erschien. In der Zeitung, die seit Walter Ulbrichts Ausscheiden zwar oft hölzern, sperrig und blutarm daherkam, aber bis 1989 immerhin auf Klassenpositionen stand, habe ich etwa zweieinhalbtausend Artikel veröffentlicht, von unzähligen Beiträgen in „horizont“, „Weltbühne“ und anderen Publikationen ganz abgesehen. Das damals kommunistische Blatt entsandte mich als Reporter an viele Brennpunkte des internationalen Geschehens. Monatlang verfolgte ich als Berichterstatter – zugleich auch als Vertreter einer weltweiten Solidaritätsbewegung – im kalifornischen Gerichtssaal den Prozeß gegen die auf Leben und Tod angeklagte marxistische Philosophiedozentin Angela Davis. Damals besuchte ich auch junge Indianer in ihren Wigwams und Rundhäusern am Pit River in der Sierra Nevada. Es gab gute Gründe, ihren Mut zu bewundern. Ich genoß die Gastfreundschaft japanischer Fischer, stand auf einem Friedhof bei Tokio am Grab des Kundschafters Richard Sorge. Schon 1964 hatte ich – unmittelbar nach dem durch USA-Kriegsschiffe provozierten „Zwischenfall im Golf von Tonking“ – die Helden Vietnams kennengelernt. Später begleitete ich fünf Jahre lang Portugals Kommunisten durch Revolution und Konterrevolution.

Vielen Großen der Volks- und Arbeiterbewegung bin ich persönlich begegnet: so Brasiliens legendärem Luis Carlos Prestes und

Chiles begeisternder Gladys Marin; den Generalsekretären der meisten kommunistischen Parteien Lateinamerikas; dem in der Haft erblindeten Nationalen Vorsitzenden der KP der USA Henry Winston, einem besonders liebenswerten Menschen; Portugals genialem Álvaro Cunhal wie auch dem roten General und zeitweiligen Lissabonner Regierungschef, meinem Freund Vasco Goncalves. Unvergeßlich blieb mir ein Gespräch zwischen dem Generalsekretär der KP Griechenlands, Harilaos Florakis, und Volkskammerpräsident Horst Sindermann, dem ich in Athen beiwohnen durfte.

Besonderen Wert legte ich immer auf den Kontakt mit der Basis der eigenen Partei – den sogenannten einfachen Genossen – und vielen Menschen ohne SED-Parteibuch. Unzählige Male habe ich vom Fleck weg die Fragen interessierter Bürger zu außenpolitischen und internationalen Themen beantwortet, von denen ich etwas zu verstehen glaubte. Allein im vogtländischen Plauen war ich 20 Jahre hintereinander auf „Propagandistischen Großveranstaltungen“ mit jeweils bis zu 1000 Zuhörern zu Gast, die angesichts des oft kargen Informationsflusses jener Jahre auf zusätzliche Auskünfte warteten. Im benachbarten Reichenbach brachte ich es „nur“ auf 15 zusammenhängende Jahre.

Nach der Niederlage des Sozialismus habe ich – die vielen Karrieristen, Umgefallenen, Weggelaufenen und beim Gegner „Angeworbenen“ nüchtern ins Kalkül ziehend – das kostbarste Gut in der Stunde des konterrevolutionären Sieges kennengelernt: die Standhaftigkeit der zusammengeschmolzenen Schar Übriggebliebener, die nicht aufgegeben hatten. Und auch jenen bewahrte ich meine Verbundenheit, welche sich nach anfänglichem Umherirren, verständlicher Frustration oder dem Rückzug in die eigene „Burg“ wieder bei uns einfanden.

Ich bin so manchen begegnet, mit denen ich mich selbst zwar nicht messen, die ich aber als Maßstab betrachten konnte: An erster Stelle möchte ich unter unseren Freunden den herausragenden marxistischen Philosophen Hans Heinz Holz mit seiner Kampf- und Lebensgefährtin Silvia erwähnen.

Andere Erfahrungen waren mehr peripherer Art. 1946 zählte ich als einer der Jüngsten zu jenen, deren Familien den Sarg des Dichters Gerhart Hauptmann im durch Marschall Shukow bereitgestellten Sonderzug von Schlesien in die Sowjetische Besatzungszone begleiten durften. Zwei Jahre später sandte mir der große expressionistische Maler Karl Hofer einen handschriftlichen Brief, mit dem er mich dazu ermunterte, dann leider rasch erloschene Ansätze zeichnerischer Begabung zur Reife gelangen zu lassen. 1950 befand ich mich im Treptower Reihenhaus von Ernst Busch – einem unserer damaligen Nachbarn –, als der unvergessene proletarische Künstler seinen gerade getexteten und vertonten Hit „Ami, Ami, go home!“ einem kleinen Freundeskreis erstmals zu Gehör brachte.

Und dann gab es da noch die mich aufwühlende Visite im Pariser Gartenhaus von Robert-Jean Longuet, zu dem wir gemeinsam mit dem UNESCO-Botschafter der ČSSR eingeladen worden waren. Der bereits über 80jährige Urenkel von Karl Marx – ein gestandener Kommunist – und seine deutsche Frau Christine boten uns ein vorzügliches Abendessen an. Vor allem aber: Longuet erzählte aus seinem bewegten Leben, so auch davon, daß bei seinem Vater Jean – dem außenpolitischen Redakteur der „Huma“ und Marxens Lieblingsenkel Jonny – Lenin als Freund des Hauses aus- und eingegangen sei.

Die Kette solcher Erinnerungen ließe sich wohl noch eine Weile fortsetzen. Doch ich will niemanden damit langweilen, sondern statt dessen selbst Bilanz ziehen. Meine Kinder, Enkel und Urenkel

in Deutschland, Schweden und Brasilien müssen die Flamme des Lebens weitertragen.

Was ist die Quintessenz – außer Erfüllung im Privaten – für einen Menschen, der aus „unserem Holz geschnitzt“ wurde? Meine charakterlichen und politischen Prioritäten setze ich so: Prinzipienfestigkeit, die sich im Leben und Sterben bewährt; Unveräußerlichkeit einmal gewonnener Überzeugungen, Erkenntnisse, Einsichten und Haltungen; Berechenbarkeit für jedermann; unbedingte Verlässlichkeit; Fleiß; Mut im Umgang mit dem Klassenfeind, was nicht mehr heißt als Verdrängung der eigenen Angst; Kameradschaftlichkeit und Solidarität gegenüber Freunden; profunder Internationalismus; menschliche Wärme; Sinn für Humor. Ein Kommunist darf schwach werden, aber nicht umfallen, solange noch ein Funke Leben in ihm ist.

Mein persönliches Resümee lautet: Ich habe einiges erreicht und manches verfehlt. Von den Defiziten will ich hier nicht sprechen. Auf die Habenseite meines politischen Eingreifens buche ich an erster Stelle den „RotFuchs“. Er ist das gemeinsame Werk vieler, entsprang allerdings einer Idee von mir und Bruni. Ich durfte ihn auch in all den Jahren redigieren. Mit dieser kleinen und – wie inzwischen manche meinen – großen Zeitschrift haben wir in den finstersten Jahrzehnten seit dem Sturz des Faschismus einen Lichtschimmer an den Horizont geworfen. Der RF hat den Treuesten unter den Treuen die politische Heimat bewahrt. Dieses Leuchtfeuer darf mit dem Verschwinden einzelner Personen nicht erlöschen. Sicher wird der „RotFuchs“ künftig anders sein als bisher, bringt doch jeder an ihm Arbeitende seine eigene Handschrift, seinen persönlichen Stil, seine Art des Herangehens und das Maß seiner Kenntnisse ein. Das galt für mich ebenso, wie es für meine Nachfolger gilt. Ich habe versucht, das Beste zu geben, und sie werden von dem gleichen Gedanken beseelt sein. Fortan sind ihre Erfahrungen und Fähigkeiten allein bestimmend.

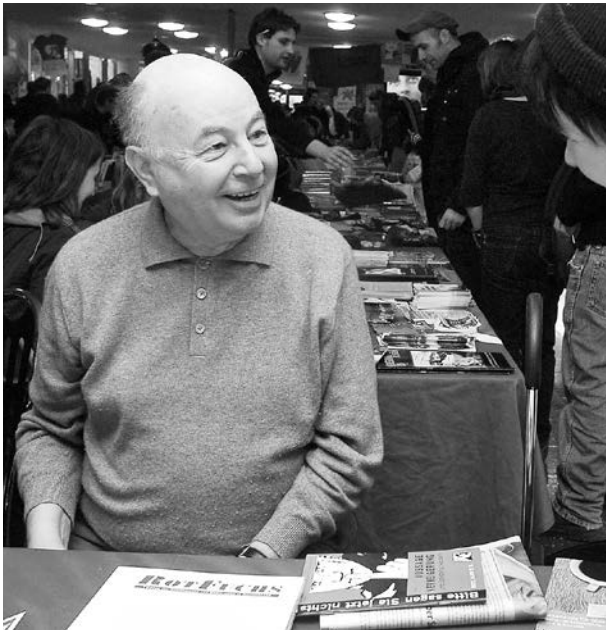
Zögert keinen Augenblick, auch in Zukunft Eure ganze Kraft dafür einzusetzen, Kommunisten, Sozialisten und andere Weggefährten mit oder ohne Parteibuch beharrlich, geduldig und zielklar im Sinne von Marx, Engels und Lenin zu sammeln!

Wie einst für André Wurmser hat sich nun auch für mich der Kreis geschlossen. Ein winziges Detail führte mir das schon früher vor Augen: Bis zu meinem 5. Lebensjahr blickte ich in Charlottenburgs Knesebeckstraße aus unserem Küchenfenster auf einen engen Posthof. Jeden Morgen wurden dort in langer Reihe die damals gerade eingeführten und alle Welt fraprierenden gelben Seitenwagen-Maschinen der Eilzusteller betankt. Das war ein aufregendes Ereignis meiner frühen Kindheit. Im letzten Abschnitt meines Lebens stand mir Tag für Tag ein ähnliches Bild vor Augen: der Blick aus unserer Karlshorster Wohnung fiel abermals direkt auf den Hof der Post, wo sich gelbe Transporter in rascher Folge ablösten. Eine Allegorie? Während ich aus Euren Reihen ausgeschieden bin, setzt Ihr die Stafette der Generationen fort. Ich möchte Euch meinen Leitgedanken ans Herz legen. Peter Hacks hat in seiner jahrelangen Korrespondenz mit mir den herrlichen Satz gefunden, der mich bis zuletzt motivierte: „Wessen sollten wir uns rühmen, wenn nicht der DDR!“

Ganz am Schluß noch eine sehr persönliche Bitte: Steht meiner Bruni bei, die unseren „RotFuchs“ mit inspiriert und all die Jahre zusammen mit mir gestaltet hat. Ihr habe ich viel zu verdanken. Mit Joe Hill, dem 1915 von den Kupferbossen Utahs erschossenen amerikanischen Streikführer, sage ich: Trauert nicht, organisiert Euch!

Adieu, Genossen!
Euer Klaus Steiniger

Nr. 220, Mai 2016



Kurzbiographie Dr. Klaus Steiniger

Am 28. Dezember 1932 in Berlin als Sohn des späteren Völkerrechtlers Peter Alfons Steiniger geboren. 1952 Abitur, Jurastudium an der Humboldt-Universität, nach dem Staatsexamen Staatsanwalt des Kreises Güstrow, später Bürgermeister, 1963 Rückkehr nach Berlin, als Fernsehjournalist in der außenpolitischen Redaktion der „Aktuellen Kamera“ und als Mitarbeiter der USA-Abteilung des Außenministeriums tätig, 1966 Promotion zum Dr. rer. pol. am Institut für Internationale Beziehungen der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in Potsdam-Babelsberg, seit 1967 außenpolitischer Mitarbeiter des damaligen SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“, seit 1968 als Leiter der Sektion Kapitalistische Länder, 1972 Sonderkorrespondent beim Angela-Davis-Prozeß, 1974 bis 1979 Auslandskorrespondent in Portugal. 1998 Gründung des „RotFuchs“. Nach schwerer Krankheit am 9. April 2016 verstorben.

Veröffentlichungen:

- Angela Davis – Heldin des anderen Amerikas (Nationalrat der Nationalen Front, 1972)
- Nord- und Mittelamerika (Vorwort und Bildanteil, F. A. Brockhaus, 1973)
- Portugal – Traum und Tag. Aus der Chronik einer Revolution (F. A. Brockhaus, 1982)
- Schauprozeß in San Jose. Aussage eines Zeugen (Neues Leben, 1983)
- Die Brut des Al Capone. Gangstersyndikate in den USA (Neues Leben, 1986)
- Tops und Flops. Die Geschäfte der US-Geheimdienste (Elefanten Press, 1998)
- Bei Winston und Cunhal. Reporter auf vier Kontinenten (Edition Ost, 2004)
- „RotFuchs“-Leitartikel 1998 bis 2007 („RotFuchs“-Förderverein, 2007)
- CIA, FBI & Co. Das Kartell der US-Geheimdienste (Das Neue Berlin, 2008)
- Angela Davis. Eine Frau schreibt Geschichte (Neues Leben, 2010)
- Portugal im April. Chronist der Nelkenrevolution (Wiljo Heinen, 2010)
- „RotFuchs“-Leitartikel 2008 bis 2012 („RotFuchs“-Förderverein, 2012)
- „RotFuchs“-Leitartikel 2013 bis 2016 („RotFuchs“-Förderverein, 2017)

Hinweis: Aus technischen Gründen erscheint der Leitartikel „Obamas Super-Bluff“ (RF 203, Dezember 2014) nicht in dieser Sammlung. Er kann nachgelesen werden auf unserer Internet-Seite www.rotfuchs.net (dort im PDF-Archiv).

Foto auf der zweiten Umschlagseite: Demonstration in Portugal (Klaus Steiniger, 1975)